



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Die Konsolidierung der Staatsbürgerkultur
Ostdeutschlands.

Politische Unterstützung, Sozialkapital und politische Partizipation in Ost-
und Westdeutschland im Vergleich.“

Verfasser

Mag. (FH) Gerald Buchgeher, BA

Angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 05.03.2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Dieter Segert

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
1.1	Ausgangslage	1
1.2	Problemstellung und Zielsetzung	1
1.3	Aufbau der Arbeit.....	4
1.4	Forschungsleitende Fragestellungen	5
1.5	Hypothesen.....	5
1.6	Relevanz des Themas und persönliches Interesse.....	7
1.7	Theorien	9
1.8	Methode	10
2	Konzepte	12
2.1	Konsolidierung der Staatsbürgerkultur.....	12
2.2	Politische Unterstützung.....	16
2.2.1	Politische Unterstützung in der Systemtheorie.....	16
2.2.2	Unterstützungsobjekte	18
2.2.3	Unterstützungsarten	20
2.2.4	Kritik an Eastons Konzept.....	23
2.2.5	Operationalisierung – Vom Konzept zum Indikator	25
2.2.6	Messung der Indikatoren.....	29
2.3	Sozialkapital	35
2.3.1	Sozialkapital als Eigenschaft einer Bürgergesellschaft	35
2.3.2	Definition von Sozialkapital	38
2.3.3	Dimensionen von Social Capital	39
2.3.4	Interdependenz der unterschiedlichen Dimensionen von Sozialkapital.....	44
2.3.5	Operationalisierung und Messung	45
2.3.5.1	Indikator: Mitgliedschaften.....	46
2.3.5.2	Index: Informelle Netzwerke	48
2.3.5.3	Index: Menschenvertrauen.....	50
2.4	Politische Partizipation.....	52
2.4.1	Politische Partizipation und Demokratie	52
2.4.2	Dimensionen politischer Partizipation	57
2.4.3	Operationalisierung und Messung	60
2.5	Zwischenfazit.....	64

3	Theoretisches Argument.....	68
4	Politische Unterstützung und Sozialkapital als Determinanten der politischen Partizipation	72
4.1	Determinanten der konventionellen politischen Partizipation	73
4.2	Determinanten der unkonventionellen politischen Partizipation.....	77
4.3	Fazit.....	82
5	Schlussbetrachtungen.....	84
6	Literaturverzeichnis	86
7	Anhang 1: Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	95
8	Anhang 2: Abstrakt und Lebenslauf.....	97

1 Einleitung

1.1 Ausgangslage

Einerseits werden die postsozialistischen Gesellschaftstransformationen in Ostmitteleuropa in der wissenschaftlichen Debatte als erfolgreich abgeschlossen bewertet. Bezogen auf die Makroebene hat dort der Akteurs- und Institutionenumbau relativ erfolgreich funktioniert. In formal-strukturaler Hinsicht wird die Transformation als Erfolg gesehen, und das „Dilemma der Gleichzeitigkeit“ (Offe 1991) ist nicht so wie vorhergesagt eingetreten (vgl. Kollmorgen 2005, S. 32; vgl. Merkel 2007, S. 426 ff.; vgl. Kornai 2006). Dieses Paradigma wird nur mehr von wenigen Wissenschaftlern angezweifelt. Bezogen auf die Meso- und Mikroebene und aus der Perspektive des Alltagslebens wurden aber von zahlreichen Wissenschaftlern Mängel festgestellt, die die Krisenanfälligkeit der Demokratie aufzeigen und eine potenzielle Gefahr für das Gelingen des Gesamtprojekts der Demokratisierung darstellen.

Kollmorgen konstatiert die fehlende sozio-kulturelle Verankerung der Gesellschaftstransformation (vgl. Kollmorgen 2005, S. 32), Kornai spricht von der negativen Wahrnehmung des sozialen Wandels durch die Bevölkerung, ausgelöst durch überhöhte Erwartungen (vgl. Kornai 2006, S. 240), Segert sieht die Legitimität demokratischer Ordnungen durch soziale Ungleichheiten untergraben und durch die enttäuschten Erwartungen und zurückgehende Partizipation eine wachsende Kluft zwischen der Bevölkerung und der politischen Elite entstehen (vgl. Segert 2010, S. 32 und S. 35), Varga/Freyberg-Inan warnen vor der Demokratieunzufriedenheit als permittierende Ursache für eine akute Krise des demokratischen Systems (vgl. Varga/Freyberg-Inan 2009, S. 106), Jacobs hat in einer empirischen Untersuchung demokratiegefährdende Ausmaße von Antisystemeinstellungen ausgemacht (vgl. Jacobs 2004).

1.2 Problemstellung und Zielsetzung

Die oben angeführten Tendenzen wurden für den gesamten Raum der postsozialistischen Transformationsstaaten in Ostmitteleuropa festgestellt. Mein Forschungsinteresse gilt dem oft als Sonderfall dargestellten Ostdeutschland und der Überprüfung der sozio-kulturellen Verankerung der Demokratie in den neuen Bundesländern der BRD. Ostdeutschland stellt bezüglich der Untersuchung der Konsolidierung der neuen Gesellschaftsordnung in zwei

Punkten einen Sonderfall unter den ostmitteleuropäischen Transformationsländern dar. Erstens hat es die Transformation durch Integration - in die westdeutsche Institutionenordnung - vollzogen. Wenngleich auch bei den anderen postsozialistischen Transformationen wenig innovative Ideen umgesetzt wurden und stattdessen vorwiegend westliche Institutionen und Praktiken imitiert wurden (vgl. Krastev 2010, S. 117) handelte es sich im Fall Ostdeutschlands nicht um einen „Kopiervorgang“ von Institutionen sondern um eine Transformation durch Beitritt, bei der bestehende Institutionen über den ehemaligen Staat der DDR gestülpt wurden.¹ Vor dem Hintergrund dieser Tatsache stellt sich die Frage, ob unter den Bedingungen dieser Transformation durch Integration eine demokratieförderliche politische Kultur entstehen konnte, die sich in dem Begriff einer „demokratischen Bürgergesellschaft“ ausdrückt.

Das zweite Alleinstellungsmerkmal unter den postsozialistischen Transformationsländern hat Deutschland mit dem brisanten Problem der „Teilgesellschaftlichkeit“ (Kollmorgen 2005, S. 11). Die Bundesrepublik bildet sowohl ein Ganzes ist aber zugleich durch Disparitäten, soziale Ungleichheiten und Missachtungsphänomene zwischen den beiden Landesteilen in zwei deutsche Teilgesellschaften getrennt. Es gilt also festzustellen, ob sich mehr als 20 Jahre nach der Wende eine gemeinsame Form von Bürgergesellschaft herausgebildet hat oder ob auch heute noch von zwei Teilgesellschaften auszugehen ist, die sich in ihrer politischen Kultur unterscheiden.

Die Arbeit beschränkt sich ausschließlich auf den Ausschnitt der Konsolidierung der Bürgergesellschaft. Die Konsolidierung der in Merkels „Mehrebenenmodell“ (Merkel 1999, S. 147) hierarchisch darüber liegenden - auf die Strukturen und Eliten bezogenen - Ebenen werden für den Fall Ostdeutschland als erfolgreich abgeschlossen vorausgesetzt.² Es wird

¹ Kollmorgen spricht gar von „Beitritt statt Transformation“ (Kollmorgen 2009). Inwieweit diese Form der Transformation durch die Bevölkerung gewünscht wurde oder ob es mehrheitlich ein durch die Eliten der „alten“ Bundesrepublik gesteuertes Projekt war, wurde bereits an anderer Stelle diskutiert (vgl. Segert 2008, vgl. Wiesenthal 1998, vgl. Kollmorgen 2005, 2009) und soll hier nicht weiter ausgeführt werden.

² Merkels Mehrebenenmodell geht von einer Hierarchie der Konsolidierung mit folgender Struktur aus: 1. Konstitutionelle Konsolidierung (bezogen auf die zentralen politischen Verfassungsinstitutionen), 2. Repräsentative Konsolidierung (Interessensrepräsentation), 3. Verhaltenskonsolidierung (bezogen auf informelle, potenziell politische Akteure) und schließlich 4. Die Konsolidierung der Bürgergesellschaft (Staatsbürgerkultur) als soziokultureller Unterbau einer jeden Demokratie (vgl. Merkel 1999, S. 145 f.).

dazu das Konzept der „positiven Konsolidierung“ (Pridham 1995, S. 168) zugrundegelegt, demzufolge es nicht ausreicht, dass nur die Eliten den demokratischen Institutionen zustimmen, sondern für eine erfolgreiche Konsolidierung einer Demokratie auch die Einstellungs-, Werte- und Verhaltensmuster der Bürger mit den Prinzipien und der Funktionsweise der Demokratie übereinstimmen müssen.

Diese Muster sollen anhand der drei empirisch überprüfbaren und relevanten Dimensionen einer Bürgergesellschaft, nämlich

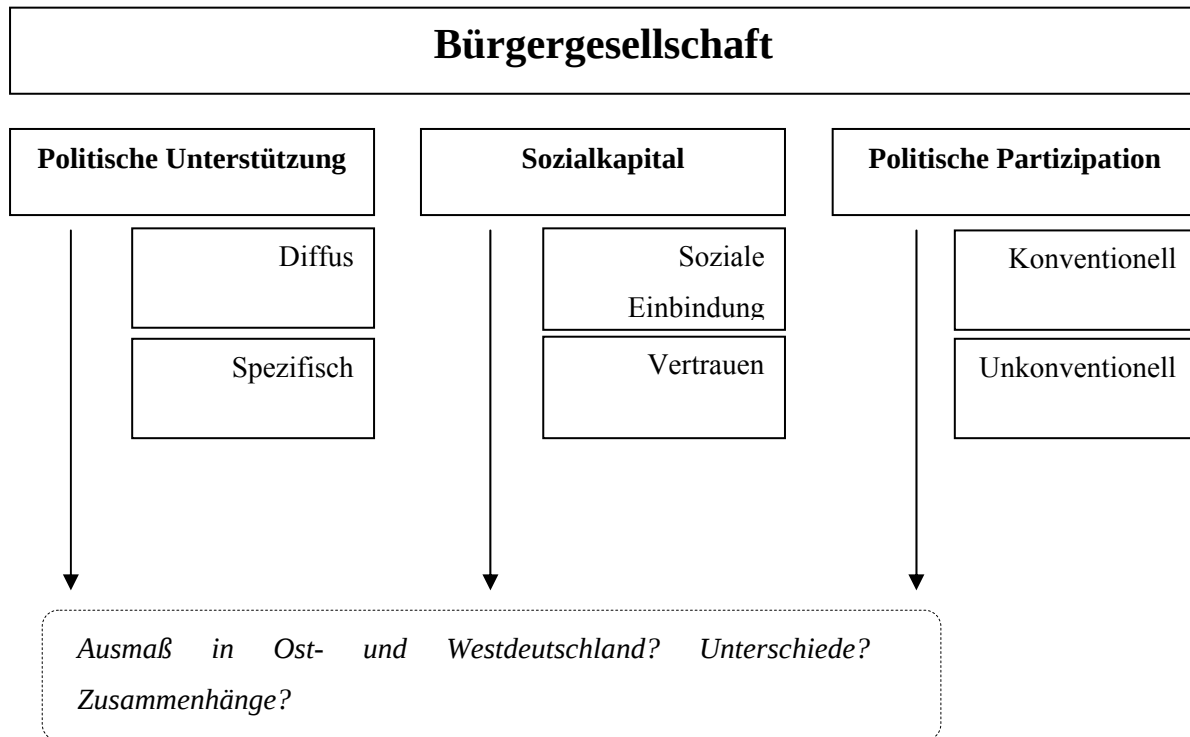
- politische Unterstützung,
- Sozialkapital und
- politische Partizipation

gemessen werden. Die Bürgergesellschaft soll also nicht umfassend untersucht werden sondern spezifisch über die Analyse der drei zuvor genannten Konzepte.

Der Vergleich mit einer konsolidierten Demokratie soll eine Aussage über den Konsolidierungsstand der Bürgergesellschaft in Ostdeutschland ermöglichen. Als Vergleichsfall wurde Westdeutschland gewählt, das aus zwei Gründen als „komparativer Glücksfall“ betrachtet werden kann. Erstens haben die beiden Fälle die gleichen politischen Institutionen und zweitens teilen sie auch zahlreiche kulturelle Eigenschaften.³ Ergo kann ausgeschlossen werden, dass ein unterschiedliches Institutionendesign oder die unterschiedliche Kultur der Grund für eventuell unterschiedliche Ausmaße der oben genannten drei Konzepte einer Bürgergesellschaft sind. Es handelt sich also um einen „most similar/different outcome“-Ansatz, sofern tatsächlich ein differenter „outcome“ in Bezug auf die Bürgergesellschaft nachgewiesen werden kann. Darüber hinaus soll der Zusammenhang zwischen den drei Konzepten der politischen Unterstützung, Sozialkapital und politische Partizipation auf Basis eines eigenen theoretischen Arguments, welches auf bestehende Theorien aufbaut, analysiert werden. Abbildung 1 soll einen Überblick über das Forschungsvorhaben geben.

³ Damit ist nicht die gemeinsame *politische* Kultur gemeint – denn genau diese soll auf eventuelle Unterschiedlichkeiten analysiert werden - sondern „primäre“ kulturelle Eigenschaften wie gemeinsame Sprache, Religion oder gemeinsame Geschichte.

Abbildung 1: Überblick über das Forschungsvorhaben



1.3 Aufbau der Arbeit

Nachdem die Problemstellung und Zielsetzung bekannt ist, werden im Einleitungskapitel noch die forschungsleitenden Fragestellungen präzisiert und in Hypothesen übersetzt. Darüber hinaus wird auf die Relevanz des Themas aufmerksam gemacht und die zugrundeliegenden Theorien und verwendeten Methoden erklärt und beschrieben. Den Abschluss der Einleitung bildet die Darstellung des bisherigen Forschungsstandes zum Thema. Im zweiten Teil der Arbeit werden zunächst die wesentlichen Konzepte der Problemstellung jedes für sich theoretisch diskutiert. Um die Konzepte empirisch zugänglich zu machen, werden sie in einem zweiten Schritt operationalisiert und letztlich für die beiden Fälle gemessen und verglichen. Ein Zwischenfazit am Ende des zweiten Kapitels wird darüber Aufklärung bringen, inwiefern sich die Bürgergesellschaften in Ost- und Westdeutschland anhand der drei gemessenen Konzepte unterscheiden. Im dritten Kapitel wird das aus den zuvor diskutierten Theorien abgeleitete, eigene theoretische Argument dargestellt, welches politische Unterstützung und Sozialkapital als Determinanten der politischen Partizipation vermutet. Im vierten Kapitel wird das theoretische Argument empirisch getestet.

1.4 Forschungsleitende Fragestellungen

Kann die Konsolidierung der Demokratie in Ostdeutschland als abgeschlossen betrachtet werden? Sind die institutionellen Arrangements durch die politische Kultur einer demokratischen Bürgergesellschaft gegen potenzielle Krisen resistent oder bestehen Gefahren für die Stabilität der Demokratie in Ostdeutschland? Konnte in Ostdeutschland mehr als 20 Jahre nach der Wende eine Bürgergesellschaft entstehen, die jener einer konsolidierten Demokratie mit den gleichen Institutionen (Westdeutschland) ähnelt?

Wie hoch ist das Ausmaß der Unterstützung für die Demokratie in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutschland, das seinerseits über eine mehr als vier Jahrzehnte länger andauernde demokratische Erfahrung zurückblicken kann und deren politische Kultur allgemein unbestritten als „truly civic culture“ charakterisiert wird (Fuchs 1989, S. 90 ff.; Rohrschneider 1999, S. 50)? Gibt es mehr als 20 Jahre nach dem Ende des Staatssozialismus noch immer Unterschiede in der Demokratieunterstützung oder ist mittlerweile ein demokratischer Grundkonsens im vereinigten Deutschland feststellbar? Hat mangelnde Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung ein systemgefährdendes Ausmaß?

Gibt es im vereinigten Deutschland ähnliche Ausprägungen des Sozialkapitals oder sind Unterschiede in der Netzwerkeinbindung und im sozialen Vertrauen der Individuen in Ost und West feststellbar?

Finden sich unterschiedliche Strukturen und Erklärungsfaktoren der politischen Beteiligung zwischen den alten und den neuen Bundesländern? Haben die politische Unterstützung und das Sozialkapital einen Einfluss auf die politische Partizipation? Wenn ja, wie hoch ist dieser Einfluss und unterscheidet sich dieser in den beiden Landesteilen?

1.5 Hypothesen

Ausgehend von den forschungsleitenden Fragestellungen werden folgende Hypothesen aufgestellt, die im Laufe dieser Arbeit überprüft werden:

Aufgrund des Vorsprungs Westdeutschlands von über 40 Jahren in der Konsolidierung seiner Demokratie, den harten Transformationserfahrungen der ostdeutschen Bevölkerung in den letzten beiden Jahrzehnten in Ostdeutschland, der wirtschaftlichen Entwicklung, welche in

Ostdeutschland jener in Westdeutschland immer noch hinterherhinkt (vgl. Brenke/Zimmermann 2009) und der höheren Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland (vgl. Brenke/Zimmermann 2009), wird angenommen, dass in der ostdeutschen Bürgergesellschaft die Zufriedenheit mit der Demokratie weniger ausgebildet und auch die Unterstützung der Demokratie weniger ausgeprägt ist.

Hypothese 1: Die diffuse und spezifische Unterstützung sind in Ostdeutschland geringer ausgeprägt als in Westdeutschland.⁴

Durch tendenziell geringere soziale und finanzielle Ressourcen und größere soziale Ungleichheiten im Osten des Landes und die zuvor genannten Transformationserfahrungen die auch als Ungerechtigkeitserfahrungen interpretiert werden können, verursacht, hat sich in der Bürgergesellschaft in Ostdeutschland eine geringere Netzwerkeinbindung und geringeres soziales Vertrauen entwickelt als in jener Westdeutschlands.

Hypothese 2: Das Sozialkapital ist in Ostdeutschland geringer ausgeprägt als in Westdeutschland.

In der vorliegenden Arbeit sollen nicht die Ursachen für die mehr oder weniger umfangreiche Ausstattung einer Gesellschaft mit Sozialkapital untersucht werden sondern lediglich die Ausmaße in beiden Landesteilen. Die Ursachen werden nur deshalb angeführt um darzulegen wie der Autor zur Formulierung dieser Hypothese gelangt ist.

Anders ist dies der Fall bei der politischen Partizipation. Hier sollen die vermuteten Einflüsse auch getestet werden. Niedrigeres Sozialkapital und geringere politische Unterstützung werden als Ursache für eine geringere politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland angenommen. Da beide Determinanten in Ostdeutschland geringer ausgeprägt vermutet werden als in Westdeutschland, wird auch eine geringere politische Partizipation im Osten des Landes vermutet.

⁴ Zu den Begrifflichkeiten der unterschiedlichen Unterstützungsarten „spezifisch“ und „diffus“ wird auf Kapitel 2.2 verwiesen.

Hypothese 3: Die politische Partizipation ist in Ostdeutschland geringer ausgeprägt als in Westdeutschland.

Hypothese 4: Je geringer die politische Unterstützung desto geringer die politische Partizipation.⁵

Hypothese 5: Je geringer das Sozialkapital desto geringer die politische Partizipation.

Hypothese 6: Politische Unterstützung und Sozialkapital tragen nicht nur jeweils für sich genommen zur Erklärung eines bestimmten Niveaus von politischer Partizipationsbereitschaft bei sondern auch gemeinsam in einem integrierten Erklärungsmodell.

1.6 Relevanz des Themas und persönliches Interesse

Die Relevanz der Thematik begründet sich in den möglichen Konsequenzen der untersuchten Merkmale auf Demokratien insgesamt und auf junge Demokratien im speziellen (vgl. Varga/Freyberg-Inan, 2009). In einem Umfeld von mangelhafter Beteiligung an der Veranstaltung Demokratie und rückgängiger Demokratieunterstützung bzw. ansteigender Demokratieunzufriedenheit können demokratieuntaugliche Anreizstrukturen für populistische Politiker entstehen, die, so sie die Gelegenheit ergreifen, diese Tendenzen durch Marginalisierung von Rivalen in politischen Prozessen und Institutionen instrumentalisieren. Ein möglicher Ausgang ist die Radikalisierung der Politik und die Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen in ihr. Elementare Bestandteile der liberalen Demokratie wie Parlamentarismus, freie Interessens- und Meinungsäußerung und Schutz vor Minderheiten wird von Teilen der politischen Elite als Krisenursache dargestellt und unterminiert. Krastev sieht im Aufstieg dieses „demokratischen Illiberalismus“ einen „Haupttrend der modernen politischen Welt“ den er mit dem politischen Chaos in Ostmitteleuropa in Verbindung bringt (Krastev 2007, S. 2). Dadurch wird die Unzufriedenheit mit der Demokratie weiter potenziert. Es entsteht also eine Art Teufelskreis, den Demokratieunzufriedenheit und mangelhafte

⁵ Für die unkonventionelle politische Partizipation gilt diese Hypothese nur für die Dimensionen der diffusen Unterstützung der politischen Gemeinschaft und der diffusen Unterstützung des politischen Regimes. Für die Dimensionen der diffus-spezifischen Unterstützung des Regimes sowie der spezifischen und diffusen Unterstützung der politischen Autoritäten wird der gegenteilige Effekt vermutet, nämlich: Je geringer die Ausmaße dieser Dimensionen sind, desto höher fällt die unkonventionelle politische Partizipation aus.

Partizipation auslösen. Die jüngsten Entwicklungen in Ungarn können als Warnzeichen für andere Transformationsgesellschaften gelten.

Eine Erosion der demokratischen Kultur, welche wie oben dargestellt im Anschluss auch demokratische Institutionen zu schwächen und unterwandern imstande ist, erscheint in Ostdeutschland auf den ersten Blick unvorstellbar. Wenn man allerdings genauer hinschaut, sind im Osten Deutschlands ebenso demokratiegefährdende Tendenzen bemerkbar, die ein Alarmsignal für den „gefährlichen Optimismus der Westdeutschen“ (Bangel 2011) darstellen:

Niedrige Wahlbeteiligung, geringe politische Partizipation, geringe Mitgliederanzahlen und eine schrumpfende Basis der großen Parteien, ablehnende Haltungen großer Teile der Bevölkerung gegenüber der vom Bund beschlossenen policies im Bereich Wirtschaft, Soziales und Arbeitsmarkt welche mit Sachzwängen oder als alternativlos begründet werden und dadurch entstehende Frustrationen bei Teilen der Ostdeutschen, nicht nur bei jenen, die sich seit der „Wende“ als Transformationsverlierer sehen, und die alten, sicheren Zeiten des Sozialismus herbeisehnen. Rechtsextreme Parteien nutzen diese „Gelegenheitsstrukturen“⁶ und stoßen in das Wertevakuum jener Enttäuschten hinein.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Gefahr einer Destabilisierung der Demokratie durch eine unzureichende Einbettung in der Bürgergesellschaft nicht nur in Ungarn möglich, sondern auch in Ostdeutschland, welches gegenüber den anderen postsozialistischen Ländern Ostmitteleuropas zwei vermeintliche Startvorteile hatte: Erstens die Übernahme eines zuvor jahrzehntelang erprobten und überaus erfolgreichen, demokratischen „ready-made-states“ und zweitens einen vermeintlichen Vorsprung in der demokratischen Kultur durch frühzeitige Konfrontation mit modernen Werten durch interpersonale Kontakte nach West-Deutschland und durch die Nutzung des Westfernsehens zu DDR-Zeiten (vgl. Rohrschneider 1999). Dieser Umstand motiviert mich, genauer hinzuschauen und die Theorien jener Wissenschaftler, welche die Demokratien in den Transformationsländern Ostmitteleuropas als nicht nachhaltig konsolidiert und krisenanfällig erachten, am Sonderfall Ostdeutschland zu testen. Schließlich

⁶ Segert verwendet diesen Begriff zur Beschreibung einer Situation, in der sich die Bevölkerung in einem Umfeld von Unzufriedenheit, niedriger Partizipation und schwacher Zivilgesellschaft von den sie repräsentierenden Politikern entfremdet, und dadurch ein für populistische Parteien fruchtbarer Boden entsteht (vgl. Segert 2011).

verbindet mich mit Ostdeutschland und seiner jüngeren Geschichte (inkl. der Zeit des Staatssozialismus) seit meinem ersten Berlinbesuch Mitte der 1990er Jahre ein besonderes politikwissenschaftliches, soziologisches und nicht zuletzt persönliches Interesse.

1.7 Theorien

Die politischen Institutionen sind in Ost- und Westdeutschland ident, während eine unterschiedliche Bereitschaft zur Beteiligung an der Demokratie und unterschiedliche Formen und Ausprägungen von Sozialkapital und politischer Unterstützung angenommen werden. Die unterstellten Unterschiede können also nicht aus dem Institutionen-„engineering“ resultieren sondern möglicherweise aus dem „social-engineering“. Den Hypothesen dieser Arbeit liegt die Vermutung zugrunde, dass Institutionen allein nicht notwendigerweise zur Unterstützung, Beteiligung und einem demokratieförderlichen Sozialkapital führen. Andernfalls könnte man die BRD-Institutionen in jedes beliebige Land exportieren und mit der Unterstützung der dortigen Bevölkerung rechnen und eine daraufhin erblühende demokratische politische Kultur und Beteiligung erwarten.

Deshalb wird der Arbeit einerseits eine *Kulturtheorie* zugrundegelegt, die unterstellt, dass sozio-kulturelle Faktoren eine Bedingung für das Projekt der Demokratisierung einer Gesellschaft darstellen. Dabei wird im speziellen auf die Theorie von Robert Putnam zurückgegriffen, der zufolge formale demokratische Institutionen für die Stabilität einer Demokratie nicht ausreichend sind. Erst eine demokratiefreundliche Zivilkultur, die mit der politischen Struktur kompatibel ist, garantiert die Konsolidierung und das langfristige Überleben einer Demokratie und deren Leistungsfähigkeit (vgl. Putnam 1993). In diesem Punkt ähnelt Putnams Konzept dem Mehrebenenmodell Merkels, der ebenfalls eine demokratische „Staatsbürgerkultur“ als den „soziokulturellen Unterbau“ (Merkel 1999, S. 146) einer Demokratie bezeichnet. Putnam definiert eine solche Zivilkultur mit dem Konzept des „social capital“, welches durch historische Erfahrungen mit Gemeinschaft und Kooperation erworben und habitualisiert wird. Sozialkapital drückt sich nach Putnam in zivilgesellschaftlichem Engagement, Normen der Reziprozität und wechselseitigen Vertrauens aus. In Kapitel 2.3 wird das Konzept des Sozialkapitals ausreichend theoretisch diskutiert und für die empirische Analyse operationalisiert.

Der Autor vermutet einen theoretischen Zusammenhang zwischen Sozialkapital und politischer Unterstützung. Putnam zufolge greift ein geringes Sozialkapital⁷ die Funktionsweise der Demokratie insofern an, als dadurch Institutionen geschwächt werden und weniger Leistungen produzieren. In den Worten der Systemtheorie gesprochen bedeutet das, dass der Output des politischen Systems durch mangelndes Sozialkapital beeinträchtigt wird und folglich die Rückkoppelungseffekte zum input an Unterstützung für das politische System schwächt.

Damit ist die Brücke zu Eastons Systemtheorie geschlagen, welche mit den Konzepten der politischen Unterstützung wie folgt zur Klärung der Forschungsfragen beitragen soll: Erstens wird politische Unterstützung als eine Dimension einer demokratischen Bürgergesellschaft definiert und im nächsten Kapitel für Ost- und Westdeutschland gemessen, zweitens wird politische Unterstützung als potentielle Erklärungsvariable für politische Beteiligung angenommen und im empirischen Teil getestet und drittens wird politische Unterstützung über das hier nicht untersuchte Konzept der Leistungsfähigkeit von Regierungen mit dem Sozialkapital in Verbindung gebracht. Die Synthese von Putnams Kulturtheorie und Eastons Systemtheorie bilden also die theoretische Grundlage für diese Arbeit.

Durch die Eingrenzung der Konsolidierung auf die Bürgergesellschaft wurden Institutionen- und Eliten- bzw. Akteurstheorien als Grundlage zur Beantwortung der Fragestellung als ungeeignet abgelehnt. Auch die Strukturtheorien wurden aufgrund ihrer für diese Arbeit weniger hilfreichen Fokussierung auf den Staat und die sozialen Klassen nicht angewendet.

1.8 Methode

Die in Kapitel 1.5 aufgestellten Hypothesen werden mithilfe statistischer Verfahren auf Basis der Daten einer deutschlandweiten Umfrage aus dem Jahr 2008 getestet. Über die Rückkoppelung zwischen dem theoretischen Argument und der Empirie soll überprüft werden, ob die logisch richtige Argumentation der Theorie auch tatsächlich in der realen Welt beobachtbar ist. Die „reale Welt“ wurde im Rahmen des Forschungsprogrammes ALLBUS

⁷ Putnam verwendete zunächst den Begriff der „civic community“ als er die unterschiedliche Performanz von italienischen Regionalregierungen untersuchte und diese schließlich auf unterschiedliche Ausmaße der „civic community“ zwischen den Regionen zurückführte. Erst danach erweiterte er den Begriff auf „social capital“ (vgl. Putnam 1993).

(Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften) im Jahr 2008 erfragt und für Sekundäranalysen zur Verfügung gestellt. Die Auswahl ebendieser Daten ist dem glücklichen Umstand geschuldet, dass innerhalb dieser einen Umfrage Daten zu allen drei Konzepten erhoben wurden, die in der vorliegenden Arbeit untersucht werden. Ein weiterer Entscheidungsgrund für die ALLBUS Daten ist die Überrepräsentation der neuen Bundesländer in der Stichprobe. Ausreichende Fallzahlen ermöglichen dadurch einen Ost-West-Vergleich (ALLBUS 2010, S. 6).

Bei der Stichprobe handelt es sich um eine zweistufige, disproportional geschichtete Zufallsauswahl in Westdeutschland (inkl. West-Berlin) und Ostdeutschland (inkl. Ostberlin). (vgl. ALLBUS 2011, S. 80). Die Stichprobe umfasst 2.392 Befragte in West- und 1.077 Befragte in Ostdeutschland. Der Befragungszeitraum lag zwischen dem 1.3.2008 und dem 23.8.2008 (vgl. ALLBUS 2010, S. 15).⁸

Sofern einzelne vergleichbare Daten desselben Forschungsprogrammes aus Befragungen vor oder nach der Umfrage im Jahr 2008 zur Verfügung stehen und sich diese sinnvoll für Zeitreihen eignen, werden auch diese Daten analysiert.

Die statistischen Verfahren umfassen Mittelwertvergleiche, Korrelationen, Hypothesentests und die multivariate Methode der Regressionsanalyse und werden mit dem Statistikprogramm SPSS durchgeführt.

⁸ Weiterführende Informationen zum Datensatz wie Erhebungsverfahren, Erhebungsinstitut, Auswahlverfahren oder Art der Befragung sind in ALLBUS 2011 und ALLBUS 2010 nachzulesen.

2 Konzepte

2.1 Konsolidierung der Staatsbürgerkultur

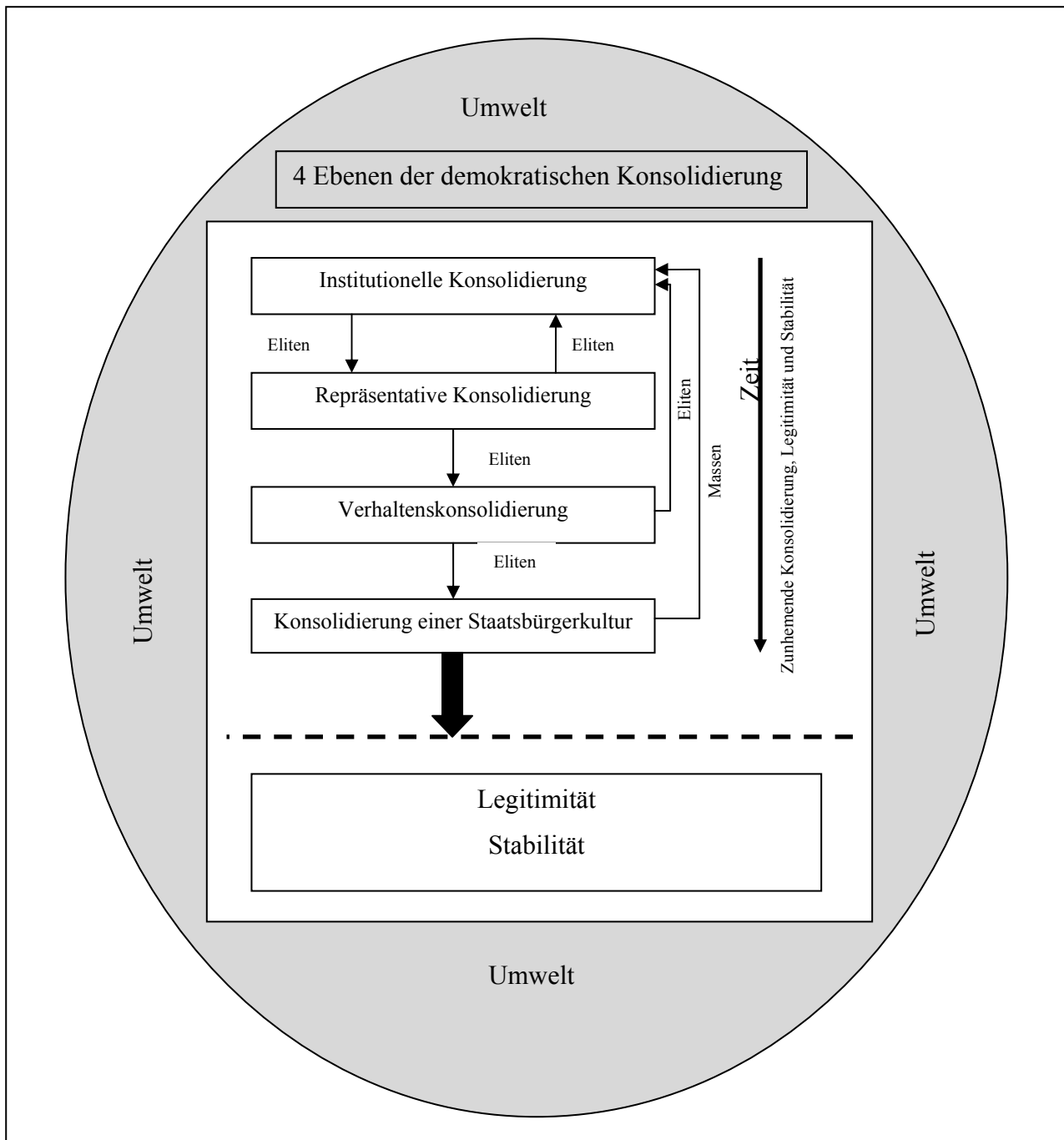
Im folgenden Kapitel soll erläutert werden, wie eine demokratieförderliche Staatsbürgerkultur idealerweise ausgestaltet sein soll und welchen Beitrag diese zur Konsolidierung einer Demokratie leistet bzw. welche Gefahren von einer politischen Kultur für das Fortbestehen einer Demokratie ausgehen können. Desweiteren werden empirisch überprüfbare Merkmale identifiziert, mit der sich eine Staatsbürgerkultur messen und vergleichen lässt.

In der Transformationsforschung spielt die politische Kultur für die langfristige Stabilität der Demokratie eine Rolle. Für die vorliegende Arbeit wird Merkels (1999 entwickeltes) „Mehrebenenmodell“ als theoretischer Bezugsrahmen zugrundegelegt. Merkel geht dabei von einem „positiven“ Konzept der Konsolidierung aus, demzufolge es für eine nachhaltig stabile Demokratie nicht ausreicht, dass demokratische Institutionen erfolgreich installiert werden, die relevanten politischen Eliten durch einen demokratischen Konsens „gezähmt“ (vgl. Higley/Burton 1998, S. 98) sind und potenzielle Vetomächte innerhalb der demokratischen Verfassungsbogens agieren. Erst der Einbezug der Bürger, also die einstellungsmäßige Absicherung des politischen Systems durch die Bevölkerung, garantiert die langfristige Stabilität einer Demokratie (vgl. Jacobs 2003, S. 92). Merkel bezeichnet diese zeitlich an letzter Stelle stehende Konsolidierungsform mit der „Herausbildung einer Staatsbürgerkultur als soziokulturellem Unterbau der Demokratie“ (Merkel 1999, S. 146), welche die Konsolidierung des demokratischen politischen Systems abschließt und diesem Legitimität und Stabilität verleiht.

Eine solcherart „maximal“ konsolidierte Demokratie ist zwar nicht gänzlich immun gegen Dekonsolidierungstendenzen, birgt aber hohe Widerstandsreserven gegen exogene Destabilisierungsschocks und bei der Bewältigung von inneren Defiziten (vgl. Merkel 1999, S. 146). Erst wenn alle vier Ebenen konsolidiert sind, kann von einer weitgehend krisenresistenten Demokratie gesprochen werden. Da für den hier untersuchten Fall Ostdeutschlands die ersten drei Ebenen von Merkels Modell (Institutionelle, Repräsentative und Verhaltenskonsolidierung) als erfolgreich abgeschlossen vorausgesetzt werden, soll nur

die vierte Ebene, die Konsolidierung der Staatsbürgerkultur, betrachtet werden und ihr Fortschritt zwei Jahrzehnte nach der Systemtransformation gemessen werden.

Abbildung 2: Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung nach W. Merkel



Quelle: Merkel, W. (1999): Systemtransformation. Opladen: Leske und Budrich. S. 147

In der Systemtheorie wie auch in der Politischen Kulturtheorie herrscht Einigkeit darüber, dass eine Demokratie nur dann langfristig überlebensfähig ist, wenn sie von einer bestimmten

politischen Kultur getragen wird. In der Systemtheorie gilt die politische Unterstützung als zentrales Element der politischen Kultur, welche die Persistenz eines politischen Systems garantiert (vgl. Easton 1965, S. 220). Politische Unterstützung schließt negative und positive Bewertungen ein und kann als eine Einstellung beschrieben werden, mit deren Hilfe sich ein Individuum gegenüber einem politischen Objekt positiv, indifferent oder negativ, befürwortend oder ablehnend orientiert. In der Politischen Kultur Forschung ist der Begriff der politischen Kultur weiter gefasst. Almond und Verba bezeichnen sie als die „spezifische Verteilung von Orientierungsmustern gegenüber politischen Objekten unter den Bürgern“ (vgl. Almond/Verba 1993, S. 14, eigene Übersetzung G.B.). Almond und Verba haben den Begriff als ein empirisch-analytisches, wertfreies Konzept eingeführt, das politische Einstellungen untersucht.

In der wissenschaftlichen Diskussion herrscht Konsens über die Bedeutung der politischen Kultur für die Stabilität einer Demokratie. Die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Einbettung eines politischen Systems wird nicht in Frage gestellt. Es bestehen allerdings unterschiedliche Auffassungen in der Frage, welche Art und Weise der politischen Kultur am demokratieförderlichsten ist. Almond und Verba (1963) haben mit ihrem Konzept der *civic culture* eine Mischform von drei Idealtypen politischer Kultur vorgestellt, das aus parochialen, traditionell-passiven als auch aus partizipatorischen Einstellungen und Werten zu politischen Institutionen besteht. Diese Mischform soll eine Balance an unterschiedlichen Orientierungen garantieren. Die Ausbalancierung unterschiedlicher gesellschaftlicher Subkulturen garantiert die Stabilisierung der Demokratie. Nach Almond und Verba gefährdet ein Zuviel an Partizipation eine Demokratie insofern, dass sie zu politischer Polarisierung führen kann und unpopuläre Regierungsvorhaben blockieren könnte.

Dieser Gefahr stimmt auch Merkel zu und sieht bei Transformationsstaaten ein Risiko der Destabilisierung durch überhitzt partizipative Neigungen der Bevölkerung (vgl. Merkel 1999, S. 165 f.). Je konsolidierter eine Gesellschaft ist, desto weniger demokratieförderlich sind parochiale Einstellungen und Formen der Untertanenkultur. In entwickelten Industriegesellschaften gilt für Merkel das partizipative Element der politischen Kultur als der gewichtigste Faktor. Putnam (1993) unterscheidet sich in der Auffassung Almonds und Verbas in zweifacher Hinsicht. Erstens fasst er die politische Kultur mit den Begriffen des

civic engagement, civic trust, civic community und social capital weiter, in dem die politische Kultur nicht nur auf politische Institutionen abzielt sondern auch die strukturelle Einbindung der Individuen in gesellschaftliche Netzwerke, das zwischenmenschliche Vertrauen und die Kooperation unter Bürgern und bürgerliches Engagement miteinschließt. Zweitens ist Putnam der Ansicht, dass es keinen Schwellwert des Ausmaßes von Partizipation bzw. Engagement gibt, ab dem sich die demokratieförderliche in eine destabilisierende Funktion umwandelt.

Eine weitere streitbare Frage ist, ob die politische Kultur eine Demokratie überhaupt erst ermöglicht oder ob erst durch demokratische Institutionen und Arrangements oder aber außerpolitische Ursachen - wie zum Beispiel die wirtschaftliche Entwicklung - eine demokratische politische Kultur entsteht (vgl. Barry 1970; Welzel 2000). In Ingleharts (1988) Kausalmodell ist die politische Kultur lediglich ein Vermittler zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und stabiler Demokratie, während Putnam die civic community als Ursache von sowohl demokratischer Stabilität als auch ökonomischer Leistungsfähigkeit sieht (vgl. Putnam 1993, S. 98). Demokratische Institutionen müssen demnach notwendigerweise auf einer demokratischen Staatsbürgerkultur aufbauen und können nicht einfach von oben herab verordnet werden (vgl. Putnam 1993, S. 182 f.), was Almond und Verba (1963, 491 ff.) vermittels einer zentral gesteuerten Demokratisierungsstrategie, welche unter anderen moderne Bildung und Industrialisierung beinhaltet, für möglich halten. In den nachfolgenden Untersuchungen wird die politische Kultur als unabhängige Variable verwendet, die einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der Stabilität bzw. den Konsolidierungsstand der Demokratie in Ostdeutschland leistet.

Zur Messung der politischen Kultur gibt es in der wissenschaftlichen Diskussion und Praxis kein Instrumentarium, das allgemein akzeptiert wäre. Für die vorliegende Untersuchung wurden Konzepte ausgewählt, die erstens empirisch messbar sind, zweitens eine stabilitätsfördernde Wirkung auf eine Demokratie ausüben und drittens in der Theorie und Praxis der Politischen Kultur Forschung bereits Anwendung fanden. Alle drei Merkmale treffen auf die Konzepte der politischen Unterstützung, politischen Partizipation und Sozialkapital zu. Die ersten beiden Konzepte messen politische Kultur im engeren Sinne, da

sie sich zum einen auf Einstellungen⁹ beziehen und sich zweitens auf rein politische Orientierungen beschränken. Sozialkapital ist in zweifacher Weise weiter gefasst, da es neben Einstellungen auch Verhaltensweisen, wie zum Beispiel die Mitgliedschaft in Vereinen, beinhaltet und desweiteren nicht nur die politische Arena umfasst sondern auch sozialpsychologische Merkmale wie Vertrauen beinhaltet. Das entscheidende Kriterium für die Aufnahme dieses Konzeptes war der bereits von Putnam (1993, 1995) nachgewiesene und auch für den Untersuchungsfall Ostdeutschlands vermutete Zusammenhang von social capital und demokratischer Stabilität.

Politische Kultur ist ein kollektives Phänomen, das sich auf das Denken und Handeln der zugehörigen Individuen auswirkt. Die Messung erfolgt auf der Individualebene und erst die Aggregation der individuellen Einstellungs- und Verhaltensmuster ergeben die politische Kultur einer Gesellschaft. Individuen haben bestimmte Orientierungen aber Individuen haben keine Kultur. Die Aussagen über die politische Kultur beziehen sich auf das Aggregat. In diesem Sinne werden in der nachfolgenden Untersuchung die einzelnen Konzepte je Befragtem ausgewertet und jeweils für Ost- und Westdeutschland aggregiert und im Anschluss diese beiden Aggregate verglichen um Aussagen über die Konsolidierung der Staatsbürgerkultur in Ostdeutschland zu treffen.

2.2 Politische Unterstützung

2.2.1 Politische Unterstützung in der Systemtheorie

Easton (1965, S. 29 ff.) beschreibt ein politisches System als ein Teilsystem, das in einer Umwelt anderer Teilsysteme – wie zB dem ökologischen oder sozialen System – existiert. Aus dieser Umwelt entstehen Forderungen, die als Inputs in das politische System eingehen und von diesem zu Outputs in Form von Entscheidungen und Handlungen umgewandelt werden sollen. Politische Systeme können in dieser Hinsicht als „Transmissionsmaschinen“ von Forderungen in Entscheidungen angesehen werden. Eastons Konzept sieht bei den Outputs allerdings nicht den Endpunkt seiner Analyse. Er will deutlich machen, warum manche politische Systeme überleben und andere nicht. Deshalb ist es notwendig, die Feedbackfunktion der Outputs zu erkennen. Die Outputs formen ihrerseits Unterstützung als

⁹ Bei der politischen Partizipation wird dies anhand der Bereitschaft bzw. mit Einstellungen zur politischen Beteiligung operationalisiert.

zweite Inputgröße des politischen Systems, welches demgemäß auch als „Produktionsmaschine“ von Unterstützung angesehen werden kann. Outputs können aber auch Forderungen verändern oder neue Forderungen bewirken indem politische Entscheidungen oder policies in andere Teilsysteme einwirken und die Umwelt dahingehend verändern, dass neue Forderungen entstehen.

Nur jene politischen Systeme können langfristig überleben, wo der Informationsaustausch zwischen Umwelt und System funktioniert und welche dadurch den Wandel in anderen Teilsystemen effektiv bewerkstelligen können, indem sie sich ständig an veränderte Umwelten anpassen und auf Wandel entsprechend reagieren können. Die Stabilität und Persistenz eines politischen Systems hängt von der sich kontinuierlich anpassenden Umwandlungsfunktion von Forderungen in Entscheidungen und der Fähigkeit ab, dadurch Unterstützung zu generieren. Demokratische Systeme haben dabei den Vorteil, dass allgemeine und freie Wahlen das politische System zur Lernfähigkeit zwingen. Merkel bezeichnet diesen Vorteil mit der „endogenen Stabilität“ demokratischer Systeme (Merkel 1999, S. 61). Wenn Regierungen über einen längeren Zeitraum unzureichende Lösungsansätze für Forderungen aus der Umwelt entwickeln, so kann die Bevölkerung sie abwählen und die Opposition bekommt die Möglichkeit ihre Lösungsvorschläge umzusetzen. In autoritären Systemen besteht dieses Frühwarnsystem von Wahlen nicht. Langfristig unzureichende Outputs des politischen Systems gefährden dort nicht nur die im Amt befindlichen politischen Autoritäten sondern greifen allmählich auf die Legitimität des gesamten politischen Systems über, dem die politische Unterstützung der Bevölkerung abhanden kommt, wenn es auf die Dauer nicht in der Lage ist, die Feedbackinformationen des politischen Systems zu verarbeiten und die Forderungen aus der Umwelt in befriedigende politische Lösungen umzuwandeln und dadurch Unterstützung zu produzieren. Detlef Pollack (1990) hat diese Entwicklung am Beispiel der DDR dargestellt. Nach Fuchs ist - in Anlehnung an Easton - die Persistenz eines politischen Systems von der Kapazität dieses Systems, Unterstützung zu generieren und zu erhalten, abhängig (vgl. Fuchs 1989, S. 13).

Easton hat ein Modell entwickelt, das unterschiedliche Unterstützungsarten und -objekte unterscheidet. Dieses folgt den theoretischen Überlegungen, dass outputabhängige (spezifische) und moralisch begründete (diffuse) Unterstützung grundsätzlich unabhängig

voneinander sind. Für die Persistenz einer Demokratie ist es demnach nicht notwendig, dass populäre Regierungen immerfort zufriedenstellende Lösungen umsetzen und dadurch spezifische Unterstützung generieren. Vielmehr benötigt die Demokratie als Regimeform, trotz aller ihrer Übel, ein ausreichendes Maß an moralisch begründeter Unterstützung der Bevölkerung. Eine solcherart diffuse Zustimmung zu den demokratischen Idealen sowie die Verbundenheit zur politischen Gemeinschaft kennzeichnen eine konsolidierte demokratische Staatsbürgerkultur.

2.2.2 Unterstützungsobjekte

Easton identifizierte drei Elemente eines politischen Systems, die in Bezug auf seine Überlebensfähigkeit angesichts der Bedrohung eines Unterstützungsverlustes am relevantesten sind (vgl. Easton 1965, S. 171 f.). Die Kategorisierung verfolgt den Zweck, jene Aspekte eines Systems zu identifizieren, deren Unterstützungsausmaß unabhängig voneinander variiert und deren Fluktuationen in der Unterstützung unterschiedliche Formen von Stress auf das System ausüben.

Die *politische Gemeinschaft* ist definiert als Gruppe von Systemmitgliedern, die eine Bereitschaft zeigen, an der Lösung von politischen Problemen zusammenzuarbeiten. Für die formale Systemmitgliedschaft würde sich die Staatsbürgerrolle anbieten, sofern die Untersuchung auf einen Staat abzielt. Die Unterstützung dieser Gemeinschaft drückt sich als Wir-Gefühl aus. Die Bedeutung der Unterstützung der politischen Gemeinschaft für die Stabilität eines politischen Systems erwächst aus der notwendigen Bedingung, überhaupt dazu bereit zu sein, sich zur Lösung politischer Probleme in dieser Gemeinschaft zusammenzuschließen. Ethnische Konfliktlinien oder nahe zurückliegende, hasserfüllte Bürgerkriegserfahrungen zwischen verfeindeten Parteien können diese grundlegende Bereitschaft zur Zusammenarbeit in einer politischen Gemeinschaft gefährden. Auch andere Faktoren wie zum Beispiel das mangelnde Zusammengehörigkeitsgefühl in der Europäischen Union können für eben diese politische Gemeinschaft keine maximale Unterstützung entstehen lassen. Fuchs erkennt aus Eastons Darstellungen der Unterstützungsobjekte eine Hierarchie, der zufolge ein Bedingungsverhältnis der Funktionsfähigkeit unter den Unterstützungsobjekten vorherrscht (vgl. Fuchs 1989, S.31): Die Funktionsfähigkeit der politischen Gemeinschaft ist eine Bedingung für die Funktionsfähigkeit des politischen

Regimes, welche ihrerseits eine Bedingung für die Funktionsfähigkeit des hierarchisch letzten Unterstützungsobjektes der politischen Herrschaftsträger ist. Wenn also für Bosnien aufgrund seiner ethnischen Konflikte eine mangelnde Unterstützung der politischen Gemeinschaft unterstellt wird, so hat das Defekte in der Funktionsfähigkeit der beiden hierarchisch darunterliegenden Unterstützungsobjekte zur Folge. Oder auf Ostdeutschland umgelegt könnte eine eventuelle, mangelnde Unterstützung der politischen Gemeinschaft in der vereinten Bundesrepublik (aufgrund sozialer Missachtungsphänomene¹⁰, sozialer Ungleichheiten und gefühlten Ungerechtigkeiten zwischen Ost und West einerseits und aufseiten der Westdeutschen aufgrund der Alimentierungen der Ostdeutschen andererseits) negative Auswirkungen auf die Unterstützung des politischen Regimes und in einer weiteren Folge auf die politischen Autoritäten haben.

Jede politische Gemeinschaft benötigt für den Interessensausgleich und die Verarbeitung von politischen Forderungen zu politischen Entscheidungen eine reglementierte Methode zur Anordnung ihrer politischen Beziehungen. Das Set von grundlegenden Prozeduren und Regeln, welches von den Regierenden und Regierten akzeptiert wird, drückt sich in den Institutionen eines *politischen Regimes* aus (vgl. Easton 1965, S. 190 ff.). Dieses zweite Unterstützungsobjekt, das Easton als „sets of constraints on political interaction“ beschreibt, kann in drei Komponenten, nämlich Werte, Normen und Herrschaftsstrukturen untergliedert werden. Die Werte bestimmen die Grenzen dessen, was für die alltägliche Politik vorausgesetzt wird ohne die Gefühle der politischen Gemeinschaft zu verletzen. Mit Normen sind die Prozeduren gemeint, die zur Umwandlung von Forderungen in politisches Handeln erwartet und akzeptiert werden. Unter den Herrschaftsstrukturen wird das Amt verstanden und nicht dessen Amtsinhaber. Letztere bezeichnen das dritte Unterstützungsobjekt, die *Autoritäten*. Diesen Inhabern der Autoritätsrollen kommt für die Stabilität eines politischen Systems insofern Bedeutung zu, als sie es sind, die die konkrete Entscheidungstätigkeit im Rahmen der Strukturen des Systems durchführen und die Verantwortung dafür übernehmen.

Eastons Kategorisierung von Unterstützungsobjekten wurde bereits in empirischen Studien angewendet (Fuchs 1989, Fuchs 1993, Westle 2007, Westle 2009). Fuchs und Westle gehen

¹⁰ Zu Formen und Dimensionen deutsch-deutscher Missachtungsverhältnisse vgl. Kollmorgen 2005, S. 142 ff.

dabei von den gleichen Unterstützungsobjekten¹¹ wie Easton aus, mit der Einschränkung, dass jenes des politischen Regimes nur Institutionen und keine Werte und Normen enthält, da diese unterschiedlichen theoretischen Dimensionen angehören.¹²

2.2.3 Unterstützungsarten

Ein wesentliches Merkmal Eastons Theorie ist die Unterscheidung in spezifische und diffuse Unterstützung, welche in der empirischen Analyse unbedingt differenziert werden müssen, da sie unterschiedliche Konsequenzen für die Persistenz eines politischen Systems haben (vgl. Easton 1975, S. 444; vgl. Fuchs 1989, S. 21).

Die **spezifische Unterstützung** wird verstanden als die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Outputs des politischen Systems, welche von den politischen Akteuren produziert werden. Durch den Output-Bezug, also die Bewertung auf Basis der Vor- und Nachteile die das politische System für das jeweilige Individuum produziert, hat die spezifische Unterstützung einen kognitiven, instrumentellen Charakter und ist weniger von moralischen Werten abhängig. Dieser Umstand verleiht der spezifischen Unterstützung eine gewisse zeitliche Flexibilität bzw. Kurzfristigkeit, sie kann aufgrund mangelnder Performanz des politischen Systems schnell abnehmen oder durch persönliche Vorteile wieder rasch zunehmen. „*Specific support is the response to the authorities*“ (Easton 1975, S. 437). Die spezifische Unterstützung bezieht sich dabei ausschließlich auf das Unterstützungsobjekt der politischen Autoritäten und ist nur indirekt relevant für den Input von Unterstützung für das Regime und die politische Gemeinschaft. Wenn die Bevölkerung mit der Leistung ihrer politischen Elite unzufrieden ist, wenn sie die Policies ihrer Regierung ablehnt, oder unzufrieden mit ihren von der Politik gestalteten Lebensbedingungen ist, mag sie die Regierung wohl abwählen, ein direkter Einfluss auf die prinzipielle Unterstützung des politischen Regimes und die politische Gemeinschaft ist kurzfristig nicht gegeben. Die politische Unzufriedenheit der Bevölkerung führt nicht notwendigerweise zu grundlegendem

¹¹ Fuchs bezeichnet die Unterstützungsobjekte „Orientierungsobjekte“ und die Unterstützungsformen „Orientierungsmodi“.

¹² Institutionen sind Elemente der System-Struktur während Werte und Normen Elemente der System-Kultur sind (vgl. Fuchs 1989, S. 25).

politischen Wandel (vgl. Easton 1975, S. 436)¹³, dennoch strahlt sie Rückkoppelungseffekte auf die beiden anderen Klassen von Unterstützungsobjekten (politisches Regime und politische Gemeinschaft) aus. Lang andauernde, tiefsitzende Enttäuschungen über die Leistungen der politischen Autoritäten können über kurz oder lang zur Infragestellung des Regimes und der politischen Gemeinschaft führen und die Persistenz des gesamten politischen Systems gefährden (vgl. Easton 1975, S. 445).

Diffuse Unterstützung hingegen hat eine direkte Auswirkung auf die Stabilität eines politischen Systems. Easton meint damit grundsätzliche Überzeugungen „(...) *about what is fundamentally right and proper in politics*“ (Easton 1975, S. 446). Während sich die spezifische Unterstützung auf die Bewertung stützt, was ein Objekt *tut*, richtet sich die diffuse Unterstützung auf die Bewertung was ein Objekt *ist* (vgl. Easton 1975, S. 444). Diffuse Unterstützung kann auf alle drei Unterstützungsobjekte angewendet werden. Easton beschreibt drei Wesensmerkmale der diffusen Unterstützung (vgl. Easton 1975, S. 444 ff.). Erstens ist sie länger andauernd und stabiler als die spezifische Unterstützung da sie üblicherweise von kurzfristigen Outputs oder Leistungen unabhängig ist. Ihr Bewertungsmaßstab sind grundlegende Werte und sie entsteht durch die Überzeugung, dass sich die politische Philosophie eines Systems mit den eigenen moralischen Werten deckt. Zweitens kann sie als „basic“ in einem speziellen Sinne bezeichnet werden, da sie nicht nur auf die politischen Autoritäten direkt einwirkt sondern auch auf die beiden anderen Unterstützungsobjekte. Drittens ist die Quelle der Entstehung von diffuser Unterstützung tiefer verwurzelt als bei der spezifischen Unterstützung, welche sich aus den Outputs des politischen Systems nährt. Die tiefsitzende Bindung an das politische System wird in der Kindheit und durch Sozialisation im Erwachsenenalter aufgebaut sowie durch direkte Erfahrungen erzeugt. Eine solche diffuse Unterstützung, die unabhängig davon ist, welche Leistungen das System erbringt, ist eine notwendige Bedingung für das dauerhafte Überleben eines politischen Systems (vgl. Easton 1979, S. 269).

¹³ Das komplizierte Spannungsverhältnis zwischen politischer Unzufriedenheit und Akzeptanz oder Ablehnung von grundlegenden politischen Arrangements und ihren konstitutiven Prinzipien ist ein Forschungsgebiet mit dem sich auch bereits für Ostdeutschland mehrere Wissenschaftler empirisch auseinandergesetzt haben (vgl. Jacobs 2004, Gabriel 2000).

Diffuse Unterstützung kann sich in zwei unterschiedlichen Formen ausdrücken (vgl. Easton 1975, S. 447 ff.): Vertrauen und Legitimität. Das *Vertrauen* bezieht sich auf einen Glauben an das Gute im politischen System, also ein Grundvertrauen der Bevölkerung darauf, dass das politische System wünschenswerte Ergebnisse produziert, selbst wenn die Bürger selbst nichts dazu beitragen und politische Autoritäten kaum überwachen. Der Gegenpol zu Vertrauen wird als Zynismus oder Entfremdung bezeichnet. Die zweite Ausdrucksform der diffusen Unterstützung ist die *Legitimität* der drei politischen Unterstützungsobjekte. Diese ist definiert mit der Überzeugung, dass es richtig ist, die Autoritäten zu akzeptieren und sich an die Anforderungen des Regimes zu halten. Legitimität entsteht durch eine von der Bevölkerung wahrgenommene Konformität zwischen den politischen Unterstützungsobjekten und den eigenen moralischen Prinzipien bzw. den eigenen Vorstellungen was in der politischen Sphäre richtig und angemessen ist.

Werden die Unterstützungsobjekte mit den Unterstützungsarten gekreuzt ergeben sich folgende Ausdrucksformen von politischer Unterstützung:

Abbildung 3: Eastons Konzept politischer Unterstützung

		Unterstützungsobjekte		
		Politische Gemeinschaft	Regime	Politische Autoritäten
Unterstützungstypen	Quellen			
	Diffus	Identifikation mit der politischen Gemeinschaft	Legitimität des Regimes Vertrauen in das Regime	Legitimität der Autoritäten Vertrauen in die Autoritäten
	Spezifisch			Zufriedenheit mit alltäglichen Outputs

Quelle: Fuchs, D. (1989)

2.2.4 Kritik an Eastons Konzept

Easton hat seine theoretischen Überlegungen selbst nie einer empirischen Überprüfung unterzogen. Kritik richtet sich hauptsächlich gegen die Unterscheidung der Unterstützung in spezifisch und diffus und die schwierige Operationalisierung dieser beiden Konzepte. Einerseits wird die funktionale Wichtigkeit dieser Unterscheidung nicht bestritten, da die beiden Unterstützungsarten auf die Systemstabilität eine völlig unterschiedliche Wirkung haben. Diffuse Unterstützung ist für die langfristige Existenz einer Demokratie essentiell, während leistungsbezogene Unzufriedenheit aufgrund der knappen Ressourcen, die einem politischen System zum Zwecke der Erfüllung von Forderungen zur Verfügung stehen, unvermeidbar ist (vgl. Fuchs 1993, S. 235). Mangelnde spezifische Unterstützung, ausgedrückt in der Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Demokratie, ist klar abzugrenzen von der Ablehnung der Demokratie als Staatsform.

Gänzlich unabhängig sind die beiden Konzepte der spezifischen und diffusen Unterstützung, wie Easton das postuliert (vgl. Easton 1975, S. 444), dennoch nicht. Mangelnde oder rückgängige spezifische Unterstützung zeigt keine akute Krise der Demokratie an, sollte aber als Warnsignal für die Unterstützung der demokratischen Ideale nicht übersehen werden. Bei permanenter Unzufriedenheit mit der Realität der Demokratie ist nicht auszuschließen, dass diese Staatsform als nicht hinreichend umsetzbar wahrgenommen wird und ihr dadurch langfristig die Legitimität abgesprochen wird (vgl. Westle 2009, S. 13). Fuchs (1993, S. 236) kritisiert außerdem Eastons unklare Abgrenzung der beiden Konzepte der spezifischen und diffusen Unterstützung, weil Easton Vertrauen als Subdimension der diffusen Unterstützung definiert. Nach Fuchs ist Vertrauen abhängig von der Leistung und den Ergebnissen der politischen Autoritäten, demzufolge trägt es Merkmale der spezifischen Unterstützung.

Auch Easton sieht die Abhängigkeit des Vertrauens von Outputs, er grenzt Vertrauen aber durch den Begriff des „generalisierten Nutzens“ vom kurzfristigen Nutzen, auf den die spezifische Unterstützung abzielt, ab. Die persönlichen Vorteile aus den Ergebnissen des politischen Systems sind zwar die Quelle des Vertrauens, aber sie entstehen nicht direkt durch die Outputs des Systems sondern als „[...] *a product of spill-over effects from evaluations of a series of outputs and performance over a long period of time*“ (Easton 1975, S. 446). Fuchs löst die undurchsichtige Unterscheidung von spezifisch und diffus auf, indem er stattdessen

Orientierungsmodi einführt, die sich in Identifikation, Legitimität und Effektivität ausdrücken. Diese drei Ausdrucksformen sind auf alle drei Unterstützungsobjekte anwendbar, wobei bei jedem Unterstützungsobjekt eine Ausdrucksform dominiert, nämlich die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, die Legitimität des politischen Regimes und die Effektivität der Autoritäten.

Westle (2007, S. 100) kritisiert an der Unterscheidung zwischen spezifischer und diffuser Unterstützung darüber hinaus, dass dadurch eine für die Stabilität einer Demokratie wesentliche Unterstützungsform unberücksichtigt bleibt, welche sich in der Bewertung der *Realität* einer gelebten Demokratie ausdrückt. Bezogen auf das Unterstützungsobjekt des Regimes zielt diese Bewertung auf die Interpretation, Realisierung und Funktionsweise des politischen Prozesses im alltäglichen politischen Geschehen. Diese Unterstützungsform einer „real existierenden Demokratie“ ist weder der spezifischen, noch der diffusen Unterstützung eindeutig zuzuordnen, da sie Elemente beider Formen in sich vereint. Diese Unterstützungsform basiert zwar einerseits auf moralischen, normativ-ideologischen Beurteilungskriterien, andererseits ist sie nicht auf abstrakte Ideen und fortdauernde Strukturen gerichtet, sondern auf konkrete policies und Formen politischen Verhaltens, welche einer schnelleren Veränderung unterliegen können. Sie bezeichnet diese Unterstützungsform deshalb als spezifisch-diffuse Mischform.

Außerdem stellt Easton zwar fest, dass der mangelnde Input von Unterstützung die Persistenz des politischen Systems bedrohen könnte, er bleibt aber die Antwort auf einen konkreten Schwellwert schuldig, ab dem mangelnde Unterstützung in eine Gefahr für das System umschlägt. Er spricht lediglich von einem „*level, [that, Anm. G.B.] may threaten to drop below an undefined but determinable minimum*“ (Easton 1965, S. 221). Diamond (1999) hat diese Kritik aufgegriffen und in seiner Studie versucht, einen zweiseitigen Schwellwert festzulegen, wenngleich er einräumt, dass jegliche Quantifizierung zwangsläufig willkürlich bleibt (Diamond 1999, S. 68). Einerseits kann von einer konsolidierten Staatsbürgerkultur erst dann die Rede sein, wenn mindestens 70 % der Bevölkerung die demokratische Ordnung nachhaltig und langfristig unterstützt. Der zweite Schwellwert bezieht sich auf den Anteil der Demokratiegegner, welcher sich nicht auf über 15 % der Bevölkerung belaufen soll.

2.2.5 Operationalisierung – Vom Konzept zum Indikator

Als Basis für die Operationalisierung der politischen Unterstützung wird Eastons theoretischer Bezugsrahmen zugrundegelegt (siehe Abbildung 3). Dabei wurden die Kritikpunkte von Fuchs und Westle aufgegriffen und in ein empirisch überprüfbares Konzept integriert. Die Unterstützungsobjekte wurden ohne Änderungen von Easton übernommen, die Unterteilung der Unterstützungsformen in spezifisch und diffus beibehalten und um die spezifisch-diffuse Mischform ergänzt. Diese wird nur für das Unterstützungsobjekt des Regimes angewendet. Eastons Zweidimensionalität der diffusen Unterstützung wurde insofern beibehalten, dass beim Regime die Legitimität als dominanter Unterstützungsausdruck gemessen wird, während bei den politischen Autoritäten das Vertrauen als dominante Form angenommen wird. Rein spezifische Unterstützung wird nach Easton nur den politischen Autoritäten zuteil, auch diese Annahme findet im nachfolgenden Konzept Entsprechung.

Dem Konzept liegt weiters das von Easton, Fuchs und Westle unterstellte, hierarchische Bedingungsverhältnis zugrunde, wonach einerseits die Objekte hierarchisch abnehmend unterstützt werden und die diffuse Unterstützung für die Stabilität eines politischen Systems bedeutender ist als die spezifische (vgl. Easton 1975, S. 444; vgl. Easton 1965, S. 269; vgl. Fuchs 1989, S. 31; vgl. Westle S. 96 f.).

Abbildung 4: Abgewandeltes Konzept politischer Unterstützung

Unterstützungsobjekte			
Unterstützungstypen	Charakteristika	Politische Gemeinschaft	Politisches Regime Politische Autoritäten
	Diffus <i>Dauerhaft, affektiv</i>	Identifikation mit der politischen Gemeinschaft Indikator: „VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND IHREN BÜRGERN“	Legitimität des Regimes Indikator: „IDEE DER DEMOKRATIE“
			Vertrauen in die Autoritäten Indikator: „VERTRAUEN IN DIE BUNDESREGIERUNG“
	Spezifisch-Diffus <i>Kurzfristig, fundamental</i>		Realität und Praxis der Demokratie Indikator: „ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD“
	Spezifisch <i>Kurzfristig, kognitiv, instrumental</i>		Zufriedenheit mit alltäglichen Outputs Indikator: „ZUFRIEDENHEIT MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG“

Quelle: Eigene Überlegungen in Anlehnung an Fuchs (1989) und Westle (2009).

- a) Konzept: Identifikation mit der politischen Gemeinschaft →
 Indikator: VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND IHREN BÜRGERN
 Easton definiert die politische Gemeinschaft wie folgt:

„(...) the concept ‚political community‘ refers to a group of persons who share a division of labor for the settlement of political problems. The cohesiveness of such a

group, its sense of political community, will be reflected in the extent to which the members hold positive feelings with respect to this sharing a political division of labor.“ (Easton 1965, S. 325)

Die Kohäsion der politischen Gemeinschaft und die positiven Gefühle zu ebendieser drücken sich in der Verbundenheit aus. Da die politische Gemeinschaft die beiden Aspekte des Territoriums und der Mitgliedschaft beinhaltet (vgl. Westle 2009, S. 99), wird nach der Verbundenheit zur BRD und seinen Bürgern gefragt. Die konkrete Frage in der ALLBUS-Befragung vom Jahr 2008 lautet (ALLBUS 2008, S. 65):

„Wie stark fühlen Sie sich mit Deutschland als Ganzem und seinen Bürgern verbunden?“¹⁴

1:stark verbunden; 2:ziemlich verbunden; 3:wenig verbunden; 4:gar nicht verbunden.

Das Kriterium des Nationalstolzes wurde deswegen als Identifikationsmerkmal mit der politischen Gemeinschaft abgelehnt, da der Nationalstolz einerseits positiv als konstruktiver Patriotismus gedeutet und andererseits negativ als aggressiver Nationalismus ausgelegt werden kann. Ersteres wäre ein Merkmal für eine konsolidierte Bürgergesellschaft, letzteres wird eher mit antidemokratischen Ressentiments verknüpft.

b) Konzept: Legitimität des Regimes → Indikator: IDEE DER DEMOKRATIE

Die Legitimität des Regimes drückt sich in der Bereitschaft der Bevölkerung aus, sich an die Anforderungen und Voraussetzungen eines Regimes zu halten. Wenn die Mitglieder der politischen Gemeinschaft das Regime in einer abstrakten oder konkreten Form mit ihren eigenen moralischen Prinzipien und ihren eigenen Auffassung, was richtig und angemessen ist, in Übereinstimmung sieht, dann erwächst daraus dem Regime Legitimität. Diese von Easton (1965, S. 278) aufgestellte Definition findet in der Antwort auf die folgende Frage der ALLBUS-Untersuchung aus dem Jahr 2008 seine Entsprechung (ALLBUS 2008, S. 16):

¹⁴ Idente Fragestellung und Antwortkategorien in der ALLBUS-Befragung 2000.

„Zunächst geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern um die Idee der Demokratie. Bitte sagen Sie mir (...) wie sehr sie grundsätzlich für oder grundsätzlich gegen die Idee der Demokratie sind.“

1:sehr dafür; 2:ziemlich dafür; 3:etwas dafür; 4:etwas dagegen; 5:ziemlich dagegen; 6:sehr dagegen.

c) Konzept: Realität und Praxis der Demokratie →

Indikator: ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD

Die Mischform spezifischer und diffuser Unterstützung wird wie folgt über die Bewertung der real existierenden Demokratie in der BRD abgefragt. (ALLBUS 2008, S. 17):

„Kommen wir nun zu der Demokratie in Deutschland: Wie zufrieden oder unzufrieden sind sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“¹⁵

1:sehr zufrieden; 2:ziemlich zufrieden; 3:etwas zufrieden; 4:etwas unzufrieden; 5:ziemlich unzufrieden; 6:sehr unzufrieden

Der Bezug auf das konkrete Unterstützungsobjekt der Demokratie in Deutschland ermöglicht eine Bewertung der informellen Struktur und der informellen Spielregeln des Regimes. Während der Indikator der IDEE DER DEMOKRATIE auf die Verfassungsnorm abzielt, misst der Indikator der DEMOKRATIE IN DEUTSCHLAND die Verfassungsrealität.

d) Konzept: Vertrauen in die Autoritäten → Indikator: VERTRAUEN IN DIE BUNDESREGIERUNG

Nach Easton (1975, S. 447) ist das Vorhandensein von Vertrauen gleichzusetzen mit dem Gefühl der Bevölkerung, dass ihre Interessen selbst dann verfolgt werden, wenn die Autoritäten nur minimaler Überwachung ausgesetzt sind. Dieses Vertrauen wird mit folgender Frage gemessen (ALLBUS 2008, S. 13):

„Sagen Sie mir bitte, wie groß das Vertrauen ist, das sie der Bundesregierung entgegenbringen?“¹⁶

¹⁵ Idente Fragestellung und Antwortkategorien in der ALLBUS-Befragung 1998 und 1992.

1: überhaupt kein Vertrauen; (...); 7: sehr großes Vertrauen

e) Konzept: Zufriedenheit mit alltäglichen Outputs -

Indikator: ZUFRIEDENHEIT MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG

Die rein spezifische Unterstützung bezieht sich ausschließlich auf die politischen Autoritäten und wird mit der Zufriedenheit der Mitglieder der politischen Gemeinschaft gemessen, die aus den Outputs des politischen Systems und der Leistung der politischen Autoritäten erwächst (vgl. Easton 1975, S. 437). Diese konkrete Definition kann in die folgende Frage übersetzt werden (ALLBUS 2008, S. 17):

„Wie zufrieden sind Sie – insgesamt betrachtet – mit den gegenwärtigen Leistungen der Bundesregierung?“¹⁷

1:sehr zufrieden; 2:ziemlich zufrieden; 3:etwas zufrieden; 4:etwas unzufrieden; 5:ziemlich unzufrieden; 6:sehr unzufrieden

2.2.6 Messung der Indikatoren

Die Messung der Unterstützung erfolgt mit dem Ziel, mögliche Unterschiede in der Unterstützung zwischen Ost- und Westdeutschland aufzudecken und daraus Rückschlüsse auf den Konsolidierungsstand der Staatsbürgerkultur in Ostdeutschland zu gewinnen. Sofern die Indikatoren auch in früheren ALLBUS-Studien enthalten waren, werden diese in einer Zeitreihe dargestellt um mögliche Tendenzen zu erkennen. Ein dritter Analyseschwerpunkt liegt auf der oben dargestellten hierarchischen Beziehung der Unterstützungsformen und –objekte, um Aussagen über die Stabilität der Demokratie zu ermöglichen.

Im Hinblick auf die rein diffusen Unterstützungsformen der politischen Gemeinschaft und des politischen Systems, welche aus Normen und Werten der Staatsbürger gespeist werden, besteht in Ostdeutschland breite Zustimmung. Bestanden im Jahr 2000 noch – zwar geringe – aber signifikante Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen hat sich die Verbundenheit mit der BRD und seinen Bürgern im Jahr 2008 auf ein sehr hohes Maß angenähert. Die

¹⁶ Idente Fragestellung und Antwortkategorien in der ALLBUS-Befragung 2000 und 1994.

¹⁷ Idente Fragestellung und Antwortkategorien in der ALLBUS-Befragung 1998 und 1992.

Identifikation der Bürger mit der politischen Gemeinschaft ist nun in beiden Landesteilen nahezu ident. Auch bei der Idee der Demokratie herrscht in Ostdeutschland im Jahr 2008 breite Zustimmung: 95 % sind für die Demokratie als politisches Ordnungsmodell. In der Intensität der Zustimmung zeigen sich allerdings erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West. Während zwei Drittel der Westdeutschen *sehr* hinter der Idee der Demokratie stehen, trifft das in Ostdeutschland nur auf 45 % zu. Diese unterschiedliche Verteilung zwischen Ost und West bei der Zustimmung zu den demokratischen Idealen wird durch den hohen ETA-Wert¹⁸ von 0,2 statistisch bestätigt.

Da die Zustimmung zur Idee der Demokratie in der ALLBUS-Umfrage im Jahr 2008 erstmals abgefragt wurde, kann keine Zeitreihe erstellt werden. Westle (2009) hat in ihrer Untersuchung die Zustimmung zur Idee der Demokratie in Ostdeutschland im Zeitverlauf von 1992 bis 2008 gemessen und Schwankungen der Werte festgestellt. Sie schlussfolgerte daraus, dass die diffuse, generalisierte Regimeunterstützung nicht vollkommen unabhängig vom Einfluss politischer Ereignisse ist und die zunehmenden eigenen Demokratieerfahrungen der Ostdeutschen bisher nicht zu einer Verstärkung ihrer Systemunterstützung und einer Angleichung der Orientierungen zwischen Ost und West geführt haben (vgl. Westle 2009, S. 17). Auch Fuchs (1993) hat langfristige Tendenzen in der diffusen Unterstützung der Demokratie¹⁹ in der Bundesrepublik untersucht und dabei keinen linearen Trend sondern eine zyklische Fluktuation festgestellt. In seinem Kausalmodell zur Erklärung dieses Phänomens liefert die Legitimität der gegenwärtigen Regierung dabei den höchsten Erklärungsbeitrag (vgl. Fuchs 1993, S. 254 f.).

¹⁸ ETA ist ein statistisches Maß, das den Zusammenhang zweier Variablen misst, wenn die unabhängige Variable (hier: Landesteil) nominalskaliert ist und die abhängige Variable (hier: Zustimmung zur Idee der Demokratie) mindestens intervallskaliert sein muss (vgl. Janssen / Laatz 2003, S. 235). Da die Ausprägungen der im strengen statistischen Sinne ordinalskalierten Variable der *Zustimmung zur Idee der Demokratie* (ebenso wie jene Variablen der *Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD* und der Variable der *Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung*) gleiche Rangabstufungen ausweisen, werden gleich große Abstände zwischen diesen Ausprägungen angenommen. In diesem Sinne können die Variablen intervallskaliert interpretiert werden. Auch Gabriel (2000, S. 45) hat diese Intervallskalierung für die Variable *Unterstützung der Idee der Demokratie* unterstellt.

¹⁹ Die abhängige Variable dabei war der Eurobarometerindikator „satisfaction with the way democracy works“.

Tabelle 1: Verbundenheit mit der BRD und ihren Bürgern; Zustimmung zur Idee der Demokratie, ALLBUS 2008 und 2000.

		2008		2000	
INDIKATOR	AUSPRÄGUNG	NBL	ABL	NBL	ABL
VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND SEINEN BÜRGERN	stark verbunden	18,8%	19,2%	15,2%	18,6%
	ziemlich verbunden	54,1%	53,5%	51,7%	53,3%
	wenig verbunden	24,3%	24,2%	30,3%	25,3%
	gar nicht verbunden	2,8%	3,1%	2,8%	2,7%
	Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	ETA	-		**	
IDEE DER DEMOKRATIE	sehr dafür	44,7%	65,6%		
	ziemlich dafür	35,1%	24,9%		
	etwas dafür	15,1%	7,4%		
	etwas dagegen	2,8%	1,2%		
	ziemlich dagegen	1,3%	0,5%		
	sehr dagegen	1,1%	0,3%		
	Gesamt	100,0%	100,0%		
	ETA	0,200*			

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht sig.

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008, 2000.

Je konkreter bzw. spezifischer die Unterstützungsform bzw. die Unterstützungsobjekte desto größer wird die Unzufriedenheit in beiden Landesteilen. Dieser Effekt war zu erwarten, da er der theoretischen Überlegung der Hierarchie der Unterstützung entspricht. In Ostdeutschland zeigten sich im Jahr 2008 nur 57 % mit der Realität der Demokratie zufrieden und nur 40 % waren mit den Leistungen der Bundesregierung zufrieden. Diese Werte sind wesentlich geringer als jene in Westdeutschland mit 79 % bzw. 55 %. Während die ZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE IN DER BRD seit den letzten 3 Erhebungsjahren in beiden Landesteilen leicht gestiegen ist, hat die ZUFRIEDENHEIT MIT DEN LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG IM JAHR 1998 in Ost und West ein Zwischentief erreicht und hat zumindest in Ostdeutschland wieder zum Wert von 1992 aufgeschlossen. Die Ursachen für diese hohen Unzufriedenheitsraten werden in der wissenschaftlichen Debatte im allgemeinen und im speziellen für die neuen Demokratien Ostmitteleuropas unterschiedlich diskutiert. Häufig werden soziale Ungleichheit, enttäuschte Erwartungen an die Demokratie, Transformationserfahrungen, negative Einstellungen zur eigenen Rolle im politischen Prozess

oder mangelndes Vertrauen der Bürger in demokratische Einrichtungen als Gründe für Demokratieunzufriedenheit genannt. (vgl. Segert 2009, 2010, 2011; Kornai 2006; Varga / Freyberg-Inan 2009; Jacobs / Müller / Pickel 2003).

Viel überraschender als die in Bezug auf Unterstützungsobjekt und –form hierarchisch abnehmende Unterstützung ist die Tatsache, dass - trotz im Zeitverlauf ansteigender Zufriedenheit beider Indikatoren in Ostdeutschland - erstens die Kluft zwischen Ost und West in beiden Zufriedenheitsaspekten im Zeitverlauf weiter auseinandergeht und zweitens, dass der Abstand zwischen den Landesteilen bei der generalisierteren Unterstützungsform der ZUFRIEDENHEIT MIT DER DEMOKRATIE IN DER BRD wesentlich höher ist als bei der spezifischeren Form der ZUFRIEDENHEIT MIT DEN LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG. Die Unterschiede in der Verteilung werden mit den höchst signifikanten ETA-Werten quantifiziert. Trotz der Unterschiede zwischen Ost und West herrscht also größere Einigkeit bei der Beurteilung des Outputs des politischen Systems (ETA: 0,187) als bei der Zufriedenheit mit der real existierenden Demokratie (ETA: 0,313) und selbst auch bei der rein diffusen Unterstützung der Idee der Demokratie (ETA: 0,2). Diese Tatsachen führen zu folgenden Schlussfolgerungen:

Es herrscht noch kein demokratischer Konsens im vereinten Deutschland, stattdessen verschärft sich die Kluft. Die großen Ost-West-Unterschiede in der Bewertung der Realität der Demokratie zeigen, dass die gelebte Form der Demokratie eher den Bedürfnissen und Werten der Westdeutschen entspricht als jenen der Ostdeutschen. Letztere sind knapp zur Hälfte mit der gegenwärtigen Realität der Demokratie unzufrieden, während dieser Anteil in Westdeutschland mit 20 % vergleichsweise gering ist und sich daher dort die Frage nach einer anderen Ausgestaltung der Demokratie weniger aufdrängt. Die größere Unzufriedenheit der Ostdeutschen mit der „real existierenden Demokratie“ lässt ein Potenzial für alternative Demokratieformen in den neuen Bundesländern erkennen, welche wiederum mit den Werten der Westdeutschen in Konflikt geraten könnte. Dieter Fuchs hat bereits 1997 gezeigt, dass die Ostdeutschen mehrheitlich einem Modell des demokratischen Sozialismus zuneigen, welches durch eine gerechtere Versorgung der Bürger mit gesellschaftlichen Gütern und eine umfassendere und direktere Bürgerbeteiligung gekennzeichnet ist, während die westdeutsche Bevölkerung eher ein liberales Modell der Demokratie favorisiert.

Tabelle 2: Zufriedenheit mit Demokratie in der BRD und mit den Leistungen der Bundesregierung, ALLBUS 2008, 1998 und 1992.

INDIKATOR	AUSPRÄGUNG	2008		1998		1992	
		NBL	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	sehr zufrieden	2,3%	9,5%	0,8%	7,9%	1,8%	7,9%
	ziemlich zufrieden	21,5%	46,4%	20,1%	41,3%	17,6%	40,0%
	etwas zufrieden	33,0%	23,3%	32,5%	25,0%	28,2%	20,1%
	etwas unzufrieden	20,6%	13,6%	24,3%	15,9%	25,2%	18,2%
	ziemlich unzufrieden	15,5%	5,7%	15,3%	6,9%	19,1%	10,6%
	sehr unzufrieden	7,0%	1,6%	6,9%	2,9%	8,1%	3,1%
	Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	ETA	0,313*		0,274*		0,264*	
ZUFRIEDEN MIT LEISTUNGEN DER BUNDES- REGIERUNG	sehr zufrieden	0,6%	2,3%	0,9%	1,3%	1,2%	1,4%
	ziemlich zufrieden	10,5%	19,0%	8,2%	13,4%	13,3%	19,6%
	etwas zufrieden	28,6%	33,8%	20,9%	20,7%	24,8%	20,5%
	etwas unzufrieden	25,6%	24,7%	24,6%	25,5%	27,2%	24,8%
	ziemlich unzufrieden	22,1%	14,9%	27,4%	22,4%	24,1%	23,1%
	sehr unzufrieden	12,6%	5,4%	18,1%	16,7%	9,5%	10,5%
	Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	ETA	0,187*		0,069*		0,030*	

* sig. mit $p < 0,01$.

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008, 1998, 1992.

Auch das Vertrauen in die Bundesregierung ist in Ostdeutschland mit einem Mittelwert in 2008 von 3,4 geringer ausgeprägt als in Westdeutschland (Mittelwert 2008: 3,8). Allerdings sind die Ost-West-Unterschiede in der Verteilung und somit der Zusammenhang zwischen dem Landesteil und dem Vertrauen in die Bundesregierung geringer (ETA 2008: 0,13) als bei den Zufriedenheitsvariablen und der Zustimmung zur Idee der Demokratie. Über den Zeitverlauf ist der Mittelwert in beiden Landesteilen relativ konstant, die Verteilung variiert stärker. Während in Westdeutschland der Anteil jener mit Vertrauen in die Bundesregierung kontinuierlich gestiegen und der Anteil jener ohne Vertrauen kontinuierlich gesunken ist, kann in Ostdeutschland ein solch linearer Trend nicht festgestellt werden.

Tabelle 3: Vertrauen in die Bundesregierung, ALLBUS 2008, 2000 und 1994.

INDIKATOR	AUSPRÄGUNG	2008		2000		1994	
		NBL	ABL	NBL	ABL	NBL	ABL
VERTRAUEN IN DIE BUNDES- REGIERUNG	GROSSES VERTRAUEN	0,8%	2,7%	0,8%	1,7%	1,4%	2,6%
	6	5,6%	8,0%	4,9%	6,2%	7,4%	9,0%
	5	15,9%	20,0%	17,6%	19,6%	12,9%	15,7%
	4	26,8%	29,1%	29,1%	27,8%	22,2%	26,3%
	3	25,4%	22,3%	19,4%	20,0%	20,1%	19,6%
	2	12,7%	11,5%	15,4%	13,8%	18,2%	16,0%
	GAR KEIN VERTRAUEN	12,9%	6,3%	12,9%	10,8%	17,9%	10,8%
	Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	ETA	0,13*		-		0,107*	
	Mittelwert	3,4	3,8	3,4	3,6	3,2	3,6
	T-Test für Mittelwertvgl.	*		**		*	

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht sig.

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008, 2000, 1994.

Neben den tatsächlichen Werten der Unterstützung, gibt die Hierarchie der Unterstützung Aufschluss über deren Stabilität. An oberster Stelle soll die diffuse Unterstützung der Idee der Demokratie stehen, während die spezifisch-diffuse Zufriedenheit mit der Realität der Demokratie geringer sein kann aber immer noch von breiten Teilen der Bevölkerung ausgehen sollte als die rein spezifische Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung (vgl. Westle 2009, S. 21). Diese Hierarchie lässt sich tatsächlich in beiden Landesteilen feststellen, wobei auffällt, dass der Abstand zwischen der Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD und der Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung in Ostdeutschland sehr gering ist.

Tabelle 4: Hierarchie politischer Unterstützung in Ost- und Westdeutschland - ALLBUS 2008

INDIKATOR	MITTELWERT 2008	
	NBL	ABL
IDEE DER DEMOKRATIE	1,84	1,47
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	3,47	2,65
ZUFRIEDEN MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG	3,96	3,47

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008.

Ebenso sollten die Orientierungen gegenüber der politischen Ordnung in der Hierarchie betrachtet von oben nach unten in abnehmendem Ausmaß mit der Regierungszufriedenheit zusammenhängen, da die Regierung am ehesten Einfluss auf den demokratischen Alltag und am wenigsten auf die Philosophie der politischen Ordnung hat. Diese theoretische Annahme konnte wie schon bei Westle (2009, S. 22) erneut bestätigt werden.

Während sich die Zustimmung zu den demokratischen Idealen in Ost und West weitgehend unabhängig zeigt, wurde ein enorm hoher Zusammenhang zwischen den Leistungen der Bundesregierung und der Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD festgestellt. Die Ostdeutschen machen dabei noch mehr als die Westdeutschen die Bewertung der Realität der Demokratie abhängig von ihren Urteilen zur Bundesregierung.

Tabelle 5: Zusammenhänge zwischen der spezifischen Unterstützung und der diffusen sowie spezifisch-diffusen Unterstützung - ALLBUS 2008.

INDIKATOR	Korrelation nach Pearson	
	NBL	ABL
IDEE DER DEMOKRATIE	0,133*	0,114*
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	0,667*	0,529*

* sig. mit $p < 0,01$.

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008.

2.3 Sozialkapital

2.3.1 Sozialkapital als Eigenschaft einer Bürgergesellschaft

Die im vorherigen Kapitel gemessene explizite Unterstützung des politischen Systems ist nur eine Form wie man das Einverständnis mit der Demokratie messen kann. Inglehart und Welzel vertreten dazu folgende Meinung: „*Overt support for democracy itself is not the most important ingredient in a prodemocratic civic culture*“ (Inglehart/Welzel 2005, S. 270). Wichtiger sind demzufolge Motive, die dieser Unterstützung zugrunde liegen, welche entweder intrinsisch sind oder instrumentell auf Basis der Bewertung des Outputs der Demokratie begründet sind. Die intrinsischen Motive bezeichnen die beiden Autoren als „self-expression values“, welche sich in modernisierten Gesellschaften durch die ökonomische Entwicklung herausbilden und langfristig „survival values“ ablösen (vgl. Inglehart/Welzel, S. 51). Für Putnam spielen ebenfalls Werte und Normen eine Rolle, die

nicht nur das effektive Funktionieren einer Demokratie ermöglichen, sondern auch die gesellschaftliche Modernisierung und ökonomische Entwicklung einer Gesellschaft. In seiner Studie „Making Democracy Work“ hat er am Beispiel von italienischen Regionen nachgewiesen, dass eine politische Kultur, die sich durch zivilgesellschaftliches Engagement, enger Vernetzung, Kooperation und staatsbürgerschaftlichen Werten und Normen auszeichnet („civic community“), die praktische Leistung von demokratischen Regimen positiv beeinflusst und darüber hinaus auch die Ursache von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ist (vgl. Putnam 1993, S. 176).

Um eine Demokratie lebensfähig zu machen, benötigt es also mehr als die bloße Zustimmung zu ihren Idealen, nämlich staatsbürgerliche Werte und Tugenden, soziale Traditionen und historische Erfahrungen von Gemeinschaft und Tradition in der Bevölkerung. Putnam fasst diese Art von politischer Kultur unter dem Begriff des „*social capital*“ zusammen. Bevor der Begriff genauer definiert wird, soll der Leser zunächst darüber aufgeklärt werden, warum das Konzept des Sozialkapitals in der vorliegenden Arbeit zur Erklärung der Konsolidierung der Bürgergesellschaft verwendet wird.

Der erste Grund liegt in der bereits angesprochenen Erklärungsleistung von Sozialkapital für die demokratische und ökonomische Leistungsfähigkeit eines politischen Systems. Demokratien mit höherer Leistungsfähigkeit werden durch die größeren Outputs mit mehr Vertrauen und Unterstützung durch die Bevölkerung belohnt als weniger leistungsstarke Demokratien und erlangen dadurch höhere Stabilität.²⁰ Sozialkapital führt also über den Umweg höherer Leistungsfähigkeit der demokratischen Institutionen zu größerer Systemstabilität. Die Sozialkapital-Theorie argumentiert, dass ein dichtes Netzwerk von Freiwilligenverbänden und Staatsbürgerorganisationen dabei hilft, Zivilgesellschaft und Gemeinschaftsbeziehungen aufrechtzuerhalten. Dies gelingt durch das Vertrauen und Kooperation zwischen Staatsbürgern und durch ein hohes Ausmaß an Engagement und

²⁰ Diese Kausalitätskette folgt in verkürzter Form dem theoretischen Modell von Putnam/Pharr/Dalton, das das Vertrauen in die Regierung und politische Institutionen einer repräsentativen Demokratie anhand von drei Faktoren erklärt: 1. Öffentlich verfügbare Information, 2. Kriterien der Bevölkerung, mit denen demokratische Leistung bewertet wird. 3. Tatsächliche Leistung der demokratischen Institutionen. Letztere wiederum hängt ab von social capital, der Kapazität der Politiker, auf die Wünsche und Interessen der Staatsbürger zu reagieren und drittens von der Treue und Redlichkeit, mit der Politiker auf die Wünsche und Interessen der Bürger einwirken. (vgl. Putnam/Pharr/Dalton 2000, S. 23)

Partizipation. Somit kreiert Sozialkapital theoretisch die Bedingungen von demokratischer Stabilität, was nach Newton (2001, S. 201 f.) wegen der komplexen und indirekten Zusammenhänge von Vertrauen, Netzwerken und Demokratie empirisch schwierig zu belegen ist. Auch Merkel betont in seinen Überlegungen zur Systemtransformation die Bedeutung des Sozialkapitals:

„Zumindest für prinzipiell demokratische Ordnungen gilt also, daß historisch akkumuliertes soziales Kapital die Stabilität, Effizienz und Qualität einer Demokratie hebt. Anders formuliert: je mehr ‚social capital‘ in einer Gesellschaft angesammelt wurde, um so eher kann, ceteris paribus, erwartet werden, daß autokratische Systeme nicht überleben und demokratische Ordnungen sich konsolidieren können.“ (Merkel 1999, S. 101).

Die Bertelsmann Stiftung hat bei ihrer weltweiten Messung der Konsolidierung von Demokratien das Sozialkapital als Indikator des Kriteriums „Politische und gesellschaftliche Integration“ etabliert (vgl. Bertelsmann Stiftung 2012, S. 24). Dies unterstreicht die Bedeutung und Akzeptanz des Konzepts des Sozialkapitals in der empirischen und angewandten politikwissenschaftlichen Forschung.

Der zweite Grund für die Auswahl des Konzepts des Sozialkapitals liegt im Zusammenhang von Sozialkapital und politischer Partizipation. Putnam hat in seiner Studie aus dem Jahr 1995 eine starke Korrelation zwischen diesen Merkmalen in den USA nachgewiesen (vgl. Putnam 1995, S. 73). Dieser Zusammenhang soll in Kapitel 4 auch für Ost- und Westdeutschland geprüft werden.

Letztlich interessiert den Autor dieser Arbeit, ob im Gefolge des 40 Jahre andauernden Staatssozialismus sich in Ostdeutschland ein anderes Ausmaß an sozialem Kapital herausgebildet hat als in Westdeutschland und ob diese Unterschiede noch heute feststellbar sind. Die unterschiedliche Sozialisation, Erfahrungen und Lebensbedingungen im Staatssozialismus und in der Transformationszeit danach lassen vermuten, dass im Osten

Deutschlands weniger staatsbürgerschaftliches Engagement, Netzwerkeinbindung und soziales Vertrauen vorherrschen als in Westdeutschland.²¹

2.3.2 Definition von Sozialkapital

Der Begriff des Sozialkapitals ist mehrdeutig und es wurden verschiedene Ansätze für unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen entwickelt. Der Kerngedanke, der all die Ansätze miteinander verbindet, ist die soziale Eingebundenheit menschlichen Verhaltens, was das Handeln des Individuums lenkt und für ihn eine Ressource darstellt (vgl. Franzen / Freitag 2007, S. 7 f.; Coleman 1988, S. 100 f.). In diesem Sinne hat auch Sozialkapital – genauso wie das physische Kapital oder das Humankapital - einen produktiven Charakter, in dem es die Erreichung von Zielen ermöglicht, die ohne Sozialkapital nicht möglich wären (vgl. Coleman 1988, S. 98). Auch Bourdieu unterstreicht den Ressourcencharakter:

„Das Sozialkapital ist die Gesamtheit der aktuellen und potentiellen Ressourcen, die mit dem Besitz eines dauerhaften Netzes oder Anerkennens verbunden sind; oder, anders ausgedrückt, es handelt sich dabei um Ressourcen, die auf der Zugehörigkeit zu einer Gruppe beruhen.“
(Bourdieu 1983; S. 190 f.)

Während Bourdieu das Sozialkapital als individuelle Ressource sieht, unterstreicht Putnam seinen Wert als Gemeinschaftsgut. Sozialkapital ist demnach nicht nur dem Individuum in seiner Zielerreichung von Nutzen sondern ganzen Gesellschaften, welche über lange historische Prozesse Sozialkapital akkumulieren. Sozialkapital lässt sich nicht am Reißbrett von Sozialingenieuren entwerfen, sondern muss in langfristigem zivilgesellschaftlichem Engagement habitualisiert und gelernt werden (vgl. Putnam 1993, S. 121 ff.). Dieser Umstand ist besonders für junge Demokratien wie Ostdeutschland problematisch, sofern nicht bereits in prädemokratischen Zeiten Sozialkapital existierte. Sozialkapital bezieht sich auf Merkmale der sozialen Organisation wie Normen der Reziprozität, sozialen Netzwerken und soziales Vertrauen. Diese Merkmale ermöglichen koordiniertes Handeln was wiederum zur Verbesserung der Effektivität von Gesellschaften und dem Funktionieren von Demokratie

²¹ Welzel (2000) hingegen hat in seiner Studie zum Regimewechsel in Ostdeutschland argumentiert, dass bereits in der ehemaligen DDR durch die Bildungsexpansion und die Entstehung eines Dienstleistungssektors „civic competence“ in der Bevölkerung entstand, die er als Vorbedingung für das Entstehen einer demokratischen Opposition und letztlich als Ursache für den Regimewechsel sieht.

beiträgt. Soziales Kapital hat folglich nicht nur für Individuen sondern auch für Gesellschaften produktiven Charakter (vgl. Putnam 1993, S. 167). Putnam schließt seine vielbeachtete Italienstudie mit den Worten: „*Building social capital will not be easy, but is the key to making democracy work.*“ (Putnam 1993, S. 185)

2.3.3 Dimensionen von Social Capital

Wie bereits oben hervorgeht, können im wesentlichen drei Dimensionen von Sozialkapital identifiziert werden, welche miteinander in Beziehung stehen und jedes für sich an der Produktion bzw. Akkumulation von Sozialkapital in Gesellschaften beteiligt ist: Soziales Vertrauen, Werte und Normen sowie netzwerkbasierte Ressourcen. „*Social capital refers to features of social organization such as networks, norms, and social trust that facilitate coordination and cooperation for mutual benefit.*“ (Putnam 1995, S. 67)

a) Soziales Vertrauen

Vertrauen ist wohl der Hauptbestandteil des Sozialkapitals da es die unbedingte Voraussetzung kollektiven Handelns und produktiver Kooperation ist. Vertrauen ist definiert als „*(...) the actor's belief that, at worst, others will not knowingly or willingly do him harm, and at best, that they will act in his interests.*“ (Newton 2001, S. 202). Vertrauen birgt das Risiko, hintergangen zu werden, was durch Werte und Normen der Fairness und Reziprozität minimiert werden kann. Letztere werden besonders in Vereinen mit dichten Netzwerkstrukturen und sozialer Geschlossenheit (vgl. Coleman 1988, S. 205) gelebt und vorgelebt und durch Sanktionsmöglichkeiten weiter verstärkt. Hier lässt sich erneut die bereits oben dargestellte Interdependenz der drei Dimensionen von Sozialkapital erkennen.

Fast jede geschäftliche Handelsbeziehung baut auf Vertrauen auf. Ohne Vertrauen kann keine Sicherheit in Verträgen zustande kommen. Vertrauen ist also die Basis von Kooperation, und minimiert Transaktionskosten die durch die Einschaltung einer dritten Partei anfallen würden. Die dritte Partei wäre in diesem Falle der Staat, der durch seine Zwangs- und Sanktionsmittel das Vertrauen zwischen zwei Parteien herstellt, wenn sie selber nicht dazu imstande sind. Diese Form der „Produktion von Sicherheit“ ist aber kostspieliger und weniger effektiv als jene, die durch soziales Vertrauen zustande kommt, wie Putnam deutlich macht: „*Societies which rely heavily on the use of force are likely to be less efficient, more costly, and more*

unpleasant than those where trust is maintained by other means“ (Putnam 1993, S. 165). Durch Vertrauen können bessere Ergebnisse erzielt werden, dieser Umstand verleiht dem Vertrauen einen produktiven Charakter im Sinne Colemans: „For example, a group within which there is extensive trustworthiness and extensive trust is able to accomplish much more than a comparable group without that trustworthiness and trust.“ (Coleman 1988, S. 100).

Vertrauen ist nicht nur für einzelne Individuen sondern für ganze Gesellschaften nutzenbringend. Putnam argumentiert, dass Vertrauen Anreize zu opportunistischem Verhalten reduziert und somit zur besseren Lösungsfähigkeit von Problemen kollektiven Handelns führt (vgl. Putnam 1995, S. 65). Newton berichtet von Forschungsstudien, die beweisen, dass soziales und politisches Vertrauen die Wahrscheinlichkeit signifikant erhöht, dass Staatsbürger ihre Steuern zahlen (vgl. Newton 2001, S. 205). Newton sieht Vertrauen gleichzeitig als Ursache als auch als Konsequenz von effektiven Regierungen. Er argumentiert, dass individuelles soziales Vertrauen einerseits in einem „bottom-up-Prozess“ dabei mitwirkt, kooperative soziale Beziehungen aufzubauen, welche wiederum effektive soziale und politische Organisationen begünstigen und letztlich effektive und legitime Regierungen nach sich ziehen. Letztere leisten ihrerseits wiederum in einem „top-down-Prozess“ einen Beitrag zur Herstellung der sozialen Bedingungen für hohe Ausmaße von Sozialkapital und hoch entwickelte Zivilgesellschaften (vgl. Newton 2001, S. 205). Nach Putnam bedingen „social trust“ und „social capital“ effektive Demokratien (Putnam 1993), während Stolle/Rothstein (2007) das Gegenteil behaupten, nämlich dass generalisiertes Vertrauen und Sozialkapital auf der Qualität der politischen Institutionen beruhen. Es ist also in der wissenschaftlichen Debatte nicht unumstritten, in welche Richtung der kausale Pfeil zeigt, dennoch scheint in der Sozialkapitalforschung ein gemeinsamer Nenner gefunden zu sein, wonach soziales Vertrauen und Sozialkapital insgesamt eine demokratieförderliche Wirkung haben.

b) Werte und Normen

Werte und Normen sind moralische Überzeugungen, welche eine Veranlagung zu Kooperation, Vertrauen, Verständnis und Empathie unter Bürgern schaffen. Werte und Normen sind wichtige Formen von Sozialkapital, da sie die Kooperation in einer Gesellschaft

fördern, indem sie zwischenmenschliches Vertrauen stärken und Unsicherheiten über das Verhalten anderer reduzieren.

"A prescriptive norm within a collectivity that constitutes an especially important form of social capital is the norm that one should forgo self interest and act in the interest of the collectivity, (...) norms of this sort are important in overcoming the public goods problem that exists in collectivities." (Coleman 1988, S. 104 f.)

Das „public goods problem“ ist eine Eigenheit des Sozialkapitals und stellt sich nicht bei Human- oder physischem Kapital. Es äußert sich dadurch, das Sozialkapital nicht nur dem Eigner dieses Kapitals zur Verfügung steht, der in diese Kapitalform investiert, sondern allen nutzt, die in der sozialen Struktur beteiligt sind, in der Sozialkapital produziert wird. Diese Eigenschaft führt tendenziell zu einem „underinvestment“ in Sozialkapital (Coleman 1988, S. 119).

Die Norm der Reziprozität begegnet diesem Nachteil, indem sie erstens Erwartungen beim Investor schafft, dass er für seinen Beitrag zum Sozialkapital in Zukunft profitieren wird und zweitens für den Nutzer des Sozialkapitals eine Verpflichtung darstellt, zukünftig ebenfalls zu investieren. Putnam unterscheidet dabei die „ausgewogene“ und „generalisierte“ Reziprozität (vgl. Putnam 1993, S. 172). Erstere meint den gleichzeitigen Austausch von Produkten oder Dienstleistungen von gleichem Wert zwischen zwei Akteuren. Die für Putnam produktivere Form der Reziprozität ist die generalisierte, welche eine Austauschbeziehung meint, bei der man auf umgehende Gegenleistung verzichtet aber beide Seiten davon ausgehen, dass ein Entgegenkommen in der Zukunft honoriert wird. In Gesellschaften, wo Menschen sich darauf verlassen, dass Vertrauen nicht ausgenutzt sondern letztlich belohnt wird, steigt die Wahrscheinlichkeit von Kooperation.

c) Netzwerkbasierte Ressourcen

Soziales Vertrauen und Normen der Reziprozität drücken sich in der Existenz von sozialen Netzwerken und der Eingebundenheit von Individuen in diesen Netzwerken aus und verstärken sich durch die Kooperation innerhalb dieser Netzwerke. Netzwerke dienen den Mitgliedern als Ressourcen, da in ihnen Sozialkapital produziert und akkumuliert wird und

den Mitgliedern als produktives Kapital zur Erreichung individueller Ziele zur Verfügung gestellt wird. So ermöglicht dem Netzwerkmitglied beispielsweise der Kontakt zu einem Arzt die bessere Behandlung einer Krankheit oder der Kontakt zu einem Automechaniker die günstigere Reparatur seines Fahrzeuges. Neben den Kontakten betont Coleman das Informationspotenzial, das sozialen Beziehungen innewohnt und Handeln erleichtert (vgl. Coleman 1988, S. 104).

Die Wirksamkeit von Netzwerken dehnt sich über die Individuen auf die Gesellschaft aus. Dies betrifft vor allem die formellen Netzwerke, nämlich Vereine und Verbände, welche für Putnam die zentralen Indikatoren für Netzwerke staatsbürgerlichen Engagements sind, mit denen er die Effektivität von Regierungen erklärt (vgl. Putnam 1993, S. 171 ff.). Vereine sind demnach die Orte in denen Vertrauen und staatsbürgerschaftliche Werte und Normen erlernt und gefestigt werden. Das staatsbürgerschaftliche Engagement innerhalb solcher Organisationen führt zu einer Internalisierung von „civic skills“ bzw. demokratischer Verhaltensweisen, die auch außerhalb des Vereins zu Engagement führen können und überdies auf den politischen Bereich transferierbar sind (ALLBUS 2010, S. 28). Daher werden Vereine auch als „Schulen der Demokratie“ bezeichnet, da sie die Verbindung von Staatsbürger- und Mitgliedschaftsrolle in der sozialen Praxis ermöglichen (vgl. Almond/Verba 1963). Vereine lehren Vertrauen, Initiative, egalitäre Einstellungen, soziales Verstehen und Empathie, da sie Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Werten zusammenbringen. Vereine formen die organisatorische Basis einer demokratischen Kultur und fördern Solidarität als Basis einer Zivilgesellschaft und einer Demokratie (vgl. Newton 2001, S. 207). Der Nutzen von solchen Vereinen für die Gesamtgesellschaft begründet sich darin, dass sich die in Vereinen erworbenen und verstärkten Fähigkeiten und Dispositionen *„(...) über ihre jeweiligen sozialen, thematischen und temporären Entstehungszusammenhänge hinaus verbreiten und einen wesentlichen Beitrag zur demokratischen politischen Kultur darstellen könne“* (Offe/Fuchs 2001, S. 429 f.). Putnam betont darüberhinaus die Bedeutung des Vereinslebens für die Entstehung von Humankapital. Die Verfolgung gemeinsamer Ziele verlangt Kooperation und Kompromisse. Aktive und ehrenamtliche Mitglieder müssen zur Zielerreichung die Interessen ihrer Mitglieder ausgleichen, Menschen führen und organisieren. Diese Erfahrungen lehren sie Kompetenzen, auf die die Wirtschaft und Politik zurückgreifen kann (vgl. Putnam/Pharr/Dalton 2000, S. 40).

Netzwerke unterscheiden sich in ihren Beziehungsstrukturen, welche unterschiedliche Wirksamkeit für staatsbürgerliches Engagement entfalten (vgl. Putnam 1993, S. 173 ff.). *Horizontale* Netzwerke (zB in Sport- oder Kulturvereinen) bringen handelnde Personen mit gleichem Status und Macht zusammen, während sich in *vertikalen* Netzwerken Personen mit asymmetrischen Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen zusammenfinden. In seiner Italienstudie hat Putnam nachgewiesen, dass vertikale Netzwerke, die in Süditalien beispielsweise in Form von kirchlichen Organisationen oder mafiaähnlichen „patron-client“-Beziehungen häufiger anzufinden sind als in Norditalien, aufgrund ungleicher Sanktionsmöglichkeiten keine vertrauensbildende und kooperationsfördernde Wirkung zeigen, während horizontal strukturierte Organisationen positiv mit good government assoziiert werden.

Ein weiteres Unterscheidungsmerkmal ist die Formalität des Vereins. Für Putnam steht die Beteiligung in formellen Mitgliederorganisationen im Zentrum des Interesses. Sie zeichnen sich durch gemeinsame Interessen, gemeinsame Ziele und eine zumindest minimale Organisation - zum Beispiel anhand von Vereinsstatuten - aus, während informelle Netzwerke sich durch freundschaftliche oder nachbarschaftliche Beziehungen strukturieren. In beiden Formen wird soziales Vertrauen verstärkt, jedoch steht nach Putnam nur die Mitgliedschaft in formalen Institutionen in direktem Zusammenhang mit politischer Beteiligung (vgl. Putnam 1995).

Die Stärke der Beziehungen dient als drittes Kategorisierungsmerkmal von Netzwerken. Starke Beziehungen führen eher zur sozialen Schließung und zu höherem Vertrauen unter den Netzwerkmitgliedern. Die soziale Schließung („closure“) ermöglicht größere Sanktionsmöglichkeiten was wiederum die Reziprozitätsnorm im Netzwerk erhöht (vgl. Coleman 1988, S. 105 ff.). Schwache Beziehungen können eher geschlossene Netzwerke mit starken Beziehungen miteinander verbinden. Putnam nennt diese brückenschlagende Funktion „bridging“, während er die bindende Form von Sozialkapital in Netzwerken mit starken Beziehungsstrukturen „bonding“ nennt (vgl. Putnam 2000, S. 22 f.). Während bindende Formen den Zusammenhalt und die Identität von kleinen Gruppen verstärken, erleichtern die brückenschlagenden Formen die Diffusion von Informationen und damit den Zugang zu externen Ressourcen.

2.3.4 Interdependenz der unterschiedlichen Dimensionen von Sozialkapital

Nach Putnam bedingen sich die drei Dimensionen von social capital wechselseitig. Einerseits entsteht soziales Vertrauen erst durch Normen und durch Netzwerke staatsbürgerlichen Engagements (vgl. Putnam 1993, S. 171 ff.). Beispielsweise erleichtert die Norm, dass man den Eigennutz zugunsten der kollektiven Interessen zurückstellt, die Zusammenarbeit und ermöglicht erst die Bewältigung der Probleme kollektiven Handelns (vgl. Coleman 1988, S. 105). Generalisierte Reziprozitätsnormen, also die wechselseitige Erwartung von zwei handelnden Akteuren, dass der jetzt gewährte Nutzen in Zukunft zurückgezahlt werden sollte, bändigen Opportunismus und bringen Eigennutz und Solidarität in Einklang. Effektive Normen von generalisierter Reziprozität werden mit dichten Netzwerken von sozialem Austausch insofern in Verbindung gebracht, dass sie sich wechselseitig befruchten. Netzwerke staatsbürgerlichen Engagements fördern soziales Vertrauen, indem sie die Kosten eines Betrügers in jeglichen Transaktionen erhöhen, weil sie die Beschädigung seiner Reputation zur Folge haben. Der Austausch innerhalb des Netzwerkes sorgt für die rasche Verbreitung dieser Information, Opportunismus setzt also alle anderen Nutzengewinne zukünftiger oder laufender Transaktionen aufs Spiel. Insofern stärkt die Mitgliedschaft und Kooperation in Netzwerken das soziale Vertrauen (vgl. Putnam 1993, S. 173 f.). Andererseits stärkt Vertrauen auch die Normen und führt zu vermehrter Kooperation und Engagement in Organisationen und Netzwerken. Diese wechselseitigen Verstärkungen der drei Dimensionen des „social capital“ nennt Putnam den „virtuous circle of civic societies“:

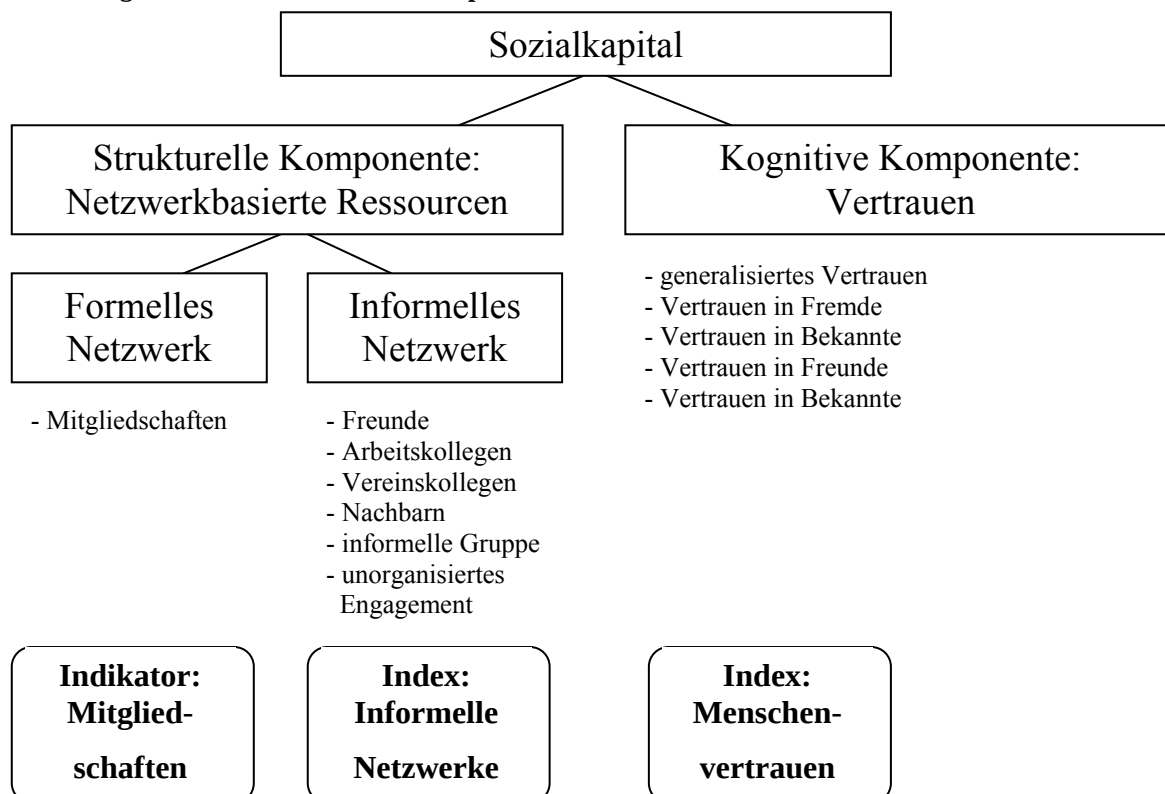
„Stocks of social capital, such as trust, norms, and networks, tend to be self-reinforcing and cumulative. Virtuous circles result in social equilibria with high levels of cooperation, trust, reciprocity, civic engagement, and collective well-being. These traits define the civic community. Conversely, the absence of these traits in the uncivic [Hervorhebung im Original] community is also selfreinforcing. Defection, distrust, shirking, exploitation, isolation, disorder, and stagnation intensify one another in a suffocating miasma of vicious circles. This argument suggests that there may be at least two broad equilibria toward which all societies that face problems of collective action (that is, all [Hervorhebung im Original] societies) tend to evolve and which, once attained, tend to be self-reinforcing.“ (Putnam 1993, S. 177)

2.3.5 Operationalisierung und Messung

Bei der Operationalisierung des Konzeptes des Sozialkapitals stellt sich zunächst die Frage, ob es mit einem Indikator gemessen werden kann oder ob das Konzept in unterschiedliche, voneinander unabhängige Dimensionen aufgeteilt und für die jeweilige Dimension ein eigener Indikator kreiert werden soll. Franzen und Pointner haben in einer empirischen Untersuchung nachgewiesen, dass die einzelnen Dimensionen des Sozialkapitals, nämlich Vertrauen, Normen und netzwerkbasierte Ressourcen, untereinander in der Regel nur gering korrelieren (vgl. Franzen/Pointner 2007, S. 82). Es hat sich also gezeigt, dass die oben genannten Dimensionen des Sozialkapitals nicht nur analytisch sondern auch empirisch unterschieden werden sollen.

Da die Reziprozitätsnorm nicht Teil der ALLBUS-Befragung aus dem Jahr 2008 war, findet sie in der vorliegenden Arbeit keine Berücksichtigung. Es werden nur die Dimensionen der netzwerkbasierten Ressourcen und des sozialen Vertrauens operationalisiert. Schematisch lassen sich diese beiden Dimensionen wie folgt in drei Indikatoren aufgliedern (vgl. für eine ähnlich zusammenfassende Darstellung Franzen/Pointner 2007, S. 72).

Abbildung 5: Dimensionen von Sozialkapital



2.3.5.1 Indikator: Mitgliedschaften

Für die Herausbildung von Sozialkapital kommt es weniger auf die Tatsache der bloßen Mitgliedschaft an sondern auf das tatsächliche Engagement. Nur dieses zeigt die Bereitschaft der aktiven Partizipation und des Investments von Individuen in Sozialkapital, während die bloße, passive Mitgliedschaft nur wenig zur Akkumulierung von Sozialkapital beiträgt sondern maximal das Netzwerk vergrößert. Im negativen Sinne kann den passiven Mitgliedern unterstellt werden, dass sie mit minimalem Einsatz von Mitteln (zB in Form eines Mitgliedsbeitrages) maximal vom Nutzen des Netzwerkes profitieren wollen. Aus diesen Gründen sollen hier nur aktive bzw. ehrenamtliche Tätigkeiten bei Vereinen als Mitgliedschaften gezählt werden. Die ALLBUS-Frage aus dem Jahr 2008 lautet wie folgt (ALLBUS 2008, S. 66):

„Sind Sie derzeit Mitglied einer Organisation oder eines Vereins? Gehen Sie bitte die Liste durch und sagen Sie mir, wo Sie Mitglied sind. Sagen Sie mir jeweils dazu, ob Sie nur passives Mitglied sind, ob Sie sich an den Aktivitäten des Vereins bzw. der Organisation beteiligen oder ob Sie sogar ein Ehrenamt in diesem Verein innehaben.“

1:kein Mitglied; 2:passives Mitglied; 3:aktives Mitglied; 4:Ehrenamt;

Die eher vertikal strukturierten Vereine wie Berufsverbände, Gewerkschaften und Kirchengemeinden werden aufgrund ihrer hierarchischen Beziehungsstruktur nicht untersucht, da sie – wie oben erwähnt – weniger förderlich zum Aufbau von Sozialkapital sind.

Bei der strukturellen Eingebundenheit der Staatsbürger in formelle Netzwerke zeigt sich ein deutliches Ost- West-Gefälle. Nur knapp ein Drittel der Ostdeutschen sind in mindestens einem Verein aktiv oder ehrenamtlich tätig, während dieser Anteil in Westdeutschland 43,8 % ausmacht. Dieser Unterschied findet sich in fast allen Vereinskategorien: In zehn von elf Vereinskategorien sind in den alten Bundesländern mehr aktive bzw. ehrenamtliche Mitglieder als in den neuen Bundesländern zu verzeichnen.

Howard (2002, S. 159 f.) stellt in einem empirischen Vergleich von Vereinsmitgliedschaften in alten Demokratien, post-autoritären und post-kommunistischen Staaten auf Grundlage der World Values Survey ebenfalls signifikante Unterschiede in der strukturellen

Einbegundenheit in Vereinen fest. Die durchschnittliche Mitgliedschaft pro Person ist in alten Demokratien doppelt so hoch als in postkommunistischen Staaten. Er erklärt diese Unterschiede mit dem Vermächtnis der kommunistischen Regime. Während Demokratien zivilgesellschaftliches Engagement in Freiwilligenorganisationen fördern, wurde im Staatssozialismus jegliche nicht-staatliche Aktivität unterdrückt und in staatliche Organisationen mit Zwangsmitgliedschaft umgelenkt. Dieses Vermächtnis gilt es in den postkommunistischen Staaten erst zu überwinden da es bis heute anhaltendes Misstrauen gegenüber Organisationen zur Folge hat (vgl. Howard 2002, S. 161 ff.). Tiefsitzende Enttäuschungen über die Transformationsergebnisse werden als weiterer Grund für die geringe öffentliche Aktivität von Bürgern in postkommunistischen Staaten genannt. Soziostrukturelle Erklärungen fokussieren auf das Argument, dass Individuen in postkommunistischen Staaten über ein nicht ausreichendes Ausmaß an ökonomischen Ressourcen verfügen um Zeit für ein Engagement oder Geld für Mitgliedsbeiträge für einen Verein aufwenden können (vgl. Segert 2010, S. 37; vgl. Howard 2002, S. 167).

Tabelle 6: Aktive oder ehrenamtliche Mitgliedschaft nach Vereinskategorie in Prozent - ALLBUS 2008.

AKTIVE MITGLIEDSCHAFT ODER EHRENAMT IN...	2008		
	NBL	ABL	Signifikanz
Kultur-, Musik-, Theater-, oder Tanzverein	5,1%	10,7%	*
Sportverein	15,3%	24,5%	*
Sonstige Hobbyvereinigung	6,3%	8,0%	-
Wohltätigkeitsverein oder karitative Organisation	3,0%	5,5%	**
Friedens- oder Menschenrechtsorganisation	0,2%	0,8%	***
Umwelt-, Natur- oder Tierschutzorganisation	1,1%	2,0%	-
Verein / Organisation im Gesundheitsbereich, Selbsthilfegruppe	1,9%	2,6%	-
Elternorganisation	2,6%	3,1%	-
Verein für Pensionierte oder Rentner, Seniorenverein	1,9%	1,3%	-
Bürgerinitiative	1,3%	1,6%	-
Sonstige Organisation / Sonstiger Verein	6,6%	6,9%	-
Aktive Mitgliedschaft oder Ehrenamt in mindestens einem Verein	32,7%	43,8%	*
Aktive Mitgliedschaft oder Ehrenamt in ... unterschiedlichen Vereinskategorien (= INDIKATOR: MITGLIEDSCHAFTEN)	0,45	0,67	*

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht signifikant

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008.

2.3.5.2 Index: Informelle Netzwerke

Beim Konzept der informellen Netzwerke reicht ein Indikator zur Operationalisierung nicht aus, da erstens unterschiedliche informelle Beziehungsnetzwerke existieren und zweitens die Qualität und die Kooperationsbereitschaft sowie das Engagement in kleineren, nicht organisierten Netzwerken gemessen werden soll. Daher wird ein additiver und gewichteter Index ermittelt, der sich aus sechs Items der ALLBUS-Befragung 2008 zusammensetzt.

Die Items 1 bis 3 beziehen sich auf das Netzwerk unter Freunden, unter Vereinskollegen und unter Arbeitskollegen, deren Netzwerkqualität anhand der Kontakthäufigkeit gemessen wird. Diese Items werden im ALLBUS 2008 wie folgt abgefragt (ALLBUS 2008, S. 68):

„Wie häufig verbringen Sie

- *Zeit mit Menschen im Verein oder Klub oder einer Freiwilligenorganisation?*
- *Zeit mit Arbeitskollegen außerhalb des Arbeitsplatzes?*
- *Zeit mit Freunden?“*

1: täglich; 2: mind. einmal jede Woche; 3: mindestens einmal jeden Monat; 4: seltener; 5: nie

Je nach Kontakthäufigkeit werden unterschiedliche Gewichtungen vorgenommen. Für täglichen und wöchentlichen Kontakt werden 0,5 Punkte und für monatlichen Kontakt werden 0,2 Punkte vergeben.

Das vierte Item bezieht sich auf die Beziehungen mit den Nachbarn und deren Qualität. Die dazugehörige ALLBUS-Frage aus dem Jahr 2008 lautet (ALLBUS 2008, S. 63):

„Wie ist der Kontakt zu den Nachbarn?“

1: man grüßt sich; 2: es ergeben sich gelegentliche Gespräche im Treppenhaus, auf der Straße oder im Garten; 3: es finden gegenseitige Einladungen statt; 5: nichts davon.

Auch hier findet eine Gewichtung nach der Qualität des Kontaktes statt. Für gelegentliche Gespräche werden 0,5 Punkte und für gegenseitige Einladungen wird 1 Punkt vergeben. Findet kein Kontakt statt oder nur rudimentär durch gegenseitiges Grüßen, wird kein Punkt vergeben.

Item Nummer 5 bezieht sich auf die Mitgliedschaft in einer informellen Gruppe und wird bei Vorhandensein mit einem Punkt gewertet (ALLBUS 2008, S. 67):

„Abgesehen von Organisationen und Vereinen, von denen wir gerade gesprochen haben, gehören Sie einer Gruppe an, die sich regelmäßig trifft oder regelmäßigen Kontakt hat und nicht als Verein organisiert ist? Wichtig ist die Regelmäßigkeit des Kontakts und dass die Gruppe privat organisiert ist / informellen Charakter hat. Beispiele: Stammtisch, Wandergruppen, Diskussions- oder Lesegruppen!“

1: Ja; 2: Nein

Das letzte Item misst die Kooperationsbereitschaft und das private und unorganisierte Engagement (ALLBUS 2008, S. 67):

„Unterstützen Sie – zumindest gelegentlich – unentgeltlich irgendwelche Personen außerhalb Ihres Haushalts, z.B. bei Besorgungen, kleineren Arbeiten oder der Betreuung von Kindern oder Kranken, ohne dass dies durch eine Organisation oder einen Verein organisiert wird? Tun Sie das regelmäßig oder nur gelegentlich“

1: Ja, regelmäßig; 2: Ja, gelegentlich; 3: Nein.

Ist das unorganisierte Engagement gelegentlich wird 1 Punkt vergeben, bei Regelmäßigkeit gehen 2 Punkte in den Index ein.

Zur Ermittlung des Index werden die Punkte aller Items des jeweiligen Befragten addiert. Die Summe repräsentiert das Ausmaß der Größe und Qualität des informellen Netzwerkes jedes Befragten.

Der Index zur Messung der Größe und Qualität der informellen Netzwerke unterscheidet sich signifikant zwischen den alten und den neuen Bundesländern, insofern dass er im Westen der Bundesrepublik etwas höher ausgeprägt ist. Bezogen auf die einzelnen Items betrifft das alle Merkmale außer der Mitgliedschaft in einer informellen Gruppe, wo kein signifikanter Unterschied festgestellt wurde, und das unorganisierte Engagement. Letzteres ist im Osten Deutschlands signifikant und deutlich stärker vorhanden als im Westen, was aber die niedrigeren Punktwerte in den anderen Items nicht ausgleichen kann.

Die Ergebnisse decken sich mit den Erkenntnissen von Howards Untersuchungen (2002), der zusätzlich zu seinem bereits oben erwähnten, quantitativen Vergleich von Vereinsmitgliedschaften Interviews in Ostdeutschland und Russland durchführte, um Ursachen für die geringe Vereinsaktivität zu ergründen. Howard argumentiert, dass informelle, private Netzwerke einerseits praktische ökonomische Vorteile in der Mangelwirtschaft des Staatssozialismus brachten und andererseits die familiären und freundschaftlichen Beziehungen die einzige Möglichkeit für vertraute Gespräche waren und somit als Rückzugsraum eine hohe Bedeutung für die Individuen hatten, wo sie sich frei ausdrücken konnten (vgl. Howard 2002, S. 162). Enge freundschaftliche bzw. familiäre Verbindungen, also Beziehungen mit geringem Radius des Vertrauens, können gar negative Auswirkungen auf die Einbindung in formelle Netzwerke haben, sofern sie als ausreichend wahrgenommen werden und erst gar kein Bedürfnis nach Mitgliedschaft in formellen Organisationen aufkommen lassen (vgl. Howard 2002, S. 163).

Tabelle 7: Punktmittelwerte des Index für informelle Netzwerke und seiner sechs Items - ALLBUS 2008.

Mittelwert der Punkte	2008		
ALLBUS-ITEM	NBL	ABL	Signifikanz
Kontakt Vereinskollegen	0,14	0,18	*
Kontakt Arbeitskollegen, außerhalb des Arbeitsplatzes	0,06	0,10	*
Kontakt Freunde	0,29	0,35	*
Kontakt Nachbarn	0,55	0,60	*
Mitgliedschaft informelle Gruppe	0,22	0,23	-
Unorganisiertes Engagement	0,56	0,46	*
INDEX: INFORMELLE NETZWERKE	1,81	1,91	**

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht signifikant

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008.

2.3.5.3 Index: Menschenvertrauen

Das generalisierte Vertrauen in andere Menschen wird in verschiedenen Studien²² mit der Antwort auf folgende Frage, die auch im ALLBUS 2008 gestellt wurde, gemessen (ALLBUS 2008, S. 24):

²² Auch in der World Value Survey 2000 oder im European Social Survey 2000 wurde die Frage mit dem gleichen Wortlaut gestellt (vgl. Franzen/Pointner 2007, S. 75).

"Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen trauen kann. Andere meinen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann im Umgang mit anderen Menschen. Was ist Ihre Meinung dazu?"

1: den meisten Menschen kann man trauen; 2: man kann nicht vorsichtig genug sein; 3: das kommt darauf an; 4: sonstiges

Die Antwort auf diese Frage gibt keine genaue Information über den „Radius des Vertrauens“ im Sinne Fukuyamas (1999). Fukuyama beschreibt diesen als *„the circle of people among whom cooperative norms are operative“* (Fukuyama 1999). Der „Radius des Vertrauens“ nimmt mit zunehmender sozialer Distanz ab. Familienmitgliedern wird in der Regel mehr vertraut als Freunden oder Bekannten. Das geringste Vertrauen wird Fremden entgegengebracht, dieser Typ bringt aber nach Fukuyama den größten Nutzen für die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft.²³

Um den „Radius des Vertrauens“ in das Konzept des Menschenvertrauens miteinzuschließen, wird auch hier ein gewichteter, additiver Index gebildet, der aus fünf Items besteht. Das erste Item ist das zuvor genannte generalisierte Vertrauen, welches bei der Beantwortung mit „den meisten Menschen kann man trauen“ mit 5 Punkten in den Index eingeht. Der Radius des Vertrauens wurde im ALLBUS 2008 in vier Items abgefragt (ALLBUS 2008, S. 25):

„Wie groß ist Ihr Vertrauen gegenüber

- Ihren Verwandten*
- Ihren Freunden*
- Ihren Bekannten*
- Ihnen fremden Personen?“*

1: überhaupt kein Vertrauen; (...); 7: sehr großes Vertrauen

Um den Überlegungen von Fukuyama gerecht zu werden, wonach der höchste Nutzen für die Gesellschaft vom Vertrauen gegenüber Fremden ausgeht und mit abnehmender sozialer Distanz abnimmt, wurde folgende Gewichtung gewählt: Die Vertrauenspunkte für Verwandte werden durch 4 dividiert, jene für Freunde durch 3 und jene für Bekannte durch den Faktor 2.

²³ Genaugenommen spricht Fukuyama nicht vom Vertrauen gegenüber Fremden sondern vom Vertrauen, zwischen zwei zufällig ausgewählten Personen eines Landes (vgl. Fukuyama 1995).

Das relevanteste Item, nämlich das Vertrauen gegenüber fremden Menschen wird nicht heruntergewichtet.

Der Mittelwertvergleich zwischen Ost und West zeigt, dass das Menschenvertrauen in den alten Bundesländern signifikant höher ist als in den neuen Bundesländern. Dafür verantwortlich zeichnen die höher gewichteten Items des generalisierten Vertrauens und des Vertrauens zu fremden Menschen. Bei diesen beiden Items sind die Unterschiede zwischen Ost und West am höchsten und im Osten geringer als im Westen. Bei den Menschen die man kennt, ist das Ergebnis umgekehrt. Denen vertrauen Ostdeutsche im Aggregat mehr als Westdeutsche.

Tabelle 8: Punktmittelwerte des Index für Menschenvertrauen und seiner fünf Items - ALLBUS 2008.

Mittelwert der Punkte	2008		
ALLBUS-ITEM	NBL	ABL	Signifikanz
generalisiertes Menschenvertrauen	0,70	1,13	*
Vertrauen zu Verwandten	1,54	1,51	***
Vertrauen zu Freunden	1,97	1,97	-
Vertrauen zu Bekannten	2,51	2,46	***
Vertrauen zu Fremden	2,75	2,90	**
INDEX: MENSCHENVERTRAUEN	3,02	3,45	*

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht signifikant

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008.

2.4 Politische Partizipation

2.4.1 Politische Partizipation und Demokratie

Politische Partizipation gilt unbestritten als eines der zentralen Merkmale einer Demokratie, egal ob im Modell der liberalen Demokratie, welches die Mitwirkungsmöglichkeiten des Bürgers auf das Wählen beschränkt oder in stärker partizipativ orientierten Demokratiemodellen, welche den Bürgern Partizipation jenseits des Wahlaktes abverlangen und damit über die reine Herrschaftslegitimation hinaus wirkt und auf den Begriff der Staatsbürgerlichkeit rekurriert (vgl. Kißler/Greifenstein/Schneider 2011, S. 33).

Zunächst soll eine Definition für politische Partizipation gefunden werden, welche die Gemeinsamkeiten der unterschiedlichen Zugänge der zeitgenössischen

Partizipationsforschung umfasst und die dem Untersuchungsgegenstand gerecht wird. Van Deth hat unterschiedliche Definitionen von politischer Partizipation verglichen (vgl. van Deth 2003, S. 169 ff.; vgl. auch Lüdemann 2001, S. 43). Dabei konnten gemeinsame Merkmale identifiziert werden, welche alle im folgenden Satz ihren Ausdruck finden: Die handelnden Personen sind private Staatsbürger, welche in einem freiwilligen Akt und mit dem Zweck der Einflussnahme auf die Regierung und Politiker aktiv werden. Politische Partizipation kann also als bürgerliche Beteiligung mit dem Ziel der Einflussnahme auf politische Entscheidungen, die ohne Beteiligung einseitig dominiert wären, definiert werden.

Partizipation wirkt machtbegrenzend (vgl. Kißler/Greifenstein/Schneider 2011, S. 40) und der Einbezug der Bürger in politische Entscheidungsprozesse – insbesondere durch Wahlen - erhöht die Akzeptanz politischer Entscheidungen in der Bevölkerung. Die Teilnahme der Staatsbürger wirkt als Inputgröße in das politische System und dient als „Legitimitätsquelle“ (Merkel 1999, S. 64).

Scharpf (1999, S. 12 ff.) trennt demokratische Legitimität in zwei Dimensionen auf. Nach der input-orientierten Dimension sind politische Entscheidungen dann legitim, wenn und weil sie den Willen des Volkes widerspiegeln und aus den Präferenzen des Volkes abgeleitet werden können. Je mehr Bürger sich also am politischen Entscheidungsprozess beteiligen, desto mehr kann von einer Herrschaft *durch* das Volk ausgegangen werden. Die input-orientierte Dimension demokratischer Selbstbestimmung beruht auf der sozio-kulturellen Vorbedingung einer kollektiven Identität, welche dem Unterstützungsobjekt der politischen Gemeinschaft sehr ähnlich ist (vgl. Kapitel 2.2.2 dieser Arbeit). Der input-orientierten Dimension demokratischer Selbstbestimmung liegt ein normatives Verständnis von Partizipation zugrunde, demzufolge die politische Teilhabe nicht nur zweckrationales Verhalten, sondern ein Ziel und Wert an sich ist und möglichst viele Bereiche der Gesellschaft durchdringen soll (vgl. Nohlen 2005, S. 675 f.). Der normative Partizipationsbegriff ist konsensorientiert und expressiv und wird in kommunitaristischen, partizipatorischen Modellen einer „starken Demokratie“ (Barber 1994) verwendet. Demzufolge stellt politische Partizipation keine spezifische Aktivität dar, sondern ist als integraler Bestandteil sozialen Lebens für jeden Staatsbürger zu verstehen (vgl. van Deth 2003, S. 168).

Die zweite Dimension politischer Selbstbestimmung drückt sich in der Herrschaft *für* das Volk aus. Politische Entscheidungen sind dann legitim „*wenn und weil sie auf wirksame Weise das allgemeine Wohl im jeweiligen Gemeinwesen fördern*“ (Scharpf 1999, S. 16). Diese Sichtweise richtet sich auf den Output eines politischen Systems. Das politische System gewinnt dadurch Legitimität, wenn bei Problemen, die kollektiver Lösungen bedürfen, die Präferenzen der Bürger in befriedigende Entscheidungen und Handlungen umgewandelt werden. Mit der Output-Legitimation geht ein instrumentelles Verständnis von Partizipation einher. Partizipation wird weniger als selbstverständliche Bürgerpflicht oder als ein demokratischer Wert an sich angesehen, sondern als Mittel zum Zweck eingesetzt. Diese Rational-Choice-Sichtweise sieht Partizipation als nutzenmaximierendes Instrument der politischen Einflussnahme und Interessensdurchsetzung auf Individualebene.

Neben der Legitimitätsfunktion hat die politische Partizipation auch eine Repräsentationsfunktion. Das politische System bringt optimale Ergebnisse hervor, wenn möglichst alle Bürger ihre Präferenzen mitteilen. Die Repräsentationsfunktion wird durch niedrige Wahlbeteiligung beeinträchtigt, da geringe Beteiligung zu ungleichen Wahlergebnissen zu Ungunsten sozial Benachteiligter und damit zu ungleichem politischem Einfluss führt (vgl. Lijphart 1997). Lijphart hat besonders für die USA aber auch für zahlreiche europäische Nationen (darunter Deutschland) nachgewiesen, dass eine sinkende Wahlbeteiligung zu höheren Anteilen von sozial privilegierten Schichten unter den Wählenden und somit zu höherem Einfluss dieser Gruppen auf die Politik führt. Mit anderen Worten bleiben eher „less well-to-do citizens“ (Lijphart 1997, S. 1) der Wahlurne fern und deren Interessen werden folglich von der Politik weniger vertreten. Dieser Effekt wurde nicht nur bei der Wahlbeteiligung sondern auch bei anderen, unkonventionellen politischen Partizipationsformen beobachtet (vgl. van Deth 2003, S. 185). Lijphart beschreibt damit ein Dilemma für die repräsentative Demokratie, in dem die demokratische Responsivität von der Partizipation der Staatsbürger abhängt. Dieser Umstand ist insofern besorgniserregend, da Politiker ihre policies eher an den Bedürfnissen der Wähler ausrichten und wenig Nutzen davon haben, sich um die Interessen der Nichtwähler zu kümmern.

Da ein kausaler Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen- und Bildungsniveau einerseits und der Partizipationsbereitschaft andererseits besteht wird der

Gleichheitsgrundsatz der demokratischen Herrschaft verletzt und folglich die Legitimität des gesamten politischen Systems beeinträchtigt (Lijphart 1997, S. 3; vgl. auch De Nève 2009, S. 49). De Nève hat in einem Vergleich von sechzehn europäischen Ländern auch für Deutschland nachgewiesen, dass sich Nichtwähler hinsichtlich sozialstruktureller Merkmale von den Wählern unterscheiden, was aus oben genannten Gründen die Qualität der Demokratie beeinträchtigt (vgl. de Nève 2009, S. 134 ff.).

Neben den bereits dargestellten potentiellen Defekten für eine Demokratie, die durch mangelnde Teilhabe durch die Bevölkerung erwachsen, nämlich Legitimitätsverlust, Beeinträchtigung der Repräsentationsfunktion und des Gleichheitsgrundsatzes der Demokratie sowie negative Auswirkungen auf die Responsivität, sei auf die Gefahren aus systemtheoretischer Perspektive hingewiesen. In Kapitel 2.2.1 wurde bereits die endogene Stabilität demokratischer Systeme erklärt, die durch die Feedbackfunktion von allgemeinen und freien Wahlen erwächst. Durch rückläufige Wahlbeteiligung wird der Rückkoppelungsmechanismus im politischen System geschwächt. Das politische System büßt dadurch an Fähigkeit ein, die Selbstgefährdung des politischen Systems zu erkennen. Zwar kann auch der Wahlverzicht als eine Sanktionierung der Regierten gedeutet werden, er ist aber schwieriger zu interpretieren als die Abwahl einer Regierung und Präferenz von Oppositionsparteien mit anderen Wahlprogrammen. Dadurch wird die Lernfähigkeit des politischen Systems geschwächt (vgl. Merkel 1999, S. 65).

Warren blickt auf die politische Partizipation aus der Perspektive der Demokratietheorie und sieht demokratische Defizite, wenn die Responsivität der Regierungen gegenüber ihren Staatsbürgern beeinträchtigt ist: „(...) *governments are in democratic deficit when political arrangements fail the expectations that participation should elicit government responsiveness (...) when their citizens come to believe that they cannot use their participatory opportunities and resources to achieve responsiveness (...) when they [the governments, Anm. G.B.] are unable to generate the legitimacy from democratic sources they need to govern.*“ (Warren 2009, S. 17). Aus demokratietheoretischer Sichtweise sollten Demokratien als Konsequenz von staatsbürgerlicher, politischer Partizipation auf die Präferenzen der Staatsbürger reagieren. Damit politische Partizipation demokratisch funktionieren kann, sollten all jene, die von den Entscheidungen der Regierung betroffen sind, die Möglichkeit haben, diese

Entscheidungen zu beeinflussen (vgl. Warren 2009, S. 17). Damit schlägt Warren in dieselbe Kerbe wie Dahl, der neben der „responsiveness“ der Regierung die Gleichheit der politischen Teilhabemöglichkeiten für alle Staatsbürger als Hauptbestandteil einer Demokratie hervorstreicht (vgl. Dahl 1971, S. 1). Dahl nennt acht institutionelle Garantien, die die Gleichheit der Partizipationsmöglichkeiten aller Staatsbürger absichern (vgl. Dahl 1971, S. 3).

Für die Bundesrepublik Deutschland werden die acht von Dahl genannten institutionellen Garantien als erfolgreich etabliert vorausgesetzt. Dennoch kann in der Realität nicht von gleichen Partizipationsmöglichkeiten aller Staatsbürger ausgegangen werden, da die unterschiedliche Ressourcenausstattung (mit ökonomischen, kulturellem und Sozialkapital) der Individuen auch unterschiedliche Ausmaße an Beteiligungschancen eröffnen. Wie schon oben erwähnt, bestätigen empirische Befunde die Hypothese, wonach politische Partizipation von sozioökonomischen, Bildungs- und anderen Ressourcen abhängt. Die formell gleichen Staatsbürger nehmen demnach ihre über die institutionellen Garantien abgesicherten, gleichen Partizipationsmöglichkeiten der Einflussnahme auf politische Entscheidungen nicht gleich wahr. Damit wird eines der Kennzeichen einer Demokratie gefährdet, nämlich „(...) *the quality of being completely or almost completely responsive to all its citizens*“ (Dahl 1971, S. 2).

Segert (2010, S. 32) sieht in der mangelnden sozialen Absicherung einen Grund für eine „Tendenz zum Rückzug aus der Politik“ (Segert 2010, S. 32). Ihmzufolge setzt politische Beteiligung ein Mindestmaß an sozialer Absicherung voraus. Durch die kapitalistische Wirtschaftsweise wird die soziale Ungleichheit reproduziert. Die soziale Ungleichverteilung führt demzufolge zu einer Ungleichverteilung der politischen Ressourcen, da diejenigen die weniger Ressourcen in Form von Zeit, Bildung, Einkommen oder Informationen haben, tendenziell weniger von ihren Partizipationsmöglichkeiten Gebrauch machen.

Neben der Ressourcenausstattung wird in der Theorie auch die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Regierung²⁴ mit der politischen Partizipation der Bevölkerung in Zusammenhang gebracht (vgl. Varga/Freyberg-Inan 2009). Für die postkommunistischen

²⁴ Nach Scharpf entspricht das dem Konzept der „output-abhängigen Legitimität“ der Demokratie und nach Easton der „spezifischen Unterstützung der politischen Autoritäten“ (siehe oben).

Staaten wird als Besonderheit die Unzufriedenheit großer Gruppen der Bevölkerung mit den Resultaten des Transformationsprozesses angeführt (vgl. Segert 2010, S. 34). Demnach haben die Gesellschaftstransformationen nach 1989 Gewinner und Verlierer hervorgebracht. Als Transformationsverlierer gelten jene Personen, die „*nicht genügend Ressourcen für einen Erfolg im neuen System mobilisieren konnten*“ (Segert 2010, S. 35). Diese Gruppe von Personen neigt nach Segerts Hypothese tendenziell zu geringerer politischer Partizipation als jene Bevölkerungsschichten, die die Vorteile des Systemwechsels genießen. Eine rückläufige Partizipationsbereitschaft unter den Bürgern und der Rückzug ins Private schwächt die Wechselbeziehung von Eliten und der Masse. Segert und Varga/Freyberg-Inan teilen die Meinung, dass eine solcherart hohle Form von Demokratie eine „*soziale und politische Gelegenheitsstruktur*“ (Segert 2011, S. 59) für populistische Phänomene schafft. In einem Umfeld von hoher Unzufriedenheit und starkem Misstrauen der Bevölkerung gegenüber den Politikern können populistische Parteien in das Wertevakuum vordringen und die Unzufriedenheit mit der Demokratie instrumentalisieren indem demokratische Institutionen oder die politische Elite für die Misere der Bürger verantwortlich gemacht wird. Werden die Erwartungen der Bevölkerung durch die populistischen Parteien erneut enttäuscht, mitunter dadurch, dass das neue Demokratieverständnis der populistischen Politiker kaum mit aktiver Beteiligung in Verbindung gebracht wird, könnte eine noch größere Demokratieunzufriedenheit und Politikverdrossenheit die Folge sein, welche letztendlich zu einer akuten Krise der repräsentativen Demokratie heranwachsen könnte, in der sich die Gesellschaft in der Form einer „*selektiven Demokratie*“ (Varga/Freyberg-Inan, 2009, S. 112) radikalisiert.

2.4.2 Dimensionen politischer Partizipation

Bis Mitte der 1960er Jahre wurde politische Partizipation als eindimensionales Konzept verstanden, das sich auf die bis dahin gewohnten institutionalisierten, *konventionellen* Formen wie Wählen und wahlkampfbezogene Aktivitäten konzentrierte. Durch den sozialen Wandel und den individuellen Wertewandel, den die sozio-ökonomische Modernisierung mit ihren Folgen des Wirtschaftswachstums, der Bildungsexpansion und der Verbreitung von Massenmedien in den 1960er Jahren in den USA und in Westeuropa auslöste, stieg das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer aktiveren Partizipation. Dieser Wunsch nach mehr Beteiligungschancen drückte sich in den 1960er Jahren erstmals in bis dahin unbekannten,

unkonventionellen Formen von politischer Teilhabe aus, wie zB in Sit-ins, Straßenblockaden, Bürgerinitiativen oder Demonstrationen. Kaase bezeichnete diese Entwicklung als „participatory revolution“, die eine neue Einstellung der Staatsbürger zu ihrer politischen Rolle mit sich brachte und das politische Beteiligungs-Repertoire für die Bevölkerung verbreiterte (vgl. Kaase 1999, S. 14). Mit den Modernisierungsprozessen ging allerdings noch ein zweiter, gegenläufiger Trend einher, nämlich rückgängige Wahlbeteiligung. Diese Konsequenz wird mit der zunehmenden Individualisierung erklärt, mit der herkömmliche Bindungen an Gruppen und soziale Normen ihre Bedeutung verlieren. Wählen wird dadurch weniger einer staatsbürgerlichen Pflicht gleichgesetzt und die Parteiidentifikation geht zurück, was letztlich die rückläufige Wahlbeteiligung erklärt (vgl. Kühnel 2001, S. 11).

In Ostmitteleuropa fand die „participatory revolution“ erst verspätet in den Umbruchjahren um 1989 statt, da bis dahin der Machtapparat des Staates jegliche Partizipationsformen nicht-staatlicher und unkonventioneller Art zu unterdrücken vermochte. Ein hohes Beteiligungsausmaß unter breiten Bevölkerungsschichten zeigte sich unter den postsozialistischen Staaten in besonderem Ausmaß in der DDR in der Zeit kurz vor und nach dem Fall der Mauer und vor der Wiedervereinigung. Die Ereignisse von 1989 entfachten eine plötzliche, aktive Beteiligung der Bevölkerung am politischen Leben, was Systemkritiker genauso erfasste wie die SED-Basis (vgl. Segert 2008). Das Aufblühen zivilgesellschaftlichen Engagements in der DDR in ihrem „41. Jahr“ (Segert 2008) war nur von kurzer Dauer. Einerseits verstummten die Bürgerbewegungen mit prosozialistischem Profil und der Losung der „Vervollkommnung des Sozialismus“ (vgl. Wiesenthal 1998, S. 4) mit der Ankündigung der Wiedervereinigung. Andererseits hatten jene Teile der Bevölkerung, die die Eingliederung der DDR in das politische und wirtschaftliche System der BRD forderten, mit der Wiedervereinigung ihr Ziel erreicht, was ein weiteres, darüber hinausreichendes politisches Engagement nicht mehr notwendig machte (vgl. Krimmel 2000, S. 626).

Die politikwissenschaftliche Forschung befasst sich seit der „participatory revolution“ in den 1960er Jahren mit den neuen Formen von politischer Partizipation. Da in modernen Gesellschaften die Grenzen zwischen politischer und nicht-politischer Sphäre kontinuierlich verwischen und der Rahmen politischer Tätigkeiten ständig ausgedehnt wird, wurde aus der Untersuchung politischer Partizipation die „*Untersuchung von allem*“ (van Deth 2003, S.

168). Zunächst wurde versucht, unterschiedliche Dimensionen von politischer Teilhabe zu identifizieren. Je nach Abgrenzungskriterien wurden unterschiedliche Typologien erstellt (vgl. Krimmel 2000, S. 613; vgl. van Deth 2003, S. 178) auf die aus Platzgründen hier nicht weiter eingegangen wird.

Den unterschiedlichen Typologisierung ist gemein, dass das Wählen als universale Form politischer Partizipation immer eine eigene Dimension für sich darstellt (vgl. van Deth 2003, S. 178). Van Deth zeichnet einen zeitlichen „Verlauf der Ausweitung des Repertoires politischer Aktionen“ (2003, S. 173), der mit dem Wählen beginnt und schrittweise um weitere Beteiligungsdimensionen anwächst. Zunächst wird das Repertoire durch konventionelle Beteiligungsformen, nämlich Kampagnenarbeit und Kontakt mit Politikern bereichert. Danach stoßen unkonventionelle Partizipationsformen wie Protestaktionen und soziale Bewegungen dazu. Ende der 1990er Jahre wird der politische Partizipationsbegriff auf soziale Beteiligungsformen im Putnam'schen Sinne, also staatsbürgerliche Aktivitäten und soziales Engagement, ausgeweitet.

Die verschiedenen Dimensionen stellen unterschiedliche Anforderungen an den Bürger und variieren hinsichtlich der Komplexität, des Aufwandes und der Kosten die mit dem Partizipationsakt zusammenfallen aber auch hinsichtlich der Betroffenheit und Intensität mit der ein politisches Ziel vertreten wird. Unkonventionelle Partizipationsformen sind mit einem höheren Maß an Engagement und Kosten verbunden (vgl. Nohlen 2002, S. 676) und erfordern neben der grundsätzlichen Bereitschaft der Bürger, diese anzuwenden auch einer gewissen Mobilisierung. Kaase (1999, S. 15 f.) betont die „kollektive Natur“ von nicht-institutionalisierter politischer Partizipation wie zum Beispiel einer Straßendemonstration, welche im Kontext von Prozessen sozio-politischer Mobilisierung durch Netzwerke verstanden werden muss. Eben dieser nicht-institutionalisierte Charakter erklärt die Notwendigkeit, dass positive Einstellungen zu unkonventionellen Partizipationsformen durch Mobilisierungsprozesse in politisches Handeln transformiert werden müssen (vgl. Kaase 1990, S. 39).

2.4.3 Operationalisierung und Messung

In der Umfrageforschung werden unterschiedliche Fragen zur politischen Partizipation gestellt. Sie betreffen potenzielles Verhalten (also die *Bereitschaft* zur politischen Teilhabe), *Einstellungen* gegenüber unterschiedlichen Teilhabemöglichkeiten und die *tatsächliche Nutzung* einer Beteiligungsform. In der ALLBUS-Befragung aus dem Jahr 2008 wurden alle drei Typen von Fragen gestellt und zunächst alle zur Operationalisierung des Konzeptes der politischen Partizipation in der vorliegenden Arbeit zu einem oder mehreren Indikator(en) in Betracht gezogen.

Die Beteiligung an Wahlen wird mit der in der Umfrageforschung bewährten *Einstellungsvariable* der „Wahlnorm“ untersucht. Die Wahlnorm erfasst die Selbstverpflichtung, sich als Staatsbürger an Wahlen zu beteiligen (vgl. Kühnel 2001, S. 39 f.). Die Erfüllung *der* staatsbürgerlichen Pflicht schlechthin wird in der Bejahung der Wahlnorm als Selbstverständnis erfasst. Die Wahlnorm misst zwar nicht die tatsächliche Wahlbeteiligung, hat aber einen direkten Effekt auf diese (vgl. Kühnel 2001, S. 34). Außerdem hat die Wahlnorm den Vorteil, dass sie sich nicht auf eine bestimmte Wahl bezieht, sondern eine generelle Einstellung zur Stimmabgabe darstellt und damit unabhängig von situativen Faktoren ist (vgl. Krimmel 2000, S. 615). Da die anderen konventionellen Formen politischer Beteiligung, also wahlkampfspezifische Aktivitäten und Kontakt mit Politikern nicht in der ALLBUS-Befragung 2008 enthalten waren, wird nur die Wahlnorm als Indikator für **konventionelle politische Beteiligung** verwendet. Die konkrete Fragestellung im ALLBUS 2008 lautet (ALLBUS 2008, S. 16):

„Stimmen Sie dieser Meinung zu? In der Demokratie ist es die Pflicht jedes Bürgers, sich regelmäßig an den Wahlen zu beteiligen.“²⁵

1: stimme voll und ganz zu; 2: stimme eher zu; 3: stimme eher nicht zu; 4: stimme überhaupt nicht zu;

Der Vergleich der Zustimmung zur Wahlnorm zwischen Ost- und Westdeutschland zeigt signifikante Unterschiede zwischen beiden Landesteilen zum Zeitpunkt 2008. Während in den alten Bundesländern 88 % der Wahlnorm zustimmen (davon mehr als zwei Drittel „voll und ganz“!) liegt die Zustimmung in den neuen Bundesländern bei nur 70,9 % (davon ist

²⁵ Idente Fragestellung und Antwortkategorien in der ALLBUS-Befragung 1998.

weniger als die Hälfte „voll und ganz“ davon überzeugt!). Die relativ geringe Zustimmung zur Wahlnorm in Ostdeutschland ist in den 10 Jahren davor nur um 0,5 Prozentpunkte angestiegen. In den Jahren von 1998 bis 2008 haben sich die Unterschiede zwischen Ost und West gar weiter vertieft, was am deutlich höheren ETA-Wert im Jahr 2008 abzulesen ist. An dieser Stelle soll auch der steigende Anteil jener Ostdeutschen, die der Wahlnorm „überhaupt nicht“ zustimmen, hervorgehoben werden.

Tabelle 9: Indikator Konventionelle politische Partizipation - ALLBUS 2008 und 1998.

Wahlnorm: "Wahlbeteiligung ist Bürgerpflicht"		2008		1998	
INDIKATOR	AUSPRÄGUNG	NBL	ABL	NBL	ABL
KONVENTIONELLE POLITISCHE PARTIZIPATION	stimme voll und ganz zu	44,0%	67,3%	37,8%	55,0%
	stimme eher zu	26,9%	20,7%	32,6%	30,5%
	stimme eher nicht zu	16,2%	7,0%	18,5%	9,6%
	stimme überhaupt nicht zu	12,9%	4,9%	11,1%	4,9%
	Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
	ETA	0,24*		0,196*	

* sig. mit $p < 0,001$; Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008 und 1998

Bezogen auf die Dimension der **unkonventionellen politischen Partizipation** sprechen mehrere praktische und theoretische Gründe für den Fragetypus der *Bereitschaft*. Tatsächliche unkonventionelle politische Teilhabe ist sehr gering. In der ALLBUS-Befragung aus dem Jahr 2008 waren nur ca. die Hälfte jener Personen, die eine grundsätzliche Bereitschaft für unterschiedliche unkonventionelle politische Teilhabeformen gezeigt haben, auch schon einmal daran beteiligt. Aus praktischen Gründen sind also die höheren Fallzahlen bei den „Bereitschaftsfragen“ den niedrigeren Fallzahlen der tatsächlichen Nutzung vorzuziehen. Aber auch einige theoretische Überlegungen untermauern diese Entscheidung.

Tatsächliche, unkonventionelle politische Beteiligung hängt oft von situativen Faktoren und der Mobilisierungskraft von Netzwerken ab und ist damit weniger abhängig von den individuellen Eigenschaften und Werten einer Person (vgl. Kaase 1990, S. 40). Viele Bürger begründen ihre politische Inaktivität damit, dass Sie politischen Einfluss nehmen könnten, wenn sie nur wollten. Erst wenn die Missstände im und die Unzufriedenheiten mit dem politischen System eine gewisse Schwelle erreichen, werden die zuvor passiven aber grundsätzlich nicht von politisch unkonventioneller Partizipation abgeneigten Bürger aktiv

(vgl. Kaase 1990, S. 52). Almond und Verba (1963, S. 480 ff.) argumentieren, dass Politiker durch angemessenes Verhalten der bürgerlichen Einmischung zuvorzukommen versuchen. Für das Funktionieren einer Demokratie ist also nicht der tatsächlich aktive sondern der potenziell aktive Bürger entscheidend. Nicht jede politische Entscheidung betrifft alle Menschen gleichermaßen. Wenn die eigene Lebenswelt negativ beeinträchtigt wird oder eigene moralische Überzeugungen durch politische Entscheidungen verletzt werden, ist die Transformation von der grundsätzlichen Bereitschaft zur tatsächlichen politischen Beteiligung wahrscheinlicher. Die Beteiligungsbereitschaft wird als Vorbedingung für tatsächliche politische Beteiligung verstanden (vgl. Krimmel 2000, S. 615), welche durch Mobilisierungsprozesse in politisches Handeln umgewandelt werden kann. Außerdem wurde die Handlungsbereitschaft deshalb gewählt, da die tatsächlich ausgeführte, politisch unkonventionelle Partizipationsaktivität bereits lange zurückliegen kann und die Erfahrungen die damit oder seither gemacht wurden, das Individuum insofern beeinflussen könnten, heute oder in Zukunft keine Bereitschaft mehr zu dieser Aktionsform zu zeigen.

In der ALLBUS-Befragung aus dem Jahr 2008 wurde für insgesamt zwölf Partizipationsformen die Teilnahmebereitschaft abgefragt. Fünf Partizipationsformen wurden für den Indikator „unkonventionelle Partizipationsbereitschaft“ ausgeschieden und werden in dieser Arbeit auch nicht weiter behandelt, da sie entweder die Kriterien der in Kapitel 2.4.1 erwähnten Definition von politischer Partizipation nicht erfüllten oder weil sie eher konventionellen Partizipationsformen (inkl. jener des Wahlaktes) zuzuordnen sind.²⁶ Die konkrete Fragestellung lautete (ALLBUS 2008, S. 10):

„Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluss nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten? Welche Möglichkeiten (...) würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage?“

- *Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen*
- *Mitarbeit in einer Bürgerinitiative*

²⁶ Die Partizipationsform „Seine Meinung sagen, im Bekanntenkreis und in der Öffentlichkeit“ ist zu wenig mit Aktivität und der Einflussnahme auf das politische System verbunden. „In einer Partei aktiv mitarbeiten“ ist eher den konventionellen Partizipationsformen zuzuordnen und „Sich an Wahlen beteiligen“, „Sich aus Protest nicht an Wahlen beteiligen“ sowie „Aus Protest einmal eine andere Partei wählen als die, der man nahesteht“ beziehen sich auf die Partizipationsform des Wählens, welche bereits im Indikator der Wahlnorm enthalten ist und aus Gründen der analytischen Klarheit von den unkonventionellen Partizipationsformen abgegrenzt wird.

- *Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration*
- *Teilnahme an einer genehmigten Demonstration*
- *Beteiligung an einer Unterschriftensammlung*
- *Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottieren oder kaufen*
- *Sich an einer Online-Protestaktion beteiligen.*

Aus den verbleibenden sieben unterschiedlichen unkonventionellen politischen Partizipationsformen wurde je Befragtem ein additiver Index gebildet, mit dem Ergebnis 0, wenn für keine der genannten Beteiligungsformen eine Intention besteht, diese Handlung auch auszuführen, und dem Ergebnis 7, wenn die grundsätzliche Bereitschaft für alle genannten Partizipationsformen besteht.²⁷ Die sozialen Partizipationsformen, die wie oben erwähnt in den letzten beiden Jahrzehnten ebenfalls in das Konzept der politischen Partizipation Eingang gefunden haben, wurden in dieser Arbeit bewusst ausgeschlossen und von der politischen Partizipation abgegrenzt, da sie ein eigenständiges Konzept, nämlich jenes des Sozialkapitals, bilden²⁸.

Tabelle 8 zeigt einen geringen aber signifikanten Unterschied in der unkonventionellen politischen Partizipationsbereitschaft zwischen den Bürgern aus Ost- und Westdeutschland. Während Westdeutsche im Durchschnitt 2,5 Beteiligungsformen angaben, sind es im Osten nur 2,3. Die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung ist in beiden Landesteilen die populärste Form der unkonventionellen politischen Beteiligung, während die Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration von den wenigsten Bürgern in Betracht gezogen wird. Die größten und signifikantesten Ost-West-Unterschiede zeigen sich bei den modernen Beteiligungs- bzw. Protestformen des politischen Konsums bzw. Boykotts und den Online-Protestaktionen, bei denen jeweils die Ostdeutschen wesentlich weniger Bereitschaft zeigen, diese Formen als politisches Mittel einzusetzen.

²⁷ Kaase hat in einer empirischen Studie das Konzept der unkonventionellen Partizipation ebenfalls mit einem additiven Index operationalisiert (vgl. Kaase 1999, S. 16 f.).

²⁸ Vgl. Kapitel 2.3 dieser Arbeit.

Tabelle 10: Mittelwert des Index zur unkonventionellen politischen Partizipation und Ausprägungen der unterschiedlichen Partizipationsformen - ALLBUS 2008.

Unkonventionelle politische Partizipationsbereitschaft...	2008		
	NBL	ABL	Signifikanz
Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	39,6%	41,6%	-
Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	28,1%	33,6%	**
Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	7,9%	7,5%	-
Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	39,2%	36,1%	-
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	69,6%	64,9%	**
Aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottieren oder kaufen	32,8%	42,4%	*
Sich an einer Online-Protestaktion beteiligen.	13,2%	18,8%	*
INDEX: UNKONVENTIONELLE POLITISCHE PARTIZIPATIONSBEREITSCHAFT - MITTELWERT	2,31	2,45	***

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht. sig.;

Quelle: Eigene Berechnungen aufgrund des ALLBUS-Datensatzes 2008.

2.5 Zwischenfazit

Die Messung der drei hier ausgewählten Konzepte einer demokratischen Staatsbürgerkultur und deren Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland zeigen, dass sich die politischen Kulturen der beiden deutschen Teilgesellschaften noch deutlich unterscheiden. Es konnte bei allen drei Konzepten in Ostdeutschland ein geringeres Ausmaß festgestellt werden als in Westdeutschland. Die Hypothesen 1 bis 3 haben sich also empirisch bestätigt. Im Detail offenbaren sich einige interessante Einsichten:

Die *politische Unterstützung* hat sich auf der Ebene der Verbundenheit mit der politischen Gemeinschaft in Ost und West aufgrund einer ansteigenden Verbundenheit der Ostdeutschen angeglichen und ist heute in beiden Landesteilen sehr hoch und nahezu gleich verteilt. Auch die diffuse Unterstützung der Demokratie hat in Ostdeutschland einen sehr hohen Wert. 95 % der Ostdeutschen unterstützen die demokratischen Ideale, dieser Wert liegt weit über dem oben erwähnten „Diamond-Kriterium“. Eine akute Gefährdung der Demokratie als Regimeform ist demzufolge nicht gegeben, da sie von nur 5 % der ostdeutschen Bevölkerung abgelehnt wird. Allerdings werden die in Ostdeutschland weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und deren politischen Autoritäten als Alarmsignal gedeutet, welche die Unterstützung der demokratischen Ideale langfristig zu schwächen droht.

Bei beiden Indikatoren haben sich die Unterschiede zwischen Ost und West innerhalb von drei Erhebungszeitpunkten seit 1992 vergrößert und vor allem bei der Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD ein Ausmaß erreicht, welches eine tiefe und sich vergrößernde Kluft in der Wahrnehmung des Funktionierens der Demokratie zwischen Ost und West offenbart. 43% der Ostdeutschen sind mit der Demokratie, wie sie in Deutschland besteht, unzufrieden. Das sind mehr als doppelt so viele Unzufriedene als im Westen des Landes. In Anbetracht der Tatsache, dass die Unterstützung der demokratischen Ideale in Ostdeutschland wesentlich höher ausfällt, kann man auf eine „Demokratielücke“ (Segert 2012) schließen, derzufolge zwar die normativen Positionen einer Demokratie mehrheitlich unterstützt werden aber ihre Leistungsfähigkeit von großen Teilen der Bevölkerung negativ wahrgenommen wird. Diese Ergebnisse lassen ein Unbehagen von knapp der Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung erkennen, das sich nicht auf eine Ablehnung der demokratischen Prinzipien per se bezieht sondern die in der Bundesrepublik gelebte Form der Demokratie kritisiert, in der die Liberalisierung der Wirtschaft und der Rückbau des Sozialstaates vorangetrieben wird. Die in anderen Studien gemessenen Erwartungen der ostdeutschen Bevölkerung an eine Demokratie, insbesondere soziale Sicherheit und eine gerechte Umverteilung, lassen erkennen, dass eine sozial ausgleichendere Gestaltung des Kapitalismus Unterstützung in der Wahlbevölkerung finden würde (vgl. Stanczyk 2011).

Die geringen Vertrauens- und Zufriedenheitswerte mit den politischen Autoritäten deuten auf eine Entfremdung zwischen der Masse und der politischen Elite hin. Diese fällt im Osten höher aus als im Westen Deutschlands, was mit dem radikalen „Personalexport“ von Westdeutschland nach Ostdeutschland erklärt werden kann (vgl. Segert 2012). Durch den radikalen Elitenaustausch in Ostdeutschland nach 1989, der vom Westen Deutschlands gesteuert wurde, entstand eine „kulturelle Fremdheit“ zwischen der Wählerschaft und der neuen, westlichen politischen Elite, die die Bedürfnisse der ostdeutschen Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigt und ihre Interessen mangelhaft vertritt. Die Bedeutung der Zufriedenheit der Bevölkerung mit der politischen Elite zeigt sich in dem, vor allem für Ostdeutschland gemessenen, äußerst hohen Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit der Demokratie in der BRD (siehe Tabelle 5).

Beim Konzept des *Sozialkapitals* zeigen sich ebenfalls in allen drei gemessenen Indikatoren signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Am deutlichsten fallen diese in der formellen Netzwerkeinbindung und im Vertrauen in fremde Menschen aus. Die geringere Einbindung der Ostdeutschen in Vereine wird einerseits auf deren - im Vergleich zu Westdeutschen – reaktiv geringere zeitliche und materielle Ressourcen zurückgeführt. Ein zweiter Erklärungsgrund bietet sich in der Skepsis der Ostdeutschen gegenüber Vereinsstrukturen und –hierarchien, welche in deren DDR-Erfahrungen gründet. In Zeiten des Staatssozialismus war legale Netzwerkeinbindung und –aktivität nur in der Partei oder in von der Partei geduldeten Initiativen möglich. Zivilgesellschaftliches, außerparteiliches Engagement war mit der Gefahr der Illegalität und Bespitzelung behaftet. Letzteres wird auch als Erklärung für das geringe Vertrauen der Ostdeutschen in ihnen fremde Menschen erachtet. Ostdeutsche haben zwar in ihnen bekannte oder verwandte Menschen ein ebenso hohes Vertrauen als Westdeutsche, aber gegenüber ihnen fremden Personen ist das Vertrauen in Ostdeutschland deutlich geringer. Das „legacy of mistrust“ (Howard 2002, S. 164) aus den Zeiten der Überwachung durch den Staatsapparat der DDR wirkt hier scheinbar immer noch nach, während es in der informellen Netzwerkeinbindung keine Rolle spielt. Unorganisierte Kontakte sind in Ostdeutschland nur geringfügig schwächer ausgeprägt als im Westen der Bundesrepublik. Unorganisiertes Engagement zeigt sich im Osten sogar öfter als in Westdeutschland.

Auch die *politische Partizipation* wird in Ostdeutschland von einem schwächeren staatsbürgerlichen Verständnis getragen als in Westdeutschland. So sind deutliche und wachsende Unterschiede bei der Wahlnorm zwischen Ost und West nachweisbar. Während die Zustimmung zur Wahlnorm in Ostdeutschland bei rund 70 % stagniert ist die Einstellung zum Wählen als staatsbürgerliche Pflicht in Westdeutschland im Zeitraum zwischen 1998 und 2008 auf 88 % leicht angestiegen. Im Osten des Landes zeigt sich überdies eine zunehmende Polarisierung, 13% der ostdeutschen Bevölkerung lehnen die oben genannte Einstellung gänzlich ab. Auch im Hinblick auf die unkonventionelle Partizipation sind Ostdeutsche weniger gewillt, aktiv zu werden als Westdeutsche, wenngleich die Unterschiede hier wesentlich weniger deutlich ausfallen. Die Gründe für die Ost-West-Unterschiede bei der politischen Partizipation sollen hier nicht theoretisch diskutiert werden. Stattdessen werden

anhand eines im nächsten Kapitel vorgestellten Erklärungsmodells potentielle Bestimmungsfaktoren empirisch getestet.

3 Theoretisches Argument

Im nachfolgenden Teil der Arbeit wird versucht, die politische Partizipation als das zentralste Merkmal einer demokratischen Bürgergesellschaft, mit den hier untersuchten anderen beiden Konzepten einer demokratischen Staatsbürgerkultur, nämlich politischer Unterstützung und Sozialkapital, zu erklären. Zunächst werden die theoretischen Argumente für die unterstellten Zusammenhänge dargelegt. Im nächsten Kapitel werden diese Zusammenhänge einer empirischen Überprüfung unterzogen.

In der Literatur finden sich mehrere Modelle zur Erklärung von politischer Partizipation, die sich in den vermuteten Prädiktoren unterscheiden (vgl. Kaase 1999, Krimmel 2000, Kühnel 2001, Lüdemann 2001, van Deth 2001). Die meisten trennen die abhängige Variable in mindestens zwei Formen auf, nämlich konventionelle und unkonventionelle Partizipation, da die unterschiedlichen Dimensionen von politischer Beteiligung auch unterschiedliche Strukturen, Beteiligungsniveaus und Bestimmungsfaktoren aufweisen. Diese Aufteilung in zwei unterschiedliche, abhängige Variablen wurde auch für die vorliegende Arbeit gewählt.

Die Literatur unterscheidet zur Erklärung von politischer Partizipation Rational-Choice und Ressourcenmodelle (vgl. Lüdemann 2001). Das vorliegende Modell ist keinem der beiden Modelle zuzurechnen, da zwar die Bestimmungsfaktoren des Sozialkapitals einer dieser beiden Modelle zuzuschlagen ist (nämlich dem Ressourcenmodell) aber die Prädiktoren der politischen Unterstützung in keinem der beiden Modelle Entsprechung finden. Das Neuartige am hier vorgestellten Modell findet sich in der politischen Unterstützung als Erklärungsvariable für politische Partizipation und in der Kombination der politischen Unterstützung mit Sozialkapital in einem integrierten Erklärungsansatz.

Die *diffuse Unterstützung der politischen Gemeinschaft*, in dieser Arbeit mit dem Indikator VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND SEINEN BÜRGERN ausgedrückt, wird als Grundbedingung für politische Teilhabe vorausgesetzt. Nur Staatsbürger, die sich auch als solche fühlen, werden der Meinung sein, dass Wählen eine staatsbürgerliche Pflicht ist. Je mehr sich ein Staatsbürger mit seinem Heimatland und seinen Mitbürgern verbunden fühlt, desto stärker wird sein politisches Engagement, ob konventionell oder unkonventionell, ausfallen.

Partizipation gilt als ein zentrales Merkmal einer Demokratie. Je überzeugter jemand also von den *demokratischen Idealen* ist, desto eher wird er auch die Einstellung vertreten, dass Wählen eine staatsbürgerliche Pflicht ist, was sich im Indikator KONVENTIONELLE POLITISCHE PARTIZIPATION ausdrückt, und desto größer wird seine Bereitschaft zu unkonventionellen politischen Partizipationsformen ausfallen.

Bei den *restlichen drei Unterstützungsvariablen* wird, anders als bei den zuvor genannten, je nach Art der Partizipation ein unterschiedlicher Effekt erwartet. Der Autor vermutet einen positiven Zusammenhang bei konventioneller politischer Partizipation und einen negativen Zusammenhang bei unkonventioneller politischer Teilhabe. Je zufriedener ein Individuum mit der Realität der Demokratie und den Leistungen der Bundesregierung ist und je mehr er den politischen Autoritäten vertraut, desto eher bekennt es sich zum Wählen als staatsbürgerliche Pflicht. Im Gegenzug wenden sich unzufriedene Staatsbürger von der Politik und ihren Autoritäten ab und erkennen ihre Spielregeln, darunter die konventionelle politische Partizipation, nicht mehr an oder betrachten diese als zwecklose Übung in einem Regime, das keine oder wenig attraktive Alternativen anbietet. Der ablehnenden Haltung zum Wählen könnte auch das Motiv des Protestes oder des passiven Widerstandes zugrundeliegen.

Für die unkonventionelle politische Partizipation wird der gegenteilige Effekt unterstellt: Je höher die Unzufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung und der real existierenden Demokratie und je höher das Misstrauen gegenüber den politischen Autoritäten desto eher sind die Staatsbürger dazu bereit, auf unkonventionelle Art politisch aktiv zu werden. Ein steigendes Ausmaß an Misstrauen und Unzufriedenheit erhöht die Bereitschaft, diesem Unbehagen Ausdruck zu verleihen und sich in öffentlichen Diskussionen, Bürgerinitiativen oder Demonstrationen zu engagieren. Umgekehrt formuliert: Je höher das Vertrauen in das politische Regime und seinen Autoritäten ist, desto weniger empfinden die Staatsbürger die Notwendigkeit, selbst politisch aktiv zu werden. Auch Eastons Definition von Vertrauen als Dimension diffuser Unterstützung spricht für diese Hypothese. „*The presence of trust would mean that members would feel that their own interests would be attended to even if the authorities were exposed to little supervision of scrutiny.*“ (Easton 1975, S. 447).

Die nachfolgenden Abbildungen illustrieren die vermuteten Zusammenhänge zwischen den erklärenden Unterstützungsvariablen und den abhängigen Variablen der konventionellen und unkonventionellen politischen Partizipation.

Abbildung 6: Vermuteter Zusammenhang zwischen den Indikatoren der politischen Unterstützung und dem Indikator der konventionellen politischen Partizipation

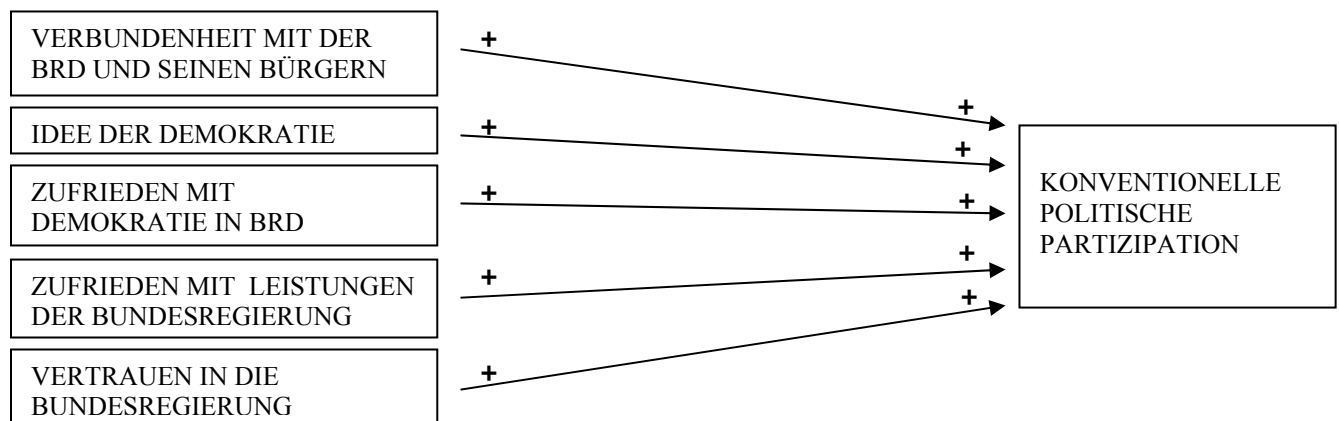
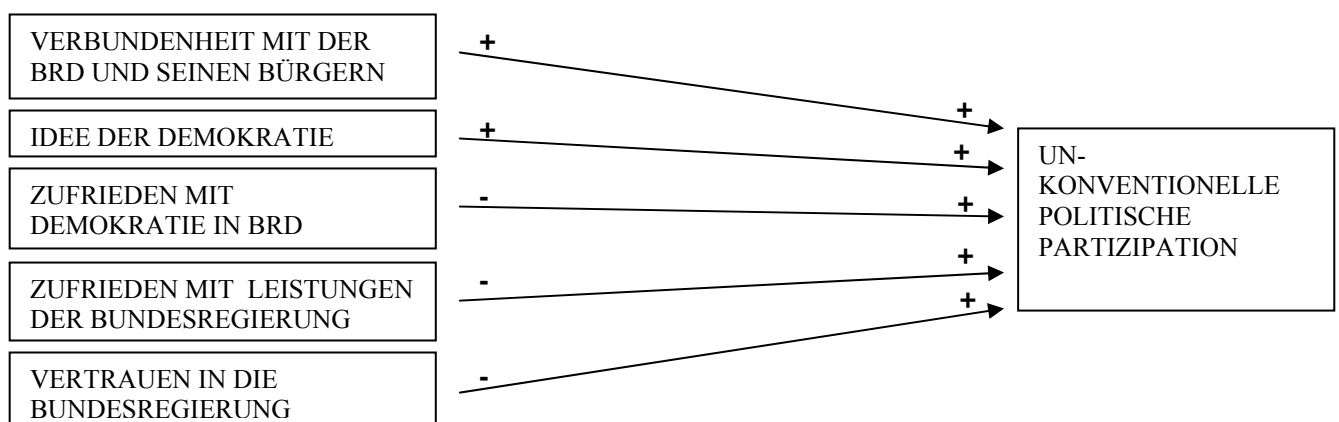


Abbildung 7: Vermuteter Zusammenhang zwischen den Indikatoren der politischen Unterstützung und dem Indikator der unkonventionellen politischen Partizipation

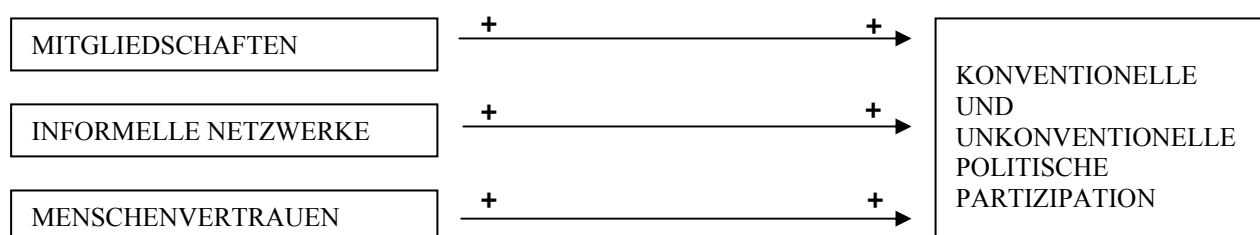


Die bereits oben erwähnte Funktion von freiwilligen Vereinen und Verbänden als „Schulen der Demokratie“ lassen den Autor eine positive Beziehung zwischen *Sozialkapital* und politischer Beteiligung vermuten. In Vereinen werden staatsbürgerliche Fähigkeiten („civic skills“) erlernt, welche auf den politischen Bereich transferierbar sind. Es wird also unterstellt, dass soziale Beteiligung die politische Beteiligung erleichtert, was bereits in mehreren Untersuchungen empirisch belegt wurde (vgl. Kaase 1999, van Deth 2001).

Unkonventionelle politische Partizipation ist ein Handeln kollektiver Natur. Bürgerinitiativen, öffentliche Diskussionen oder Unterschriftensammlungen bedürfen des Zusammenwirkens einer größeren Menge von Personen. Erst die Masse macht unkonventionelle politische Partizipation wirksam. Die Mitgliedschaft in Vereinen, Organisationen oder informellen Netzwerken verdeutlicht den beteiligten Individuen die Möglichkeiten, die sich durch kollektives Handeln ergeben. Daher wird angenommen, dass die informelle oder formelle Eingebundenheit in ein Kollektiv die Bereitschaft zu unkonventioneller politischer Aktion fördert.²⁹ Derselbe Effekt wird für das Menschenvertrauen angenommen. Menschenvertrauen fördert den Zusammenschluss mit bekannten und fremden Personen zum Zwecke des Erreichens gemeinsamer (politischer) Ziele, sei dies in Form einer Demonstration oder anderer unkonventioneller Partizipationsarten. Letztlich erhöhen Menschenvertrauen und die Eingebundenheit in Netzwerken auch die Chancen politischer Mobilisierung.

Der positive Einfluss des Sozialkapitals wird auch auf die konventionelle politische Partizipation unterstellt. Diese wurde in der vorliegenden Arbeit in Form der Wahlnorm, also der individuellen Einstellung zum Wählen, gemessen. Da die Relevanz des Kollektivs bei einer individuellen Einstellung weniger bedeutsam ist als bei der Bereitschaft zu kollektiver, unkonventioneller politischer Aktion, wird der Einfluss des Sozialkapitals auf die Wahlnorm geringer erwartet als auf die Bereitschaft zu unkonventioneller politischer Partizipation.

Abbildung 8: Vermuteter Zusammenhang zwischen den Indikatoren des Sozialkapitals und dem Indikator der konventionellen und unkonventionellen politischen Partizipation



²⁹ Kaase geht davon aus, dass unkonventionelle politische Partizipation erst durch eine organisatorische Untermauerung möglich wird: „(...) *non-institutionalised participation requires an organisational underpinning.* (...) [People, Anm. G.B.] *have to be organised to be politically effective.*“ (Kaase 1999, S. 18)

4 Politische Unterstützung und Sozialkapital als Determinanten der politischen Partizipation

Im folgenden Kapitel wird das oben beschriebene Modell empirisch getestet. Dabei stellen die beiden Dimensionen der konventionellen und unkonventionellen politischen Partizipation jeweils eigenständige abhängige Variablen in unterschiedlichen Modellen dar, da jeweils unterschiedliche Prädiktoren und Zusammenhänge erwartet werden. Die beiden abhängigen Variablen werden in jeweils eigenen Unterkapiteln untersucht.

Die vermuteten Zusammenhänge zwischen politischer Unterstützung bzw. Sozialkapital einerseits und politischer Partizipation andererseits werden zunächst auf bivariater Ebene dargestellt. Der solcherart festgestellte Zusammenhang gibt weder Auskunft über die Richtung des Zusammenhangs noch über das relative Gewicht der einzelnen Determinanten. Zu diesem Zweck wird eine multiple lineare Regressionsanalyse durchgeführt.³⁰ In einer solchen multivariaten Analyse kann das relative (Erklärungs-) Gewicht β eines Faktors unter mehreren ermittelt werden. β sagt aus, wieviel Varianz durch eine unabhängige Variable zusätzlich erklärt werden kann, nachdem alle anderen Variablen bereits in das Modell inkludiert wurden. Das Bestimmtheitsmaß R^2 gibt Auskunft darüber, ob und wie gut die abhängige Variable durch das Regressionsmodell insgesamt erklärt wird, oder anders ausgedrückt: „(...) [E]s misst die Güte der Anpassung der Regressionsfunktion an die empirischen Daten („goodness of fit““ (Backhaus 2000, S. 20).

Die Ergebnisse werden jeweils für Ost- und Westdeutschland dargestellt und verglichen. Zunächst werden zwei Einzelmodelle zur Erklärung der abhängigen Variable getestet, welche sich in den Bestimmungsfaktoren unterscheiden. Im ersten Einzelmodell wird die abhängige Variable mit den oben dargestellten Indikatoren aus dem Konzept der *politischen Unterstützung* zu erklären versucht und im zweiten Modell werden die Indikatoren aus dem

³⁰ Die multiple lineare Regressionsanalyse benötigt metrisch skalierte oder binäre abhängige und unabhängige Variablen (vgl. Backhaus 2000, S. 2f.). Alle Indikatoren des Sozialkapitals sowie der Indikator zur unkonventionellen politischen Partizipationsbereitschaft und der Indikator Vertrauen in die Bundesregierung sind metrisch skaliert. Die restlichen Indikatoren sind im strengen statistischen Sinne ordinal skaliert. Da die Abstände zwischen den Skalenwerten dieser ordinalskalierten Variablen allesamt als gleich groß angenommen werden, werden diese Variablen als metrisch skaliert interpretiert. Eine zusätzlich durchgeführte logistische Regression hat keine beträchtlichen Unterschiede im Ergebnis gezeigt. Da die lineare Regression leichter zu interpretieren ist, werden in der Folge die Ergebnisse ebendieser dargestellt.

Konzept des *Sozialkapitals* als mögliche Bestimmungsfaktoren angewendet. Zuletzt wird ein integrierter Ansatz vorgestellt und getestet, der die Indikatoren aus *beiden* Konzepten zur Erklärung der abhängigen Variablen heranzieht. Dadurch soll die Erklärungskraft des Modells erhöht werden.

4.1 Determinanten der konventionellen politischen Partizipation

Alle Indikatoren weisen signifikante bivariate Zusammenhänge auf, wobei jene der politischen Unterstützung größer sind als jene des Sozialkapitals (Tabelle 11). Auffallend ist die wesentlich größere Bedeutung der Zufriedenheit mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie und des Vertrauens in die Bundesregierung für die konventionelle politische Beteiligung in Ostdeutschland. In Westdeutschland hingegen ist die Zustimmung zur Wahlnorm weniger von den volatilen Zufriedenheits- und Vertrauenswerten mit bzw. in den aktuellen Zustand der Demokratie und der Bundesregierung abhängig. In den alten Bundesländern hat die Unterstützung der demokratischen Ideale die größte Relevanz für die konventionelle politische Partizipation, was als weiterer Beweis für die höhere Stabilität der Demokratie in Westdeutschland interpretiert werden kann. Dieser Eindruck wird noch verstärkt, wenn man die relativen Gewichte der Indikatoren in einer multivariaten Analyse vergleicht (Tabelle 12).

Tabelle 11: Zusammenhang von politischer Unterstützung und Sozialkapital mit konventioneller politischer Partizipation (Pearson's r)³¹

INDIKATOREN/INDIZES	2008	
	NBL	ABL
VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND SEINEN BÜRGERN	0,09 **	0,17 *
IDEE DER DEMOKRATIE	0,17 *	0,22 *
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	0,26 *	0,21 *
ZUFRIEDEN MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG	0,29 *	0,18 *
VERTRAUEN IN DIE BUNDESREGIERUNG	-0,24 *	-0,15 *
MITGLIEDSCHAFTEN	-0,09 **	-0,05 ***
INFORMELLE NETZWERKE	-0,13 *	-0,12 *
MENSCHENVERTRAUEN	-0,16 *	-0,14 *

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht. sig.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS-Datensatzes 2008.

Die Ergebnisse aus der multivariaten Analyse zeigen, dass in Ostdeutschland die Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung den mit Abstand größten Anteil der Varianz erklärt. Je unzufriedener der Ostdeutsche, desto weniger betrachtet er Wählen als staatsbürgerliche Pflicht. Für Westdeutschland kann dieser Zusammenhang nicht festgestellt werden. Dort wird eine zunehmende Unterstützung demokratischer Prinzipien mit einer wachsenden Zustimmung zur Wahlnorm verbunden. In den alten Bundesländern zeigt sich also eine größere Stabilität der Wahlnorm durch eine deutlich geringere Abhängigkeit von der Leistungsfähigkeit der Demokratie als in Ostdeutschland. Insgesamt erklärt die politische Unterstützung 12 % (Ost) bzw. 9 % (West) der konventionellen politischen Partizipation.³² Die restliche Erklärung liegt in Faktoren begründet, welche nicht in das Modell eingegangen sind.

³¹ Zur Lesbarkeit der Tabelle und zur Feststellung der Richtung des Zusammenhangs wird auf folgende Tatsache hingewiesen: Die Ausprägungen der Variablen weisen unterschiedliche Richtungen auf. Die abhängige Variable zur konventionellen politischen Partizipation sowie die Indikatoren der politischen Unterstützung – mit Ausnahme des Indikators Vertrauen in die Bundesregierung – haben ihren Maximalwert bei 1 (zB „stimme voll und ganz zu“, „stark verbunden“, „sehr zufrieden“ und dgl.) und ihren Minimalwert bei über 1 (zB 4: „stimme überhaupt nicht zu“; 4: „gar nicht verbunden“; 6: „sehr unzufrieden“). Die Ausprägungen des Indikators Vertrauen in die Bundesregierung und der Indikatoren zum Sozialkapital haben ihren Minimalwert bei 1 bzw. 0.

³² Statistisch korrekt formuliert, werden 12 % bzw. 9 % der Gesamtstreuung um die Regressionsgerade von der durch die Indikatoren erklärten Streuung erfasst.

Tabelle 12: Regression von konventioneller politischer Partizipation auf die politische Unterstützung³³

	2008	
INDIKATOREN	NBL	ABL
VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND SEINEN BÜRGERN	-	0,11 *
IDEE DER DEMOKRATIE	0,13 *	0,16 *
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	0,08 ***	0,10 *
ZUFRIEDEN MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG	0,17 *	-
VERTRAUEN IN DIE BUNDESREGIERUNG	-0,10 **	-0,06 ***
R²	0,12	0,09

In der Tabelle sind standardisierte Regressionskoeffizienten dargestellt
 *: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht. sig.
 Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS-Datensatzes 2008.

Mögliche weitere Faktoren werden im Sozialkapital der deutschen Bevölkerung vermutet (Tabelle 13). Das niedrige Bestimmtheitsmaß R^2 zeigt jedoch, dass das Sozialkapital eine nur geringe Erklärungskraft für die konventionelle politische Partizipation hat. Je größer das Menschenvertrauen und die Netzwerkeinbindung der Individuen in Ost- und Westdeutschland sind, desto größer ist deren Zustimmung zur Wahlnorm. Die aktive bzw. ehrenamtliche Vereinsmitgliedschaft spielt keine Rolle, nachdem die anderen Faktoren berücksichtigt sind.

Tabelle 13: Regression von konventioneller politischer Partizipation auf Sozialkapital³⁴

	2008	
INDIKATOREN/INDIZES	NBL	ABL
MITGLIEDSCHAFTEN	-	-
INFORMELLE NETZWERKE	-0,08 ***	-0,09 *
MENSCHENVERTRAUEN	-0,15 *	-0,12 *
R²	0,04	0,03

In der Tabelle sind standardisierte Regressionskoeffizienten dargestellt
 *: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht. sig.
 Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS-Datensatzes 2008.

Bisher wurden politische Unterstützung und Sozialkapital getrennt voneinander untersucht. Beide Konzepte haben für sich genommen einen signifikanten, positiven Einfluss auf die konventionelle politische Partizipation. In weiterer Folge sollen beide Konzepte in einem integrierten Modell zur Erklärung der Wahlnorm kombiniert werden. Das Ergebnis zeigt, dass

³³ Siehe Fußnote 31.

³⁴ Siehe Fußnote 31.

diese Kombination sinnvoll erscheint: Die Erklärungskraft des integrierten Modells ist - zwar nur geringfügig aber dennoch - auf 14 % (Ost) bzw. 11 % (West) angestiegen. Dieser Wert mag auf den ersten Blick gering erscheinen, ist aber im Vergleich zu anderen Studien relativ hoch.³⁵

Tabelle 14 zeigt, dass politische Unterstützung *und* Sozialkapital zur Erklärung von konventioneller politischer Beteiligung beitragen. Für beide Landesteile gilt: Je größer die politische Unterstützung und je höher das Sozialkapital desto stärker wird der Wahlnorm zugestimmt.

Tabelle 14: Regression von konventioneller politischer Partizipation auf politische Unterstützung und Sozialkapital³⁶

INDIKATOREN/INDIZES	2008	
	NBL	ABL
VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND SEINEN BÜRGERN	-	0,09 *
IDEE DER DEMOKRATIE	0,12 *	0,15 *
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	0,08 ***	0,09 *
ZUFRIEDEN MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG	0,16 *	-
VERTRAUEN IN DIE BUNDESREGIERUNG	-0,09 ***	-0,06 ***
MITGLIEDSCHAFTEN	-	-
INFORMELLE NETZWERKE	-	-0,07 **
MENSCHENVERTRAUEN	-0,07 ***	-0,05 ***
R²	0,14	0,10

In der Tabelle sind standardisierte Regressionskoeffizienten dargestellt
 *: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht. sig.
 Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS-Datensatzes 2008.

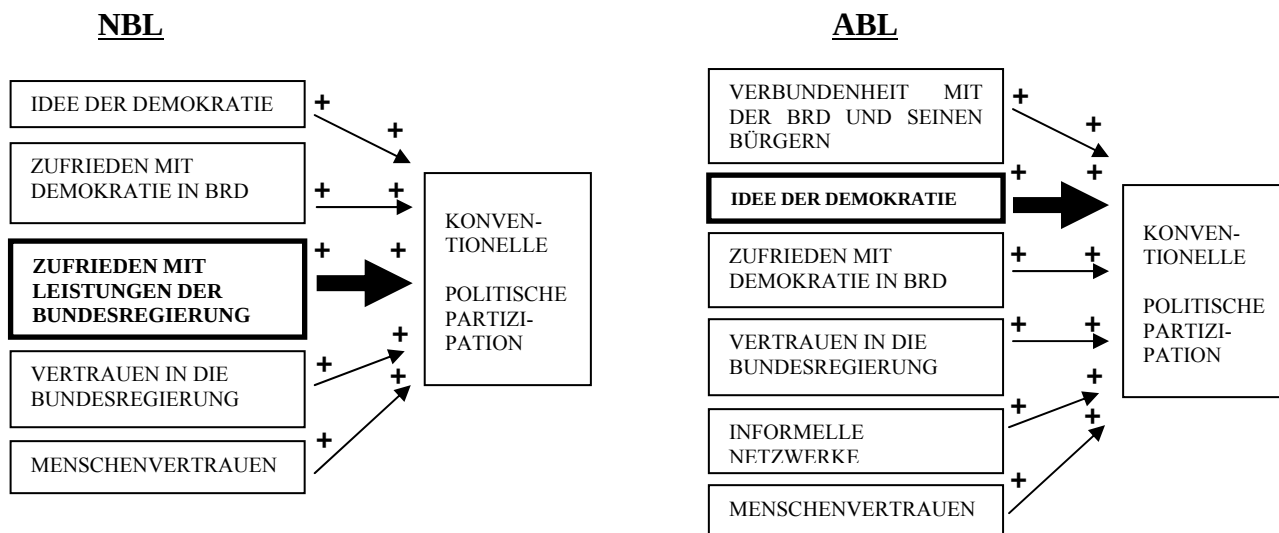
Die politische Unterstützung erklärt in Ost wie in West einen größeren Teil der Varianz als das Sozialkapital. Der dominante Prädiktor für die Wahlnorm (in Abbildung 9 fett dargestellt) unterscheidet sich aber in den beiden Landesteilen. In den neuen Bundesländern hat die Zufriedenheit mit der Bundesregierung den stärksten Einfluss auf die Zustimmung zur Wahlnorm. Dieser Faktor ist in den alten Bundesländern gänzlich irrelevant, dort ist die

³⁵ Krimmel (2000) hat mehrere unterschiedliche Modelle zur Erklärung der konventionellen politischen Beteiligung in Deutschland verglichen. Diese hatten Bestimmtheitsmaße (R^2) von 0 bis 9 % zum Ergebnis (vgl. Krimmel 2000, S. 631 f.).

³⁶ Siehe Fußnote 31.

Zustimmung zu demokratischen Idealen die Determinante mit dem höchsten relativen Gewicht. Nicht alle der im theoretischen Argument vermuteten Faktoren liefern einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der Wahlnorm. In Abbildung 9 werden deshalb nur jene dargestellt, die tatsächlich einen signifikanten, eigenständigen Erklärungsbeitrag leisten.

Abbildung 9: Ergebnis des Modelltests (integrierter Ansatz) für die abhängige Variable der konventionellen politischen Partizipation im Ost-West-Vergleich.



4.2 Determinanten der unkonventionellen politischen Partizipation

Betrachtet man zunächst die bivariaten Zusammenhänge (Tabelle 15), fällt auf, dass bei der unkonventionellen politischen Partizipation (im Gegensatz zur zuvor dargestellten konventionellen politischen Partizipation) das Sozialkapital eine größere Rolle als die politische Unterstützung zu haben scheint. Die Korrelationen der Sozialkapitalindikatoren sind wesentlich stärker als jene der politischen Unterstützung. Bei letzteren scheint außerdem die diffuse Unterstützung bedeutsamer für die unkonventionelle politische Handlungsbereitschaft zu sein als die spezifische.

Tabelle 15: Zusammenhang von politischer Unterstützung und Sozialkapital mit unkonventioneller politischer Partizipation (Pearson's r)³⁷

INDIKATOREN/INDIZES	2008	
	NBL	ABL
VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND SEINEN BÜRGERN	-0,11 *	-0,06 **
IDEE DER DEMOKRATIE	-0,19 *	-0,13 *
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	-	-
ZUFRIEDEN MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG	-	0,06 **
VERTRAUEN IN DIE BUNDESREGIERUNG	-	-
MITGLIEDSCHAFTEN	0,19 *	0,21 *
INFORMELLE NETZWERKE	0,21 *	0,30 *
MENSCHENVERTRAUEN	0,12 *	0,11 *

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; -: nicht. sig.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS-Datensatzes 2008.

Die geringe Bedeutung der politischen Unterstützung zur Erklärung der unkonventionellen politischen Partizipation bestätigt sich in den niedrigen Bestimmtheitsmaßen (R^2) der multiplen Regression (Tabelle 16). Die Annahme, dass unzufriedene Bürger eher zu unkonventionellen politischen Aktionen bereit sind als zufriedene Staatsbürger, konnte nur für die alten Bundesländer bestätigt werden. Im Osten ist weder die (Un-)Zufriedenheit mit der real existierenden Demokratie und mit der Bundesregierung noch das Vertrauen in die Bundesregierung ein Erklärungsgrund dafür, sich - abgesehen von Wahlen - politisch zu äußern. Die Bereitschaft zur Teilnahme an Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und anderen unkonventionellen Formen der politischen Partizipation ist in den neuen Bundesländern nur von deren positiver Einstellung zur Nation und den demokratischen Prinzipien abhängig. Der Erklärungsbeitrag durch die Indikatoren der politischen Unterstützung ist aber insgesamt – wie in den alten Bundesländern auch – äußerst gering.

³⁷ Zur Lesbarkeit der Tabelle und zur Feststellung der Richtung des Zusammenhangs wird auf folgende Tatsache hingewiesen: Die Ausprägungen der Variablen weisen unterschiedliche Richtungen auf. Die Indikatoren der politischen Unterstützung – mit Ausnahme des Indikators Vertrauen in die Bundesregierung – haben ihren Maximalwert bei 1 (zB „stimme voll und ganz zu“, „stark verbunden“, „sehr zufrieden“ und dgl.) und ihren Minimalwert bei über 1 (zB 4: „stimme überhaupt nicht zu“, 4: „gar nicht verbunden“, 6: „sehr unzufrieden“). Der Indikator Vertrauen in die Bundesregierung, die Indikatoren zum Sozialkapital und die unabhängige Variable unkonventionelle politisch Partizipation haben ihren Minimalwert bei 1 bzw. 0.

Tabelle 16: Regression von unkonventioneller politischer Partizipation auf die politische Unterstützung³⁸

	2008	
INDIKATOREN	NBL	ABL
VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND SEINEN BÜRGERN	-0,08 ***	-0,05 ***
IDEE DER DEMOKRATIE	-0,18 *	-0,13 *
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	-	-
ZUFRIEDEN MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG	-	0,11 *
VERTRAUEN IN DIE BUNDESREGIERUNG	-	0,07 **
R²	0,04	0,03

In der Tabelle sind standardisierte Regressionskoeffizienten dargestellt

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht. sig.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS-Datensatzes 2008.

Eine wesentlich bessere Erklärung der unkonventionellen politischen Partizipation versprechen die bereits oben in Tabelle 15 festgestellten, hohen bivariaten Korrelationen des Sozialkapitals. Dieser Eindruck hat sich in der multivariaten Betrachtungsweise bestätigt (Tabelle 17). In Ostdeutschland werden 6 % der unkonventionellen politischen Partizipationsbereitschaft mit Sozialkapital erklärt, in Westdeutschland gar 10 %. Je größer das individuelle Sozialkapital desto größer ist die Bereitschaft, unkonventionell politisch aktiv zu werden. Die Untersuchung hat gezeigt, dass soziale Partizipation mit politischer Partizipation in Ost- wie in Westdeutschland positiv verbunden ist.³⁹ Die größte Rolle spielt dabei in Ost und West das informelle Netzwerk des Individuums. Erst an zweiter Stelle steht die formelle Netzwerkeinbindung in Vereine. In den alten Bundesländern ist das informelle Netzwerk mehr als doppelt so bedeutsam für unkonventionelles politisches Handeln als die formelle Netzwerkeinbindung. Das Menschenvertrauen als kongnitive Komponente des Sozialkapitals hat eine untergeordnete Bedeutung.

³⁸ Siehe Fußnote 37.

³⁹ Van Deth hat diesen Zusammenhang in einer Untersuchung mit Daten aus dem Jahr 1998 für Westdeutschland eindeutig nachgewiesen. Für Ostdeutschland war dieser Zusammenhang 1998 noch kaum wahrnehmbar gewesen (vgl. Van Deth 2001, S. 214).

Tabelle 17: Regression von unkonventioneller politischer Partizipation auf Sozialkapital⁴⁰

	2008	
	NBL	ABL
MITGLIEDSCHAFTEN	0,11 **	0,11 *
INFORMELLE NETZWERKE	0,14 *	0,24 *
MENSCHENVERTRAUEN	0,09 **	0,05 ***
R²	0,06	0,10

In der Tabelle sind standardisierte Regressionskoeffizienten dargestellt
 *: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht. sig.
 Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS-Datensatzes 2008.

Die Kombination der beiden Modelle zu einem integrierten Ansatz zeigt, wie schon zur Erklärung der konventionellen, auch zur Erklärung der unkonventionellen politischen Partizipation, seine Berechtigung. Das integrierte Modell bindet einen höheren Anteil der Varianz (Tabelle 18) als die beiden isolierten Einzelmodelle. Es zeigt außerdem, dass das Sozialkapital einen stärkeren Effekt auf die unkonventionelle politische Partizipation ausübt, als die politische Unterstützung. Dies trifft für Westdeutschland in einem noch größeren Ausmaß zu als für Ostdeutschland, wo zwar die Zustimmung zur Idee der Demokratie das höchste relative Gewicht hat, aber alle anderen Indikatoren aus dem Konzept der politischen Unterstützung keinen eigenständigen Erklärungsbeitrag liefern.

Während die Beziehung der Ostdeutschen zur Wahlnorm stark vom Output der Demokratie abhängig gemacht wird, wird dieser mit der Bereitschaft zur unkonventionellen politischen Partizipation überhaupt nicht verbunden. Je mehr die Ostdeutschen dagegen den demokratischen Idealen zustimmen und je größer deren Eingebundenheit in formelle und informelle Netzwerke ist, desto eher sind sie zu unkonventionellen politischen Aktionen bereit. Das gleiche trifft für die westdeutsche Bevölkerung zu, allerdings liefern dort noch weitere Faktoren einen eigenständigen Beitrag zur Erklärung der unkonventionellen politischen Partizipation. Je unzufriedener die Westdeutschen mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie und ihrer Bundesregierung sind, desto eher zeigen sie sich für Demonstrationen, Unterschriftenaktionen und andere Formen unkonventionellen Handelns bereit. Darüberhinaus hat bei der westdeutschen Bevölkerung auch das Vertrauen in Menschen

⁴⁰ Siehe Fußnote 37.

generell und in die Bundesregierung einen förderlichen Effekt auf deren unkonventionelle Beteiligungsbereitschaft.

Tabelle 18: Regression von unkonventioneller politischer Partizipation auf politische Unterstützung und Sozialkapital⁴¹

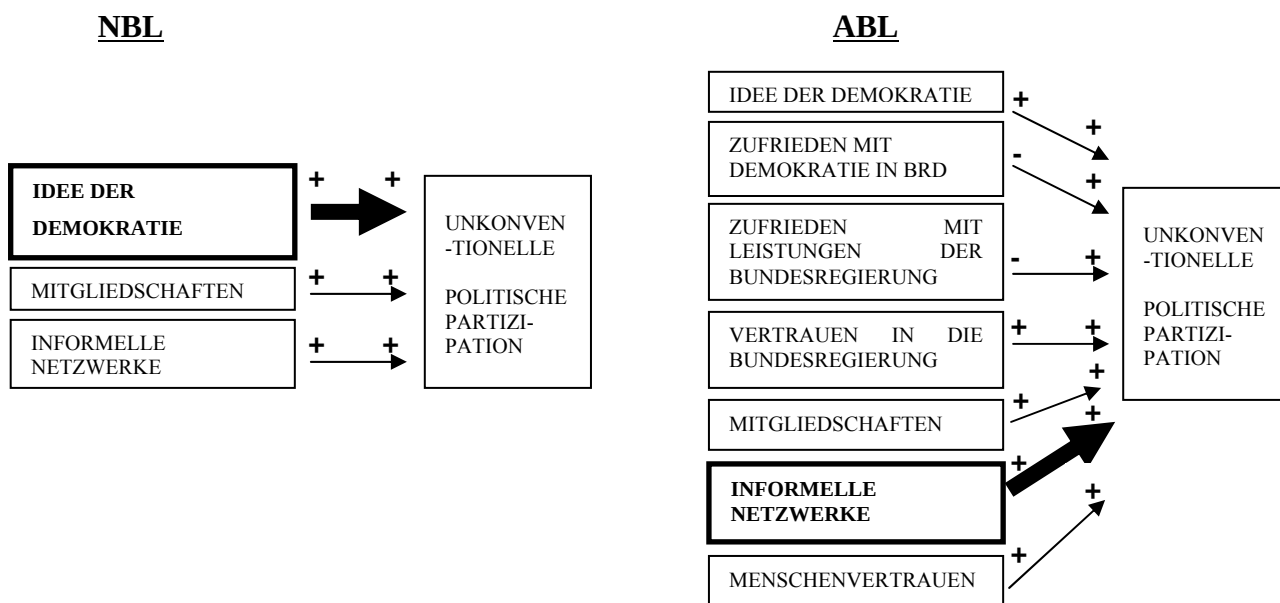
	2008	
	NBL	ABL
VERBUNDENHEIT MIT DER BRD UND SEINEN BÜRGERN	-	-
IDEE DER DEMOKRATIE	-0,16 *	-0,09 *
ZUFRIEDEN MIT DEMOKRATIE IN BRD	-	0,05 ***
ZUFRIEDEN MIT LEISTUNGEN DER BUNDESREGIERUNG	-	0,11 *
VERTRAUEN IN DIE BUNDESREGIERUNG	-	0,06 ***
MITGLIEDSCHAFTEN	0,10 **	0,10 *
INFORMELLE NETZWERKE	0,14 *	0,23 *
MENSCHENVERTRAUEN	-	0,05 ***
R²	0,09	0,11

In der Tabelle sind standardisierte Regressionskoeffizienten dargestellt

*: sig. mit $p < 0,001$; **: sig. mit $p < 0,01$; ***: sig. mit $p < 0,05$; -: nicht. sig.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS-Datensatzes 2008

Abbildung 10: Ergebnis des Modelltests (integrierter Ansatz) für die abhängige Variable der unkonventionellen politischen Partizipation im Ost-West-Vergleich.



⁴¹ Siehe Fußnote 37.

4.3 Fazit

In einem letzten Schritt werden die Ergebnisse der Untersuchung mit den noch offenen Hypothesen 4 bis 6 und dem theoretischen Argument aus Kapitel 3 rückgekoppelt, um eine Aussage darüber zu treffen, ob die theoretische Argumentation auch tatsächlich beobachtbar ist.

Hypothese 4: Je geringer die politische Unterstützung desto geringer die politische Partizipation.⁴²

Für die *konventionelle* politische Partizipation wurde diese Hypothese für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen bestätigt, wenngleich nicht alle Indikatoren der politischen Unterstützung einen eigenständigen Erklärungsbeitrag liefern. So hat in Ostdeutschland die Verbundenheit mit der BRD und seinen Bürgern und in Westdeutschland die Zufriedenheit mit den Leistungen der Bundesregierung keine Relevanz auf deren Zustimmung zur Wahlnorm. Auch die relativen Gewichte der jeweiligen Erklärungsfaktoren unterscheiden sich zwischen Ost und West, mit der zentralen Aussage, dass die konventionelle politische Partizipation in Westdeutschland stärker von deren Werteidentität abhängt und damit stabiler ist als in Ostdeutschland, wo die Zustimmung zur Wahlnorm stark mit positiven Leistungsbewertungen der Demokratie verbunden wird.

Für die *unkonventionelle* politische Partizipation kann die Hypothese nur zum Teil bestätigt werden, nämlich für die diffuse Unterstützung in Ost und West. Je geringer diese ausgeprägt ist, desto geringer ist die Bereitschaft zur unkonventionellen politischen Aktion. Wie in der Fußnote bemerkt, wurde aber auch vermutet, dass Unzufriedenheit mit der real existierenden Demokratie und den Leistungen der Bundesregierung eine erhöhte Bereitschaft zu unkonventionellem politischen Handeln auslöst. Dies konnte allerdings nur für Westdeutschland bestätigt werden. Bezüglich des Vertrauens in die Bundesregierung muss die Hypothese, dass ein geringeres Vertrauen zu vermehrter unkonventioneller politischer Partizipation führt, zurückgewiesen werden. Für Westdeutschland wurde zwar ein

⁴² Für die unkonventionelle politische Partizipation gilt diese Hypothese nur für die Dimensionen der diffusen Unterstützung der politischen Gemeinschaft und der diffusen Unterstützung des politischen Regimes. Für die Dimensionen der diffus-spezifischen Unterstützung des Regimes sowie der spezifischen und diffusen Unterstützung der politischen Autoritäten wird der gegenteilige Effekt vermutet, nämlich: Je geringer die Ausmaße dieser Dimensionen sind, desto höher fällt die unkonventionelle politische Partizipation aus.

signifikanter Zusammenhang festgestellt, aber in umgekehrter Richtung. In Ostdeutschland spielt Vertrauen und Zufriedenheit keine Rolle bei deren Bereitschaft zu unkonventioneller politischer Partizipation. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass ein solches unkonventionelles Engagement eines höheren Ressourcenaufwandes bedarf. Die dahinterliegende Vermutung begründet sich auf der tendenziell schlechteren sozialen Stellung der Ostdeutschen und die damit geringeren Ressourcenpotenziale für politische Aktionen.

Hypothese 5: Je geringer das Sozialkapital desto geringer die politische Partizipation.

Das Sozialkapital hat bei der *konventionellen* politischen Partizipation zwar insgesamt eine geringe Erklärungskraft, dennoch wurde die Hypothese bestätigt. Die Indikatoren und deren Gewichte unterscheiden sich in Ost und West nur geringfügig voneinander.

Wie erwartet fiel der Einfluss des Sozialkapitals auf die *unkonventionelle* politische Partizipation wesentlich höher aus als auf die konventionelle politische Partizipation. Für die ost- und westdeutsche Bevölkerung gilt: Je weniger Menschenvertrauen, je geringer die Eingebundenheit in informelle Netzwerke und je weniger aktive bzw. ehrenamtliche Vereinsmitgliedschaft desto geringer die Bereitschaft zu unkonventioneller politischer Partizipation. Das informelle Netzwerk ist in beiden Landesteilen der Faktor mit dem höchsten Erklärungsgewicht.

Hypothese 6: Politische Unterstützung und Sozialkapital tragen nicht nur jeweils für sich genommen zur Erklärung eines bestimmten Niveaus von politischer Partizipationsbereitschaft bei sondern auch gemeinsam in einem integrierten Erklärungsmodell.

Diese Hypothese wurde bestätigt. Bei beiden abhängigen Variablen konnte durch die Verknüpfung der beiden Ansätze die Erklärungskraft gesteigert werden. Die zuvor vermutete Komplementarität der Ansätze wurde empirisch bestätigt.

5 Schlussbetrachtungen

Egal ob eine demokratische Bürgergesellschaft als Bedingung für eine nachhaltig konsolidierte Demokratie angesehen wird, oder die Folge einer erfolgreichen Demokratisierung darstellt, gilt sie als wesentliches Merkmal der Stabilität einer Demokratie. Der Vergleich der Staatsbürgerkulturen zwischen beiden Teilen Deutschlands anhand dreier messbarer Konzepte, die eine demokratische politische Kultur beschreiben, hat gezeigt, dass es zum Teil noch erhebliche Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland gibt, was im Hinblick auf die völlig unterschiedlichen politischen Entwicklungen in den alten und den neuen Bundesländern seit Ende des Zweiten Weltkrieges zu erwarten war.

Während sich die Unterstützung der normativen Positionen zur Demokratie in Ost und West angenähert hat, vergrößert sich die Kluft zwischen beiden Landesteilen in der Bewertung deren Leistungsfähigkeit. Weiters konnte empirisch belegt werden, dass die Unzufriedenheit in den neuen Bundesländern nicht zur politischen Aktivierung der Bürger führt, sondern deren Abneigung von der konventionellen politischen Partizipation fördert. Diese Tendenz der Unzufriedenen zur Resignation und zum Rückzug ins Private konnte in wesentlich höherem Ausmaß für die ostdeutsche Bevölkerung festgestellt werden als für die an die Demokratie gewohnten Westdeutschen, deren Bereitschaft zu unkonventioneller politischer Partizipation mit steigender Unzufriedenheit ansteigt. Die Form des „passiven Aktivismus“, mit der Colin Crouch (2008) die Politik als Angelegenheit der Eliten beschreibt, in die sich die Bürgergesellschaft kaum aktiv über Interessensartikulation und –weiterleitung an das politische System einbringt, sondern eher durch Tadeln und sich Beschwerden auffällt, ist zwar kein rein ostdeutsches Phänomen fand aber in den Ergebnisse der vorliegenden Untersuchung für den ostdeutschen Fall mehr empirische Evidenz als für den westdeutschen. Die schwächere Zivilgesellschaft in den neuen Bundesländern zeigt sich unter anderem in der geringeren ehrenamtlichen bzw. aktiven Vereinstätigkeit der Ostdeutschen. Dabei wirkt diese förderlich auf politische Partizipation. Die Eingebundheit in Netzwerken bürgerlichen Engagements hat nicht nur theoretisch einen Einfluss auf politisches Verhalten. Der positive Zusammenhang von sozialer und politischer Partizipation konnte für Ost- und Westdeutschland gleichermaßen empirisch bestätigt werden.

Die Stabilität der Demokratie ist durch die von großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung wahrgenommene, negative Leistungsbilanz der Demokratie nicht unmittelbar gefährdet, solange die demokratischen Ideale nicht in Frage gestellt werden. Der Staat und die Politik sind nicht gänzlich machtlos dabei, den Unzufriedenheiten der Ostdeutschen entgegenzuwirken und deren Überzeugungen über die Leistungsfähigkeit der Demokratie zu stärken. Dies könnte durch eine intensivere und ehrlichere Auseinandersetzung mit alternativen Interpretationen der Demokratie, welche der ostdeutschen Bevölkerung näherkommen (zB in Form eines sozial ausgleichenderen Staates) und durch das Anbieten konkreter und realisierbarer Alternativen geschehen. Auch im Hinblick auf das Sozialkapital zeigen sich staatliche Steuerungsmöglichkeiten. Eine Handlungsempfehlung an den Staat könnte sein, Anreize für Vereine und Organisationen zu schaffen und dadurch organisierte, zivilgesellschaftliche Aktivität im Osten Deutschlands zu fördern. Die positiven Effekte der Internalisierung von „civic skills“ durch Vereinsaktivität führen zur Verwurzelung und Unterstützung von demokratischen Institutionen und vermehrter politischer Partizipation der „ordinary people“. In Bezug auf informelle Netzwerke sind staatliche Fördermaßnahmen nur beschränkt wenn nicht sogar unmöglich. Die Untersuchung hat gezeigt, dass die Eingebundenheit in informelle Netzwerke wie Freundschaften oder Nachbarschaftskontakten in Ost- wie in Westdeutschland im Vergleich zu den anderen Sozialkapital-Indikatoren den stärksten Einfluss auf unkonventionelle politische Partizipation haben.

Die Untersuchungsergebnisse und deren Interpretation lassen nicht den Schluss zu, dass die Konsolidierung der ostdeutschen Bürgergesellschaft als abgeschlossen betrachtet werden kann. Generell erscheint die Annahme einer Finalität einer demokratischen Konsolidierung oder eines linearen Entwicklungspfadens weg von der Autokratie und hin zur Demokratie als wenig realistisch. Im Vergleich zu Westdeutschland wurden Schwächen in der Zivilgesellschaft deutlich, die sich in einer höheren Abhängigkeit politischer Partizipation und demokratischen Überzeugungen von der Leistungsbewertung der Demokratie und ihren politischen Akteuren sowie einer geringeren Ausstattung der ostdeutschen Bevölkerung mit Sozialkapital äußert. Diese Schwächen sind zwar nicht von systemgefährdendem Ausmaß, sollten aber als Warnzeichen für antidemokratische Tendenzen und die Aushöhlung demokratischer Institutionen gelten, wie sie in anderen postsozialistischen Transformationsstaaten beobachtet werden können.

6 Literaturverzeichnis

- ALLBUS/Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (2008): Dokumentation Fragebogen ALLBUS 2008. Bonn, Mannheim: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- ALLBUS/Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (2010): GESIS-Technical Report 2010|04. Konzeption und Durchführung der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) 2008. Bonn, Mannheim: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- ALLBUS/Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (2011): Ein Kompendium standardisierter Surveydeskriptionen. Bonn, Mannheim: Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.
- Almond, G. / Verba, S. (1963): The Civic Culture. New Jersey: Princeton University Press
- Backhaus, K. / Erichson, B. / Plinke, W. / Weiber, R. (2000): Multivariate Analysemethoden. Eine Anwendungsorientierte Einführung. 9. Auflage. Berlin: Springer.
- Bangel, C. (2011): „Der gefährliche Optimismus der Westdeutschen“. In: Zeit Online. <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2011-12/kommentar-krise-demokratie/komplettansicht>, 23.12.2011
- Barber, B. (1994): Starke Demokratie. Über Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch Verlag.
- Barry, B. (1970): Sociologists, Economists and Democracy. Chicago, London: Collier-Macmillan.

- Bertelsmann Stiftung (2012): Transformation Index of the Bertelsmann Stiftung 2012. Codebook for Country Assessments.
http://www.bti-project.de/uploads/tx_jpdownloads/BTI2012_Codebook.pdf, 30. 8. 2012
- Brenke, K. / Zimmermann, K.F. (2009): Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft. in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 78 (2009), 2. Berlin: DIW.
- Bourdieu, P. (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. in: Kreckel, R. (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt. Sonderband 2. Göttingen: Verlag Otto Schwarz. S. 183-198.
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Coleman, J. S. (1988): „Social Capital in the Creation of Human Capital.“ In: The American Journal of Sociology. Vol. 94, Supplement: Organizations and Institutions: Sociological and Economic Approaches to the Analysis of Social Structure. S. 95-120.
- Dahl, R. A. (1971): Polyarchie. Participation and Opposition, New Haven and London: Yale Univ. Press.
- De Nève, D. (2009): NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Diamond, L.: Developing Democracy. Toward Consolidation. Baltimore, London: John Hopkins University Press.
- Easton, D. (1965): A Systems Analysis of Political Life. New York, London, Sydney: John Wiley & Sons, Inc.
- Easton, D. (1975): „A Re-Assessment of the Concept of Political Support.“ in: British Journal of Political Science, Vol. 5, No. 4, S. 435-457.

- Franzen, A. / Freitag, M. (2007): Aktuelle Themen und Diskussionen der Sozialkapitalforschung. in: Franzen, A. / Freitag, M. (Hrsg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 7-22.
- Franzen, A. / Pointner, S. (2007): Sozialkapital: Konzeptualisierungen und Messungen. in: Franzen, A. / Freitag, M. (Hrsg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 66-90.
- Fuchs, D. (1989): Die Unterstützung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Fuchs, D. (1993): Trends of Political Support. in: Berg-Schlosser, D. / Rytlewski, R. (Hrsg.): Political Culture in Germany. Houndmills and London: The Macmillan Press Ltd. S. 232-268.
- Fuchs, D. (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In: Gabriel, O. W. (Hrsg.): Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozess. Opladen: Leske und Budrich, S. 81-113.
- Fukuyama, F. (1995): Trust: The Social Virtues and the Creation of Prosperity. New York: Free Press.
- Fukuyama, F. (1999): Social Capital and Civil Society. Prepared for delivery at the IMF Conference on Second Generation Reforms.
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/seminar/1999/reforms/fukuyama.htm#III>, 5.9.2012
- Gabriel, O. W. (2000): Demokratische Einstellungen in einem Land ohne demokratische Traditionen? Die Unterstützung der Demokratie in den neuen Bundesländern im Ost-West-Vergleich. in: Falter, J. / Gabriel, O. W. / Rattinger, H. (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen: Leske und Budrich. S. 41-77.

- Higley, J. / Burton, M. (1998): „Elite Settlements and the Taming of Politics.“ in: Government & Opposition 33, 98-115.
- Howard, M. M. (2002): „The Weakness of Postcommunist Civil Society“. in: Journal of Democracy. Vol. 13. Nr. 1. S. 157-169
- Inglehart, R. (1988): The Renaissance of Political Culture. in: American Political Science Review, Vol. 82, 1203-1230.
- Inglehart, R. / Welzel, C. (2005): Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jacobs, J. / Müller, O. / Pickel, G. (2003): Persistence of the Democracies in Central and Eastern Europe: Consolidation, Stability, and People's Power of Resisting. In: Pollack, D. et al (Hrsg.): Political Culture in Post-Communist Europe. Attitudes in New Democracies. Aldershot: Ashgate Publishing Limited. S. 91-114
- Jacobs, J. (2004): Tücken der Demokratie. Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Janssen, J. / Laatz, W. (2003): Statistische Datenanalyse mit SPSS für Windows. 4. Auflage. Berlin, Heidelberg, New York: Springer-Verlag.
- Kaase, M. (1990): Mass Participation. in: Jennings, M. K. / Van Deth, J. W. / Barnes, S. H. (Hrsg.): Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies. Berlin, New York: De Gruyter.
- Kaase, M. (1999): Interpersonal trust, political trust and non-institutionalised political participation in Western Europe, West European Politics, Vol. 22, Nr. 3, S. 1-21.

- Kißler, L. / Greifenstein, R. / Schneider, K. (2011): Die Mitbestimmung in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kollmorgen, R. (2005): Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kollmorgen, R. (2009): „Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation? Zur Deutung des ostdeutschen Wandels seit 1989 im mitteleuropäischen Kontext.“ in: Berliner Debatte INITIAL 20, 2009/4, S. 90-103.
<http://www.linksnet.de/de/artikel/25311>, 30.06.2011
- Kornai, J. (2006): "The Great Transformation of Central and Eastern Europe. Success and disappointment." In: Economics of Transition, 14. Jg., Nr. 2, S. 207-244.
- Krastev, I. (2007): "Die Stunde des Populismus". In: Eurozine, Transit (33), 2007. S. 1-6.
- Krastev, I. (2010): "Deepening Dissatisfaction" In: Journal of Democracy, Volume 21, Number 1. S. 113-119.
- Krimmel, I. (2000): Politische Beteiligung in Deutschland – Strukturen und Erklärungsfaktoren. in: Falter, J. / Gabriel, O. W. / Rattinger, H. (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen: Leske und Budrich. S. 611-639.
- Kühnel, S. (2001): Kommt es auf die Stimme an? Determinanten von Teilnahme und Nichtteilnahme an politischen Wahlen. in: Koch, A. / Wasmer, M. / Schmidt, P. (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske und Budrich.
- Lijphart, A. (1997): "Unequal Participation: Democracy's Unresolved Dilemma." in: American Political Science Review. Vol. 91. Nr. 1. S. 1-14

- Lüdemann, C. (2001): Politische Partizipation, Anreize und Ressourcen. Ein Test verschiedener Handlungsmodelle und Anschlusstheorien am ALLBUS 1998. in: Koch, A. / Wasmer, M. / Schmidt, P. (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske und Budrich. S. 43-71
- Merkel, W. (1999): Systemtransformation. Opladen: Leske und Budrich.
- Merkel, W. (2007): Gegen alle Theorie? Die Konsolidierung der Demokratie in Ostmitteleuropa, „Politische Vierteljahresschrift“, 48. Jg. (2007), Heft 3, S. 413–433.
- Newton, K. (2001): „Trust, Social Capital, Civil Society, and Democracy.“ in: International Political Science Review / Revue internationale de science politique. Vol. 22, Nr. 2, S. 201-214.
- Nohlen, D. / Schulze, R. O. (2005): Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe. 3. Auflage. München: Verlag C.H. Beck oHG.
- Offe, C. (1991): „Das Dilemma der Gleichzeitigkeit. Demokratisierung und Marktwirtschaft in Osteuropa.“ In: Merkur 45. S. 279-292.
- Offe, C. / Fuchs, S. (2001): Schwund des Sozialkapitals? Der Fall Deutschland. in: Putnam, R. D. (Hrsg.): Gesellschaft und Gemeinsinn. Sozialkapital im internationalen Vergleich, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, S. 417-511
- Pollack, D. (1990): „Das Ende einer Organisationsgesellschaft. Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der DDR.“ in: Zeitschrift für Soziologie 19. 292-307.

- Pridham, G. (1995): The International Context of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective, in: Gunther, R. / Diamandourus, N. P. / Puhle, H-J (Hrsg.): The Politics of Democratic Consolidation. Southern Europe in Comparative Perspective, Baltimore: 166-203.
- Putnam, R. D. (1993): Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton: Princeton University Press.
- Putnam, R. D. (1995): „Bowling Alone: America’s Declining Social Capital“, Journal of Democracy, Vol. 6, S. 64-79
- Putnam, R. D. (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. New York u.a.: Simon & Schuster.
- Putnam, R. / Pharr, S. J. / Dalton, R. J. (2000): Introduction: What’s Troubling the Trilateral Democracies? in: Pharr, S. J. / Putnam, R. D. (Hrsg.): Disaffected Democracies: What’s Troubling the Trilateral Democracies? Princeton: Princeton University Press. S. 3-28.
- Rohrschneider, R. (1999): Learning Democracy. Democratic and Economic Values in Unified Germany. Oxford: Oxford University Press.
- Scharpf, F. W. (1999): Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch? Frankfurt a. M.: Campus.
- Segert, D. (2008): Das 41. Jahr. Eine andere Geschichte der DDR. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag.
- Segert, D. (2009): „Sozialer Wandel in Osteuropa nach 1989 und staatssozialistisches Erbe.“ in: Berliner Debatte Initial 20 (2009) 4. S. 120-135.
- Segert, D. (2010): „Osteuropa nach 1989 – ein Labor für die soziale Belastbarkeit unserer Demokratie?“ In: WISO, 33. Jg., Nr. 3, S. 29-42.

- Segert, D. (2011): „Populismus in Ostmitteleuropa: Stimme der Transformationsverlierer oder Gefährdung der Demokratie?“ In: Berliner Debatte Initial, 22. Jg., Nr. 1, S. 53-65.
- Segert, D. (2012): Rückkehr des Krisenbewusstseins. Demokratisierungsforschung vor dem Hintergrund der osteuropäischen und ostdeutschen Transformationserfahrungen. in: Lorenz, A.: Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Opladen: Leske und Budrich. S. 354 – 373.
- Stanczyk, M. (2011): Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland – Zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Masterarbeit an der Universität Wien.
- Stolle, D. / Rothstein, B. (2007): Institutionelle Grundlagen des Sozialkapitals. in: Franzen, A. / Freitag, M. (Hrsg.): Sozialkapital. Grundlagen und Anwendungen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 113-140.
- Van Deth, J.W. (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge. in: Koch, A. / Wasmer, M. / Schmidt, P. (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen. Opladen: Leske und Budrich. S. 195-219
- Van Deth, J.W. (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung. in: Berg-Schlosser, D. / Müller-Rommel, F. (Hrsg.): Vergleichende Politikwissenschaft. Opladen: Leske und Budrich. S. 167-187
- Varga, M. / Freyberg-Inan, A. (2009): „Demokratie okay, aber für alle? Demokratieunzufriedenheit und selektive Demokratie in Mittel- und Osteuropa.“ In: Berliner Debatte Initial, 20. Jg., Nr. 4, S. 104-119
- Warren, M. E. (2009): Citizen Participation and Democratic Deficits: Considerations from the Perspective of Democratic Theory. In: DeBardeleben, J. / Pammett, J. (Hrsg.): Activating the Citizen. Dilemmas of Participation in Europe and Canada. Palgrave Macmillan. S. 17-40.

- Welzel, Christian (2000): „Elite Change and Democracy’s ‚Instant Success‘“. In: Higley, John/Lengyel, György: „Elites after state socialism: theories and analysis.“ Lanham, Maryland: Rowman & Littlefield Publishers, Inc.
- Westle, B. (2007): Political Beliefs and Attitudes. Legitimacy in Public Opinion Research. in: Hurrelmann, A. / Schneider, S. / Steffek, J. (Hrsg.): Legitimacy in an Age of Global Politics. Palgrave Macmillan. S. 93- 125.
- Westle, B. / Niedermayer, O. (2009): Orientierungen gegenüber der Demokratie. in: Kühnel, S. / Niedermayer, O. / Westle, B. (Hrsg.): Wähler in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 11-29
- Wiesenthal, Helmut (1998): Die Transformation der DDR. Ein analytischer Rückblick auf Verfahren und Resultate. Überarbeitete Fassung.
http://www.hwiesenthal.de/downloads/transf_ddr.pdf, 30.06.2011

7 Anhang 1: Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Überblick über das Forschungsvorhaben.....	4
Abbildung 2: Mehrebenenmodell der demokratischen Konsolidierung nach W. Merkel	13
Abbildung 3: Eastons Konzept politischer Unterstützung	22
Abbildung 4: Abgewandeltes Konzept politischer Unterstützung	26
Abbildung 5: Dimensionen von Sozialkapital	45
Abbildung 6: Vermuteter Zusammenhang zwischen den Indikatoren der politischen Unterstützung und dem Indikator der konventionellen politischen Partizipation.....	70
Abbildung 7: Vermuteter Zusammenhang zwischen den Indikatoren der politischen Unterstützung und dem Indikator der unkonventionellen politischen Partizipation.....	70
Abbildung 8: Vermuteter Zusammenhang zwischen den Indikatoren des Sozialkapitals und dem Indikator der konventionellen und unkonventionellen politischen Partizipation.....	71
Abbildung 9: Ergebnis des Modelltests (integrierter Ansatz) für die abhängige Variable der konventionellen politischen Partizipation im Ost-West-Vergleich.....	77
Abbildung 10: Ergebnis des Modelltests (integrierter Ansatz) für die abhängige Variable der unkonventionellen politischen Partizipation im Ost-West-Vergleich.....	81

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Verbundenheit mit der BRD und ihren Bürgern; Zustimmung zur Idee der Demokratie, ALLBUS 2008 und 2000.	31
Tabelle 2: Zufriedenheit mit Demokratie in der BRD und mit den Leistungen der Bundesregierung, ALLBUS 2008, 1998 und 1992.	33
Tabelle 3: Vertrauen in die Bundesregierung, ALLBUS 2008, 2000 und 1994.....	34
Tabelle 4: Hierarchie politischer Unterstützung in Ost- und Westdeutschland - ALLBUS 2008	34
Tabelle 5: Zusammenhänge zwischen der spezifischen Unterstützung und der diffusen sowie spezifisch-diffusen Unterstützung - ALLBUS 2008.....	35
Tabelle 6: Aktive oder ehrenamtliche Mitgliedschaft nach Vereinskategorie in Prozent - ALLBUS 2008.	47
Tabelle 7: Punktmittelwerte des Index für informelle Netzwerke und seiner sechs Items - ALLBUS 2008.	50

Tabelle 8: Punktmittelwerte des Index für Menschenvertrauen und seiner fünf Items - ALLBUS 2008.	52
Tabelle 9: Indikator Konventionelle politische Partizipation - ALLBUS 2008 und 1998.....	61
Tabelle 10: Mittelwert des Index zur unkonventionellen politischen Partizipation und Ausprägungen der unterschiedlichen Partizipationsformen - ALLBUS 2008.....	64
Tabelle 11: Zusammenhang von politischer Unterstützung und Sozialkapital mit konventioneller politischer Partizipation (Pearson's r).....	74
Tabelle 12: Regression von konventioneller politischer Partizipation auf die politische Unterstützung.....	75
Tabelle 13: Regression von konventioneller politischer Partizipation auf Sozialkapital.....	75
Tabelle 14: Regression von konventioneller politischer Partizipation auf politische Unterstützung und Sozialkapital	76
Tabelle 15: Zusammenhang von politischer Unterstützung und Sozialkapital mit unkonventioneller politischer Partizipation (Pearson's r).....	78
Tabelle 16: Regression von unkonventioneller politischer Partizipation auf die politische Unterstützung.....	79
Tabelle 17: Regression von unkonventioneller politischer Partizipation auf Sozialkapital.....	80
Tabelle 18: Regression von unkonventioneller politischer Partizipation auf politische Unterstützung und Sozialkapital	81

8 Anhang 2: Abstrakt und Lebenslauf

Abstrakt

Politische Unterstützung, Sozialkapital und politische Partizipation sind von herausragender Bedeutung für eine demokratische Staatsbürgerkultur. Im vorliegenden Beitrag werden diese drei Konzepte operationalisiert und jeweils für Ost- und Westdeutschland gemessen und aggregiert. Die Ergebnisse und der Vergleich zwischen den beiden Landesteilen sollen Einsichten in die Konsolidierung der Staatsbürgerkultur in Ostdeutschland bringen.

Die politische Partizipation, welche als unmittelbarstes Merkmal einer demokratischen Bürgergesellschaft gilt, wird zudem mit den beiden anderen Konzepten zu erklären versucht. Dabei wird die Hypothese aufgestellt, dass höhere, individuelle Ausmaße von politischer Unterstützung und Sozialkapital eine größere, individuelle politische Partizipation bewirken. Auch hier werden die Ergebnisse von Ost- und Westdeutschland verglichen, um potentielle Unterschiede in der Struktur und den Bestimmungsfaktoren der politischen Partizipation zwischen den beiden Landesteilen festzustellen. Als Datenbasis diente der ALLBUS Datensatz aus dem Jahr 2008 sowie aus vorangegangenen Jahren, sofern gleiche Fragestellungen konsistente Zeitreihen zuließen.

Die Forschungsergebnisse zeigen mehr als 20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung keine einheitliche, gesamtdeutsche politische Kultur. Die ostdeutsche Teilgesellschaft hat in allen drei untersuchten Konzepten signifikant niedrigere Ausmaße als die westdeutsche Teilgesellschaft.

Das Modell zur Erklärung der politischen Partizipation mit Sozialkapital und politischer Unterstützung hat sich in der Empirie bewährt. Es lieferte hohe Erklärungskraft mit unterschiedlichen Ergebnissen, je nach Landesteil und Form der politischen Partizipation. Die Westdeutschen machen das Wählen am meisten von der Zustimmung zu demokratischen Idealen abhängig, während es in Ostdeutschland am meisten von Leistungsbewertungen der Demokratie abhängt. Hingegen liefern den größten Erklärungsbeitrag für unkonventionelle Partizipation in Ostdeutschland die Zustimmung zur Idee der Demokratie und in Westdeutschland die Größe und Qualität informeller Netzwerke.

Für Ostdeutschland wurde die oben genannte Hypothese bestätigt. Für Westdeutschland gilt dies nur für das Wählen uneingeschränkt. Für unkonventionelle Formen politischer Partizipation ist die Hypothese in Westdeutschland nur für das Sozialkapital und die diffuse politische Unterstützung gültig. Für die spezifische Unterstützung gilt der umgekehrte Zusammenhang: Je weniger spezifische Unterstützung, desto größer die unkonventionelle politische Partizipation.

CURRICULUM VITAE

PERSÖNLICHE ANGABEN

Name

Gerald Buchgeher

Nationalität

Österreich

BILDUNG

Seit 2010

Universität Wien: Masterstudium Politikwissenschaft

2007 – 2010

Universität Wien: Bachelorstudium Politikwissenschaft

1998 – 2002

FH Wien: Diplomstudium Tourismus Management

1992 – 1997

Bundeshandelsakademie Linz-Auhof; Matura

BERUFLICHE LAUFBAHN

Seit 2005

Universität Wien: Finanzwesen und Controlling

2004 – 2005

Manova: Unternehmensberatung

2002 – 2004

TUI Austria: Controlling